

Monatsbericht des BMF Juli 2011





Monatsbericht des BMF Juli 2011

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2011	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2011	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	34
Analysen und Berichte	36
Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 und dem Finanzplan des Bundes bis 2015	37
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010	53
Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland.	71
Drohende Haushaltsnotlagen in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein	79
Statistiken und Dokumentationen	85
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	87
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	112
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	120

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 6. Juli 2011 hat das Bundeskabinett den Entwurf des Bundeshaushalts 2012 und den Finanzplan des Bundes bis zum Jahr 2015 beschlossen. Damit wurde ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer Gesundung der Staatsfinanzen erreicht. Es ist gerade einmal eineinhalb Jahre her, dass der Bund mit einer Nettokreditaufnahme von 86 Mrd. € rechnen musste. Heute können wir davon ausgehen, dass die Neuverschuldung des Bundes im laufenden Jahr auf rund 30 Mrd. € sinken wird. Für das nächste Jahr plant die Bundesregierung mit neuen Schulden in Höhe von 27,2 Mrd. €. Im Jahr 2015 werden diese auf 14,7 Mrd. € sinken. Dass es uns möglich ist, die Neuverschuldung Schritt für Schritt auf das Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise zu senken, ist nicht zuletzt der guten wirtschaftlichen Entwicklung zu verdanken. Gleichwohl ist das erfreuliche Wachstum unserer Volkswirtschaft auch der Erfolg einer nachhaltigen Haushaltspolitik, die den Leitlinien eines wachstumsorientierten Konsolidierungskurses folgt: Mit unserem Bekenntnis zu soliden Staatsfinanzen haben wir die Investitionsbedingungen in Deutschland spürbar verbessert.

Regierungsentwurf und Finanzplan basieren auf den vom Bundeskabinett am 16. März 2011 beschlossenen Eckwerten. Gegenüber diesen Haushaltseckwerten gelingt es trotz einer Reihe von zusätzlichen Belastungen, die Neuverschuldung im nächsten Jahr noch weiter, auf nunmehr 27,2 Mrd. € gegenüber den in den Eckwerten vorgesehenen 31,5 Mrd. €, abzusenken.

Die Unterschiede im Vergleich zu den Haushaltseckwerten ergeben sich aus aktuelleren Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, auf deren Grundlage mit zusätzlichen Steuereinnahmen gerechnet werden kann. Gleichzeitig führt die Energiewende



zu Mindereinnahmen. Zum einen durch geringere Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer, zum anderen werden die Erlöse aus der Veräußerung von ${\rm CO_2}$ - Zertifikaten ab dem nächsten Jahr vollständig dem Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" zugeführt.

Daneben ist die deutsche Kapitalbeteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im neuen Finanzplan zu berücksichtigen. Die Regierungen der Euro-Teilnehmerstaaten haben vereinbart, ab Mitte des Jahres 2013 einen Mechanismus zu etablieren, der ein klares Regelwerk für den Umgang mit etwaigen künftigen Staatsschuldenkrisen schafft, die sich trotz aller Maßnahmen zu einer verbesserten Prävention nicht verhindern lassen. Der Vertrag sieht für Deutschland die Zahlung einer Bareinlage in Höhe von insgesamt 21,7 Mrd. € vor, die die Neuverschuldung des Bundes ab dem Jahr 2013 durch fünf gleiche Raten in Höhe von 4.3 Mrd. € erhöht.

Trotz dieser unabweisbaren Zusatzbelastungen wird die Neuverschuldung des Bundes in den Jahren 2012 bis 2014 im Vergleich zum bislang geltenden Finanzplan um rund 25 Mrd. € unterschritten. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden in allen Finanzplanjahren eingehalten. Dies ist ein Erfolg, den es zu sichern gilt. Denn ab dem Jahr 2016, am Ende des Überlegungspfades im Rahmen der neuen Schuldenregel, muss das Ziel eines grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts mit einer

Editorial

strukturellen Neuverschuldung von maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts zuverlässig und dauerhaft erreicht sein.

Die Konsolidierung des Bundeshaushalts hängt in großem Maße von der Entwicklung der Steuereinnahmen ab. Die im Jahr 2010 erreichte Wende in der Entwicklung des Steueraufkommens legte den Grundstein für den starken Anstieg der Steuereinnahmen im laufenden Jahr und die Einnahmeerwartungen im Finanzplanungszeitraum. Sie basieren auf der außergewöhnlich schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft, zu der nicht zuletzt die wachstumsfördernden wirtschaftsund finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ihren Teil beigetragen haben.

Konsolidierung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Stabilitätsrat überwacht regelmäßig die Haushalte des Bundes und der Länder und stellt fest, ob in einer Gebietskörperschaft eine Haushaltsnotlage droht. Ist dies der Fall, vereinbart er mit der betroffenen Gebietskörperschaft ein Sanierungsprogramm. In seiner dritten Sitzung am 23. Mai 2011 hat der Stabilitätsrat festgestellt, dass in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein eine Haushaltsnotlage droht. Der Entscheidung ging eine umfassende Prüfung der Haushaltslage dieser Länder durch den Evaluationsausschuss voraus. In seiner nächsten Sitzung im November 2011 wird der Stabilitätsrat Sanierungsprogramme mit den vier Ländern vereinbaren. Die Sanierungsprogramme enthalten Vorgaben über die angestrebten Abbauschritte der Nettokreditaufnahme und geeignete Sanierungsmaßnahmen. Die betroffenen Länder sind aufgefordert, bis spätestens

zum 15. Oktober 2011 Vorschläge für Sanierungsprogramme vorzulegen.

Angesichts der Konsolidierungserfordernisse in den öffentlichen Haushalten gilt es für die öffentliche Hand mehr denn je, bei Beschaffungen die wirtschaftlichste Lösung umzusetzen. Die wirtschaftlichste Beschaffungsvariante kann oftmals eine Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) sein. Der wesentliche Vorteil von ÖPP liegt darin, dass durch die Betrachtung des gesamten Lebenszyklus des Investitionsobjektes bei der Beschaffung erhebliche Effizienzvorteile für die Öffentliche Hand erzielt werden können. Nach zuletzt rückläufiger Tendenz bei der Zahl neuer Projekte und der Investitionsvolumen ist im Jahr 2011 eine Trendwende erkennbar. In diesem Jahr wurden bisher fünf neue Verträge im Hochbau und ein neuer Vertrag im Straßenbau mit einem Investitionsvolumen von 674 Mio. € geschlossen. Damit wurde bereits zur Jahreshälfte das Investitionsvolumen des Gesamtjahres 2010 weit überschritten. Bezogen auf die gesamten Infrastrukturinvestitionen der Öffentlichen Hand ist das Volumen an ÖPP-Projekten aber noch steigerungsfähig. Aus diesem Grund wird das Bundesfinanzministerium die Nutzung der Beschaffungsvariante ÖPP – Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt – weiterhin vorantreiben. Denn eine gute Infrastruktur langfristig zu sichern, Projekte schneller realisieren und dabei noch Geld sparen – das liegt im Interesse von Bürgern und Wirtschaft.

Joy De

Jörg Asmussen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2011	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	30
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

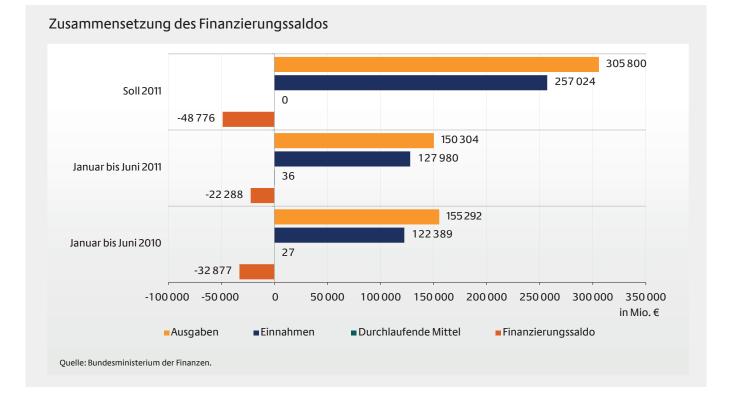
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich von Januar bis einschließlich Juni 2011 auf 150,3 Mrd. €. Sie lagen mit -5,0 Mrd. € (-3,2%) deutlich unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums bis einschließlich Juni 2010. Anders als in den

Entwicklung des Bundeshaushalts

Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-48,4	-35,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,2
Kassenmittel (Mrd. €)		13,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-48,8	-22,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,3	10,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	229,2	116,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,9	4,6
Einnahmen (Mrd. €)	257,0	128,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	-3,2
Ausgaben (Mrd. €)	305,8	150,3
	Soll 2011	Ist - Entwicklung ¹ Januar bis Juni 2011

¹Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung	
	2010	2011	Januar bis	Juni 2011	Januar bis .	Juni 2010	ggü. Vorjahr in %	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	111 /0	
Allgemeine Dienste	54 227	55 490	25 546	17,0	26 028	16,8	-1	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	6 149	2 618	1,7	2 841	1,8	-7,	
Verteidigung	31 707	32 147	15 133	10,1	15 451	9,9	-2,	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	6376	2 989	2,0	2 949	1,9	+1,	
Finanzverwaltung	3 727	4166	1 759	1,2	1794	1,2	-2	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	16 933	6 915	4,6	5 894	3,8	+17	
BAföG	1 382	1 544	918	0,6	771	0,5	+19	
Forschung und Entwicklung	8 940	9 471	3 308	2,2	2 942	1,9	+12	
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	160 005	84 116	56,0	87 419	56,3	-3,	
Sozialversicherung	78 046	77 655	44 217	29,4	44 453	28,6	-0	
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	13 446	5 160	3,4	6 830	4,4	-24	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	34 190	16 571	11,0	17 947	11,6	-7	
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	20 400	10 102	6,7	11 495	7,4	-12	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	3 600	2 375	1,6	1 639	1,1	+44	
Wohngeld	881	679	417	0,3	455	0,3	-8	
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	4389	2 432	1,6	2 3 3 8	1,5	+4	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	1 748	944	0,6	1 072	0,7	-11	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	1 580	542	0,4	443	0,3	+22	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	2 098	757	0,5	713	0,5	+6	
Wohnungswesen	1 356	1 353	658	0,4	587	0,4	+12	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	6 497	2 828	1,9	2 858	1,8	-1	
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	740	279	0,2	221	0,1	+26	
Kohlenbergbau	1319	1 350	1 350	0,9	1319	0,8	+2	
Gewährleistungen	805	1 770	321	0,2	382	0,2	-16	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	11 735	4 521	3,0	4 495	2,9	+0	
Straßen (ohne GVFG)	6341	5 9 2 6	1 938	1,3	2 005	1,3	-3	
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	15 999	7 747	5,2	7 251	4,7	+6	
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	5 283	2 337	1,6	2 399	1,5	-2	
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	3 877	1 579	1,1	1 551	1,0	+1	
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	35 462	17 332	11,5	20 192	13,0	-14	
Zinsausgaben	33 108	35 343	16 891	11,2	19 729	12,7	-14	
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	150 304	100,0	155 292	100,0	-3	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Vormonaten wirken sich auch geringere Zinsausgaben (– 2,8 Mrd. €) positiv auf die Gesamtentwicklung des Bundeshaushalts aus. Darüber hinaus dämpft die positive wirtschaftliche Entwicklung die Ausgaben des Bundeshaushalts im Bereich der sozialen Sicherung (– 3,3 Mrd. €).

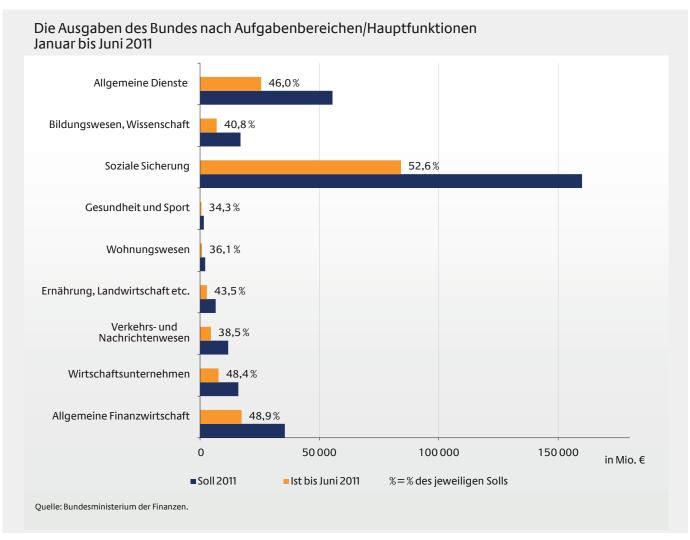
Einnahmeentwicklung

Im 1. Halbjahr 2011 lagen die Einnahmen des Bundes bei 128,0 Mrd. € und übertrafen damit das Vorjahresergebnis um 5,6 Mrd. € (+4,6%). Die Steuereinnahmen im Veröffentlichungszeitraum in Höhe von 116,3 Mrd. € lagen um 11,3 Mrd. € (+10,8%) über dem Stand vom Juni 2010. Hier wirkten Einnahmesteigerungen bei den Steuern vom Umsatz, der nicht veranlagten

Steuer vom Ertrag, der Lohnsteuer und den reinen Bundessteuern positiv. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 11,7 Mrd. € um – 32,9% unter dem Ergebnis bis einschließlich Juni 2010. Hier wirken sich im Vergleich die Erlöse, die im Vorjahr durch die Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen erzielt wurden, als Einmaleffekt aus.

Finanzierungssaldo

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo Ende Juni in Höhe von – 22,3 Mrd. € lassen sich naturgemäß nur bedingt Rückschlüsse auf das Ergebnis der endgültigen Nettokreditaufnahme ziehen. Die Aussagekraft der Zahlen für den Vollzug des Bundeshaushalts 2011 insgesamt bleibt weiterhin mit einem Schwankungsrisiko



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

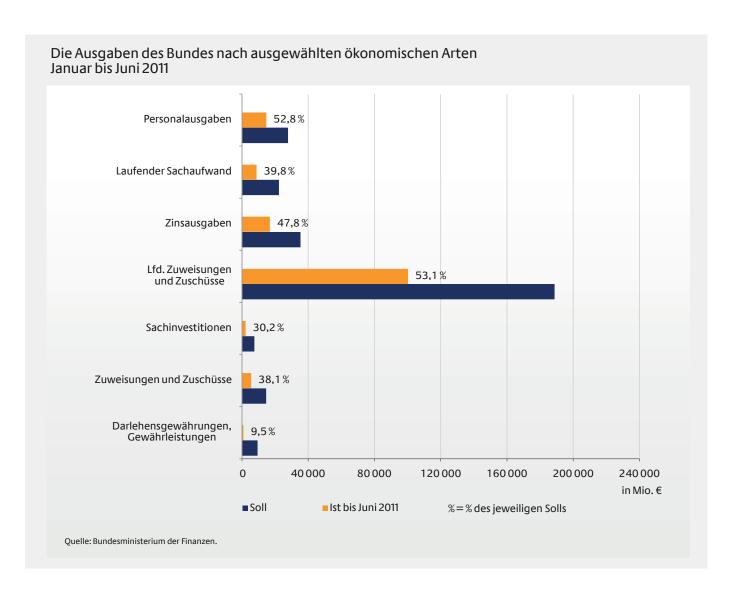
	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2010	2011	Januar bis	Juni 2011	Januar bis	Juni 2010	ggü. Vorjahı
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	277 581	274 627	140 968	93,8	145 573	93,7	-3.
Personalausgaben	28 196	27 799	14 682	9,8	14 634	9,4	+0
Aktivbezüge	21 117	20749	10 798	7,2	10794	7,0	+0
Versorgung	7 079	7 050	3 884	2,6	3 840	2,5	+1
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	8 884	5,9	9 065	5,8	-2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	1 350	696	0,5	681	0,4	+2
Militärische Beschaffungen	10 442	10 429	4 066	2,7	4418	2,8	-8
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10557	4 122	2,7	3 966	2,6	+3
Zinsausgaben	33 108	35 343	16 891	11,2	19 729	12,7	-14
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	100 298	66,7	101 961	65,7	-1
an Verwaltungen	14114	15 094	7 420	4,9	6 472	4,2	+14
an andere Bereiche	180 263	173 662	92 989	61,9	95 652	61,6	-2
darunter:							
Unternehmen	24212	25 056	12 153	8,1	11 480	7,4	+5
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	28 159	13 988	9,3	15 392	9,9	-9
Sozialversicherungen	120 831	114657	64314	42,8	66 3 7 0	42,7	-3
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	214	0,1	184	0,1	+16
Investive Ausgaben	26 077	32 330	9 335	6,2	9 719	6,3	-4
Finanzierungshilfen	18 417	24 831	7 072	4,7	7 326	4,7	-3
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	14 581	5 550	3,7	5 500	3,5	+0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	9 444	894	0,6	1 144	0,7	-21
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	628	0,4	681	0,4	-7
Sachinvestitionen	7 660	7 499	2 264	1,5	2 393	1,5	-5
Baumaßnahmen	6 2 4 2	6014	1 889	1,3	1 923	1,2	-1
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	298	0,2	322	0,2	-7
Grunderwerb	503	576	76	0,1	148	0,1	-48
Globalansätze	0	-1 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	303 658	305 800	150 304	100,0	155 292	100,0	-3

behaftet. Gegenüber den Annahmen bei der Aufstellung des Bundeshaushalts führen jedoch neben der Entwicklung der Steuereinnahmen insbesondere Minderausgaben im Bereich des Arbeitsmarkts zu weiteren Verbesserungen, die eine Rückführung gegenüber der im Haushalt 2011 geplanten Neuverschuldung in Höhe von 48,4 Mrd. € auf eine Größenordnung von rund 30 Mrd. € erwarten lassen.

Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



werden. Bis einschließlich Juni 2011 sind 15,4 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 7.2 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der

Kommunen und Länder, rund 2,5 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

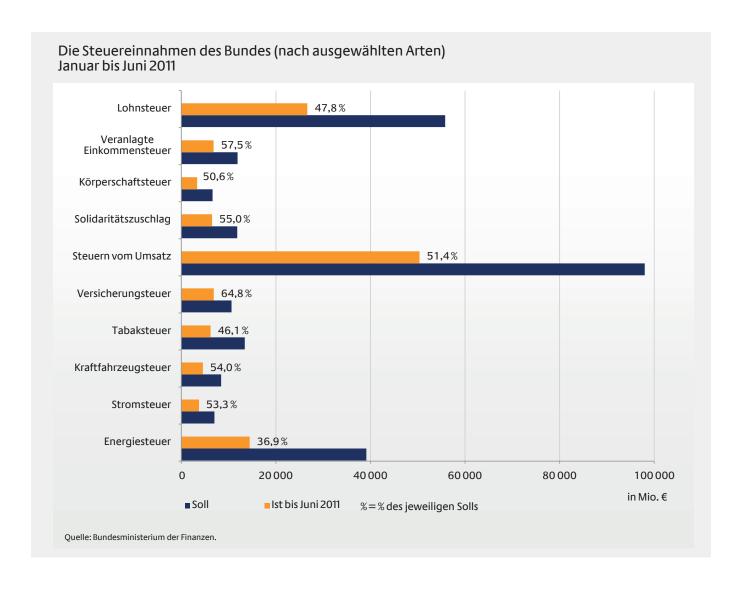
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2010	2011	Januar bis	Juni 2011	Januar bis .	Juni 2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	226 189	229 164	116 269	90,8	104 934	85,7	+10,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	184 183	96 591	75,5	87 673	71,6	+10,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹)	84355	84791	45 746	35,7	40 953	33,5	+11,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	55 781	26 657	20,8	24490	20,0	+8,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	11 921	6 852	5,4	6730	5,5	+1,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	6 8 9 5	6 685	5,2	4 4 7 5	3,7	+49,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	3 832	3 569	2 203	1,7	2 367	1,9	-6,9
Körperschaftsteuer	6 0 2 1	6 625	3 350	2,6	2 890	2,4	+15,
Steuern vom Umsatz	95 860	97 985	50 387	39,4	46 385	37,9	+8,0
Gewerbesteuerumlage	1 287	1 407	458	0,4	335	0,3	+36,
Energiesteuer	39 838	39 142	14 459	11,3	14 041	11,5	+3,
Tabaksteuer	13 492	13 440	6 193	4,8	5 789	4,7	+7,
Solidaritätszuschlag	11713	11 850	6 522	5,1	5 955	4,9	+9,
Versicherungsteuer	10 284	10 620	6 886	5,4	6 5 5 6	5,4	+5,
Stromsteuer	6 171	7 030	3 744	2,9	3 068	2,5	+22,
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	8 445	4 564	3,6	4581	3,7	-0,
Branntweinabgaben	1 993	1 963	1 057	0,8	965	0,8	+9,
Kaffeesteuer	1 002	1 030	521	0,4	500	0,4	+4,
Luftverkehrsteuer	-	1 000	348	0,3	-	-	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-12 159	-6 104	-4,8	-6348	-5,2	-3,8
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-21 870	-9 856	-7,7	-9 193	-7,5	+7,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1836	-2 300	-916	-0,7	- 947	-0,8	-3,:
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6877	-6 980	-3 490	-2,7	-3 438	-2,8	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-8 992	-4 496	-3,5	-4496	-3,7	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	33 105	27 860	11 710	9,1	17 455	14,3	-32,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	5 565	3 602	2,8	4 0 9 3	3,3	-12,
Zinseinnahmen	385	512	125	0,1	154	0,1	-18,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	4 247	1 276	1,0	2 2 1 8	1,8	-42,
Einnahmen zusammen	259 293	257 024	127 980	100,0	122 389	100,0	+4,

 $^{^{1}}$ Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2011

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Juni 2011 im Vorjahresvergleich um +9.8% gestiegen. Der Bund erzielte Mehreinnahmen (nach Verrechnungen) von +9.6%. Das kumulierte Aufkommen von Januar bis Juni 2011 überschritt das Vorjahresniveau insgesamt um +9.3% (Bund: +10.9%).

Zu diesem Ergebnis trug im Berichtsmonat Juni insbesondere der Aufkommenszuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 10,5 %) bei.

Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer übertraf das Vorjahresniveau um + 10,9 %. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldes und der Riester-Zulagen, erhöhten sich dabei im Berichtsmonat Juni 2011 um + 7,9 %. Dieser kräftige Zuwachs korrespondiert mit der deutlich verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt (Anstieg der Zahl der Beschäftigten, aber auch Tarifsteigerungen und höhere Bonuszahlungen). Das Volumen der Kindergeldzahlungen unterschritt das Vorjahresniveau um - 2,5 % aufgrund der Abnahme der Zahl der Kindergeldkinder.

Bei der veranlagten Einkommensteuer brutto kam es im Vorjahresvergleich zu Mindereinnahmen von - 3,1%. Der gleichzeitige Rückgang der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um - 20,5 % führte zu einem leichten Zuwachs des Kassenaufkommens der veranlagten Einkommensteuer um + 0,4 %. Die Vorauszahlungen für das laufende Jahr sind um circa 6 % angestiegen und liegen damit wie bereits im März über dem Niveau des Boom-Jahres 2008. Der Zuwachs des Aufkommens wurde durch einen Rückgang der Nachzahlungen für vergangene Jahre gebremst.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer sind gegenüber dem Juni 2010 um + 36,3 % gestiegen. Die Vorauszahlungen für das laufende Jahr nahmen um circa 19 % zu. Bemerkenswert ist auch der Anstieg der nachträglichen Vorauszahlungen für das Vorjahr, welche sich in diesem Monat nahezu verdoppelt und damit im 1. Halbjahr 2011 bereits den Stand des Vorjahres erreicht haben. Das deutet auf ein zu geringes Niveau der laufenden Vorauszahlungen im Vorjahr 2010 hin und ist somit ein Anzeichen dafür, dass die Unternehmen die Vorauszahlungen bei steigenden Gewinnen nur zögerlich nach oben anpassen.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde das Kassenergebnis um + 30,6 % übertroffen. Dies entspricht der Entwicklung im Monat Mai (+ 28,6 %) und bestätigt die gute Gewinnentwicklung im Vorjahr bei den großen Publikumsgesellschaften, die in diesem Jahr zu höheren Ausschüttungen führt.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge weisen im Juni 2011 ein Plus von + 7,7% auf (nach + 3,7% im Vormonat), allerdings erneut aufgrund einer äußerst schwachen Vorjahresbasis. Bedingt durch das niedrige Zinsniveau ist das Aufkommen weiterhin relativ niedrig.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen mit + 8,2% im Berichtsmonat Juni 2011 das entsprechende Vorjahresergebnis deutlich. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin äußerst lebhaften Außenhandelstätigkeit mit + 25,6% erneut kräftig an. Obwohl ein Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, wurde das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat um + 2,6% überschritten.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2011

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2011	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €⁴	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 154	+10,9	66 622	+9,8	134 400	+5,1
veranlagte Einkommensteuer	8 603	+0,4	16121	+1,8	28 200	-9,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 345	+30,6	13 370	+49,4	16 605	+27,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	489	+7,7	5 140	-7,0	8 122	-6,7
Körperschaftsteuer	5 164	+36,3	6 700	+15,9	13 460	+11,8
Steuern vom Umsatz	15 519	+8,2	93 480	+7,2	187 500	+4,1
Gewerbesteuerumlage	2	-27,7	1 105	+36,4	3 460	+11,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	-30,0	953	+33,1	3 026	+7,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	43 277	+10,5	203 491	+9,7	394 773	+4,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 487	+3,9	14 459	+3,0	40 050	+0,5
Tabaksteuer	1 026	-7,9	6 193	+7,0	13 440	-0,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	171	+46,6	1 056	+9,6	2 000	+0,5
Versicherungsteuer	543	-10,3	6886	+5,0	10 920	+6,2
Stromsteuer	745	+26,7	3 744	+22,0	6980	+13,1
Kraftfahrzeugsteuer	707	-0,9	4564	-0,4	8 400	-1,0
Luftverkehrsteuer	81	Х	348	Х	940	Х
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	0	Х	1 700	Х
Solidaritätszuschlag	1 592	+14,2	6 522	+9,5	12 150	+3,7
übrige Bundessteuern	129	+18,0	767	+5,2	1 461	+0,8
Bundessteuern insgesamt	8 480	+6,0	44 540	+6,9	98 041	+4,9
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	343	-2,6	2 299	+13,1	4 670	+6,0
Grunderwerbsteuer	518	+18,7	3 019	+23,9	5 905	+11,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	108	-6,1	722	+2,1	1 415	+0,2
Biersteuer	72	+12,4	342	+0,2	690	-3,2
Sonstige Ländersteuern	22	+8,8	233	+11,1	350	+7,1
Ländersteuern insgesamt	1 062	+7,6	6 615	+15,5	13 030	+7,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	374	+23,5	2 211	+7,4	4 5 4 0	+3,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	90	+47,3	916	-3,3	1910	+4,0
BSP-Eigenmittel	969	+51,6	9 856	+7,2	20 170	+11,1
EU-Eigenmittel insgesamt	1 434	+42,9	12 983	+6,4	26 620	+9,2
Bund ³	25 716	+9,6	118 019	+10,9	237 385	+5,1
Länder ³	22 562	+9,0	110 962	+8,2	217 272	+3,4
EU	1 434	+42,9	12 983	+6,4	26 620	+9,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 482	+6,5	14 894	+7,3	29 107	+2,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne	53 194	+9,8	256 857	+9,3	510 384	+4,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2011.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2011

Die reinen Bundessteuern dehnten im Juni 2011 ihr Volumen insgesamt um + 6,0 % aus. Hierzu trugen insbesondere die Entwicklungen des Solidaritätszuschlags (+14,2%), der Stromsteuer (+26,7%) und der Energiesteuer (+3,9%) bei. Die Energiesteuer auf Erdgas verdoppelte sich mit + 96,9 % nahezu. Das Aufkommen aus der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs (Energiesteuer auf Sonstiges) ging leicht um - 2,9 % zurück. Die Verbraucher reagieren auf die steigenden Kraftstoffpreise mit Verbrauchseinschränkungen, die den tendenziellen Verbrauchsanstieg aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung überwiegen. Die Steigerungsraten bei der Energiesteuer auf Erdgas und bei der Stromsteuer dürften auf nunmehr erfolgte Jahresabrechnungen zurückzuführen sein. Die Versicherungsteuer (- 10,3 %), die Tabaksteuer (-7,9%) und die Kraftfahrzeugsteuer (-0,9%) mussten jeweils einen Rückgang verbuchen. Bei der Luftverkehrsteuer

(80,5 Mio. €; kumuliert Januar bis Juni 347,9 Mio. €) setzt sich der Aufwärtstrend fort. Es ist davon auszugehen, dass es in den Sommermonaten zu weiteren deutlichen Aufkommenssteigerungen kommen wird. Für Befürchtungen, das für dieses Jahr erwartete Aufkommen werde nicht erreicht, gibt es derzeit keinen Anlass. Einnahmen aus der ebenfalls in diesem Jahr neu eingeführten Kernbrennstoffsteuer wurden bisher noch nicht erzielt.

Die reinen Ländersteuern erzielten im Berichtsmonat Mehreinnahmen um + 7,6 %, getragen von den guten Ergebnissen bei der Grunderwerbsteuer (+ 18,7 %). Auch die Biersteuer (+ 12,4 %) und die Feuerschutzsteuer (+ 9,9 %) verzeichnen hohe Zuwächse. Die Erbschaftsteuer (- 2,6 %) und auch die Rennwett- und Lotteriesteuer (- 6,1 %) weisen Mindereinnahmen auf.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juni durchschnittlich 4,40% (4,46% im Mai).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juni 2,99 % (3,06 % Ende Mai).

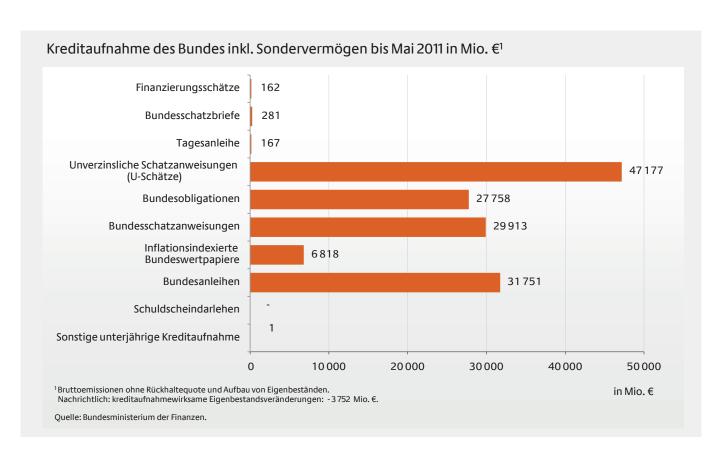
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – stiegen Ende Juni auf 1,55 % (1,43 % Ende Mai).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 7. Juli 2011 beschlossen, mit Wirkung vom 13. Juli den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 1,50 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Basispunkte auf 2,25 % und die Einlagefazilität um 25 Basispunkte auf 0,75 % zu erhöhen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 376 Punkte am 30. Juni (7 294 Punkte am 31. Mai). Der Euro Stoxx 50 sank von 2 862 Punkten am 31. Mai auf 2 849 Punkte am 30. Juni.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Mai 2011 bei 2,4% nach 2,0% im April und 2,3% im März. Der Dreimonatsdurchschnitt der



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von März bis Mai 2011 belief sich auf 2,2% nach 2,1% im vorangegangenen Dreimonatszeitraum (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5%).

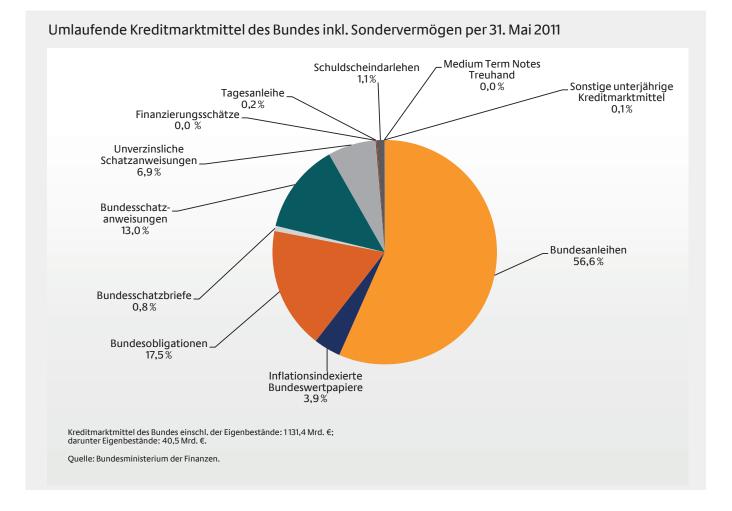
Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im April 2,4% nach 2,3% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,30 % im Mai gegenüber - 0,97 % im April.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Mai 2011 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 144,03 Mrd. €. Davon wurden 137 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Anleihen	23,3	-	-	-	-								23,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-								19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-								15,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0								54,8
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1								0,5
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0								0,2
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0								0,3
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-								-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-	-								0,1
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-	-								0,8
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0								-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1	11,1								113,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6	0,1								18,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,75 Mrd. €).

Die im Mai 2011 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011". Bis einschließlich Mai 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 113,93 Mrd. € und die Zinszahlungen 18.24 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 139,77 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 2,19 Mrd. € (nur für Anschlussfinanzierungen und Zinszahlungen - keine Neukreditaufnahme), des Investitionsund Tilgungsfonds in Höhe von 2,06 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,01 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137339, WKN 113733	Aufstockung	6. April 2011	2 Jahre fällig 15. März 2013, Zinslaufbeginn 25. Februar 2011, erster Zinstermin 15. März 2012	5 Mrd. €
Bundesanleihe, ISIN DE000135432, WKN 113543	Aufstockung	13. April 2011	30 Jahre fällig 4. Juli 2042, Zinslaufbeginn 4. Juli 2010, erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesobligation, ISIN DE0001030534, WKN 103053	Neuemission	13. April 2011	7 Jahre fällig 15. April 2018, Zinslaufbeginn 15. April 2011, erster Zinstermin 15. April 2012	3 Mrd.€
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Neuemission	20. April 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	6 Mrd.€
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN 113544	Neuemission	27. April 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137347, WKN113734	Neuemission	11. Mai 2011	2 Jahre fällig 14. Juni 2013, Zinslaufbeginn 13. Mai 2011, erster Zinstermin 14. Juni 2012	7 Mrd.€
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Aufstockung	18. Mai 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	6 Mrd. €
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN 113544	Aufstockung	25. Mai 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137347, WKN 113734	Aufstockung	15. Juni 2011	2 Jahre fällig 14. Juni 2013, Zinslaufbeginn 13. Mai 2011, erster Zinstermin 14. Juni 2012	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN113544	Aufstockung	22. Juni 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	ca. 4 Mrd. €
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Aufstockung	29. Juni 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	ca. 6 Mrd. €
			2. Quartal 2011 insgesamt	ca. 56 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115780, WKN 111578	Aufstockung	4. April 2011	9 Monate fällig 25. Januar 2012	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115830, WKN 111583	Neuemission,	11. April 2011	6 Monate fällig 12. Oktober 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115848, WKN 111584	Neuemission	18. April 2011	12 Monate fällig 18. April 2012	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115855, WKN 111585	Neuemission	9. Mai 2011	6 Monate fällig 9. November 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115806, WKN 111580	Aufstockung	16. Mai 2011	9 Monate fällig 29. Februar 2012	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115863, WKN 111586	Neuemission	30. Mai 2011	12 Monate fällig 30. Mai 2012	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115871, WKN 111587	Neuemission	6. Juni 2011	6 Monate fällig 7. Dezember 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115822, WKN 111582	Aufstockung	20. Juni 2011	9 Monate fällig 28. März 2012	ca.2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115889, WKN 111588	Neuemission	27. Juni 2011	12 Monate fällig 27. Juni 2012	ca.3 Mrd.€
			2. Quartal 2011 insgesamt	ca. 30 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat sich im 2. Quartal wahrscheinlich mit deutlich vermindertem Tempo fortgesetzt.
- Die industrielle Aktivität hat sich im Mai wieder spürbar belebt.
- Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort.
- Die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe lag im Juni den fünften Monat in Folge oberhalb der Zweiprozentmarke.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat sich im 2. Quartal fortgesetzt. Das aktuelle Indikatorenbild deutet jedoch darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im Vergleich zum Jahresauftakt deutlich verringert hat. Insbesondere in der Industrie zeigt sich dabei eine Abstufung im Expansionstempo. Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren signalisieren, dass auch im weiteren Jahresverlauf mit einem flacheren Wachstumspfad zu rechnen ist. So scheinen vor allem einige Stimmungsindikatoren ihren zyklischen Hochpunkt bereits erreicht zu haben.

Nach wie vor gehen vom Außenhandel positive Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft aus. So wurden die nominalen Warenexporte im Mai kräftig ausgeweitet, womit der Rückgang im Vormonat zu einem großen Teil ausgeglichen werden konnte. Im Dreimonatsvergleich zeigt sich bei der Ausfuhrtätigkeit ein klarer Aufwärtstrend.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag das nominale Ausfuhrergebnis deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (nach Ursprungswerten +18,6%). Dabei wurden die Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der EU besonders stark ausgeweitet (+21,1%). Aber auch die Ausfuhren in Drittländer (+20,3%) sowie den Euroraum (+15,8%) verzeichneten ein deutliches Plus.

Mit Blick auf die zuletzt rückläufige
Auslandsnachfrage nach deutschen
Industriegütern ist mit einer gewissen
Abschwächung in der Dynamik der
Ausfuhrtätigkeit zu rechnen. So beurteilen die
Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes die
Exportaussichten laut ifo-Umfrage inzwischen
deutlich zurückhaltender als noch im 1. Quartal.
Damit dürfte sich das Wachstumsprofil im
weiteren Jahresverlauf noch stärker in Richtung
der Binnennachfrage verschieben.

Auch die Entwicklung der Wareneinfuhren spiegelt die zunehmende Bedeutung der Binnennachfrage wider. So wurden die Warenimporte im Mai gegenüber dem Vormonat kräftig ausgeweitet und erreichten in saisonbereinigter Betrachtung dem Wert nach einen neuen Höchststand. Der kräftige Anstieg der Importe steht vor allem im Einklang mit einer erhöhten binnenwirtschaftlichen Dynamik, die sich auch in einer spürbaren Belebung der Inlandsnachfrage nach industriellen Erzeugnissen ausdrückt. Im Mehrmonatsvergleich sind die nominalen Warenimporte klar aufwärtsgerichtet.

Nach dem etwas verhaltenen Start der Industrie zu Beginn des 2. Quartals hat sich die industrielle Aktivität inzwischen wieder spürbar belebt. Die Industrieproduktion stieg im Mai nach leichtem Rückgang im Vormonat deutlich an. Insbesondere die Produktion von Investitionsgütern fiel dabei deutlich höher

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

aus als noch im Vormonat. Der Grundtendenz nach weist die Industrieproduktion damit einen anhaltenden Aufwärtstrend auf.

Dagegen fiel das industrielle Umsatzergebnis im Mai – nach drei monatlichen Anstiegen in Folge – im Vormonatsvergleich erstmals wieder niedriger aus. Dabei waren sowohl die Auslandsals auch die Inlandsumsätze rückläufig. Die ungünstigste Umsatzentwicklung zeigte sich im Mai dabei im Konsumgüterbereich, wenngleich die Umsätze für diese Gütergruppe im Mehrmonatsvergleich deutlich aufwärtsgerichtet sind. Auch insgesamt zeigt die industrielle Umsatzentwicklung trotz Abschwächung am aktuellen Rand weiterhin einen deutlichen Aufwärtstrend.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe fiel im Mai nochmals höher aus als im Vormonat. Das industrielle Bestellvolumen wurde in saisonbereinigter Betrachtung um fast 2% ausgeweitet. Nachfrageimpulse kamen dabei vor allem aus dem Inland, wobei ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen zu verzeichnen war. Die Auslandsnachfrage war hingegen klar rückläufig. Auch im Zweimonatsvergleich bestätigt sich das Bild, dass die inländische Nachfrage nach deutschen Industriegütern derzeit deutlich stärker ist als jene aus dem Ausland. Im Zweimonatsvergleich ergibt sich für den industriellen Auftragseingang insgesamt eine positive Grundtendenz.

Im Zuge nachlassender Nachfrageimpulse aus dem Ausland ist im weiteren Jahresverlauf mit einer ruhigeren Gangart in der Industrie zu rechnen. Darauf deuten auch die jüngste Eintrübung der Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo-Konjunkturtest) sowie die deutlich ungünstigeren Konjunkturerwartungen der Finanzmarktanalysten (ZEW-Umfrage) hin. Der erneute Rückgang des Einkaufsmanagerindex im Juni signalisiert zugleich, dass sich die industrielle Dynamik bereits zum Ende des 2. Quartals spürbar abgeschwächt haben könnte. Insgesamt ist jedoch mit Blick auf das hohe Niveau der meisten

Stimmungsindikatoren sowie die günstige industrielle Auftragsentwicklung weiterhin von einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs in der Industrie auszugehen.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe konnte nach deutlichem Rückgang im Vormonat im Mai wieder gesteigert werden. Im Dreimonatsvergleich zeigt sich in der Verlaufsbetrachtung eine zweistellige Wachstumsrate, die den dynamischen Aufholprozess in der ersten Jahreshälfte eindrucksvoll unterstreicht. So hat das Produktionsniveau inzwischen einen neuen Höchststand erreicht und lag im Mai in saisonbereinigter Betrachtung knapp 5% oberhalb des Januar-Werts.

Das aktuelle Indikatorenbild bestärkt die bisherige Einschätzung, dass der private Konsum auch im weiteren Jahresverlauf positiv zum Wachstum beitragen dürfte und damit den wirtschaftlichen Aufschwung weiter stützen wird. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz), die bekanntlich starken Revisionen unterworfen sind, gingen im Mai zwar deutlich zurück. Die jüngsten Umfragen weisen jedoch darauf hin, dass die Verbraucher ihre vorübergehende Konsumzurückhaltung allmählich wieder aufzugeben scheinen. So prognostiziert die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für Juli einen Anstieg des Konsumklimaindex, und die vom ifo-Institut befragten Einzelhandelsunternehmen beurteilten die Geschäftslage im Juni ebenfalls sehr positiv. Angesichts des sich fortsetzenden Beschäftigungsaufbaus und gestiegener Löhne dürften sich zudem die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte weiter verbessern und damit die Grundlage für eine Ausweitung der privaten Konsumnachfrage liefern.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch im Juni weiter verbessert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich wie bereits im Vormonat um 8 000 Personen. Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) fiel im Juni auf 2,89 Millionen Personen und unterschritt

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. €		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr						
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	3.Q.10	4.Q.10	1.Q.11	3.Q.10	4.Q.10	1.Q.11	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,0	+3,6	+0,8	+0,4	+1,5	+3,9	+3,8	+5,2	
jeweilige Preise	2 499	+4,2	+0,9	+0,4	+1,7	+4,3	+4,1	+5,6	
Einkommen									
Volkseinkommen	1 904	+6,2	+0,7	+0,6	+3,4	+5,2	+4,6	+5,9	
Arbeitnehmerentgelte	1 258	+2,6	+0,8	+0,7	+1,6	+3,0	+3,3	+4,3	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	646	+14,1	+0,6	+0,3	+6,8	+9,3	+7,6	+8,7	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 599	+2,9	+0,8	+0,9	+0,7	+3,2	+3,9	+3,1	
Bruttolöhne ugehälter	1.021	+2,9	+0,7	+0,9	+1,3	+3,2	+3,6	+4,4	
Sparen der privaten Haushalte	186	+5,3	-1,2	-0,5	+0,5	+4,3	+4,2	-2,1	
- parent de privateir riddonate			• • • •	3,3				_, -, -	
Außenbandel / Umsätze / Produktion /		2010 Veränderung in % gegenüber							
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt					Vorjahr	
	bzw. Index	in%	Apr 11	Mai 11	Zweimonats- durchschnitt	Apr 11	Mai 11	Zweimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-0,3	-3,4		+7,2	+4,5		+12,2	
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	952	+18,5	-5,6	+4,3	-0,2	+13,4	+19,9	+16,7	
Waren-Importe	797	+20,0	-2,5	+3,7	+0,9	+20,1	+15,6	+17,8	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden	103,8	+10,1	-0,8	+1,2	+0,4	+9,4	+7,5	+8,5	
Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹									
Industrie ²	104,5	+11,5	-0,3	+1,2	+0,9	+11,1	+8,8	+9,9	
Bauhauptgewerbe	108,5	+0,2	-5,0	+1,1	-1,9	+5,6	+8,8	+7,2	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ¹									
Industrie (Index 2005 = 100) ²	102,6	+10,5	+0,9	-1,2	+1,0	+11,1	+6,5	+8,8	
Inland	98,9	+6,2	+2,7	-0,9	+2,5	+10,7	+7,1	+8,9	
Ausland	107,1	+15,7	-0,9	-1,5	-0,7	+11,5	+5,8	+8,6	
Auftragseingang	.01,1	, , , , ,		1,5	0,1	, 5	. 3,0	10,0	
(Index 2005 = 100) ¹									
Industrie ²	105,8	+21,3	+2,9	+1,8	+2,4	+10,6	+12,2	+11,4	
Inland	102,7	+15,9	+2,2	+11,3	+6,6	+6,8	+19,0	+12,9	
Ausland	108,5	+26,0	+3,5	-5,8	-1,0	+14,0	+6,4	+10,2	
Bauhauptgewerbe	96,7	+1,1	-3,2		+4,5	+4,6		+3,6	
Umsätze im Handel									
(Index 2005=100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,2	+1,3	+0,4	-2,5	-1,6	+4,1	+3,1	+3,6	
Handel mit Kfz	88,9	-4,9	-0,4	-2,8	-3,5	+4,7	+19,0	+11,6	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in Tsd. gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
	Mio.		Apr 11	Mai 11	Jun 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-33	-8	-8	-321	-276	-255	
Erwerbstätige, Inland	40,49	+0,5	+30	+34		+515	+488		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+47			+680			
		2010	Veränderung ir			n% gegenüber			
Preisindizes 2005 = 100		aaii Vari in %	Vorperiode			Vorjahr			
	Index	ggü. Vorj. in %	Apr 11	Mai 11	Jun 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	
Importpreise	108,4	+7,8	+0,3	-0,6		+9,4	+8,1		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+1,0	+0,0	+0,1	+6,4	+6,1	+5,6	
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,2	+0,0	+0,1	+2,4	+2,3	+2,3	
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden								
	Nov 10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	
Klima	+19,2	+20,9	+20,0	+22,8	+22,0	+20,5	+20,6	+21,1	
Geschäftslage	+22,8	+24,7	+22,8	+28,1	+29,7	+29,7	+30,5	+34,1	
Geschäftserwartungen	+15,7	+17,1	+17,3	+17,6	+14,6	+11,6	+11,0	+8,8	

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

damit den Vorjahresstand deutlich um 255 000 Personen. Somit liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Durchschnitt des 2. Quartals unter der Dreimillionenmarke. Die Arbeitslosenquote ging im Juni im Vorjahresvergleich um 0,6 Prozentpunkte auf 6,9% zurück.

Darüber hinaus nahm die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) im Mai um 34 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Die Erwerbstätigenzahl nach Ursprungswerten stieg im Mai auf 40,88 Millionen Personen und überschritt somit den Vorjahresstand um 488 000 Personen. Der spürbare Beschäftigungsaufbau spiegelt sich auch im Anstieg des Lohnsteueraufkommens im Juni wider. So erhöhten sich die Einnahmen der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldes und der Riester-Zulagen, um +7,9% gegenüber dem Vorjahresmonat.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im April 2011 gegenüber dem Vormonat nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – ebenfalls weiter zu (saisonbereinigt +47 000 Personen). Das Vorjahresniveau konnte (nach Ursprungswerten) deutlich um 680 000 Personen überschritten werden. Dabei ist die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung weiterhin durch den Anstieg der Vollzeitbeschäftigung geprägt. So nahm die Vollzeitbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 414 000 Personen zu, während die Teilzeitbeschäftigung um 264 000 Personen ausgeweitet wurde. Ein hohes Beschäftigungsplus konnte dabei im Vorjahresvergleich vor allem bei Arbeitnehmerüberlassungen und im Verarbeitenden Gewerbe verzeichnet werden. Beschäftigungsverluste gab es hingegen unter anderem bei sonstigen Dienstleistungen und im Bereich Erziehung und Unterricht.

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich damit im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs weiter verbessert. Allerdings hat die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt gegen Ende des 2. Quartals erwartungsgemäß etwas nachgelassen. So fällt der Rückgang der Arbeitslosigkeit inzwischen schwächer aus als noch zu Jahresbeginn. Insgesamt dürfte sich die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt angesichts der günstigen konjunkturellen Perspektiven jedoch fortsetzen. Dafür sprechen auch der Anstieg des BA-Stellenindex sowie die laut ifo-Umfrage weiterhin hohe Einstellungsbereitschaft der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors.

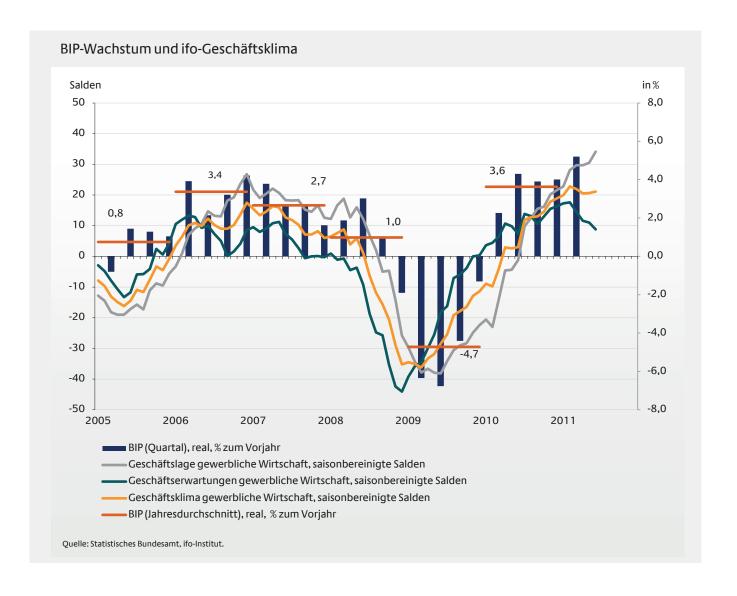
Mit dem Anstieg des Verbraucherpreisindex im Juni um 2,3% lag die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe den fünften Monat in Folge oberhalb der Zweiprozentmarke. Wie bereits in den Vormonaten war der Preisniveauanstieg vor allem auf Preiserhöhungen bei Energie zurückzuführen (+9,1% gegenüber dem Vorjahresmonat). Ohne die Berücksichtigung von Energie betrug die jährliche Inflationsrate im Juni 1,5 %. Die Preise für Kraftstoffe lagen im Juni deutlich über dem Vorjahresniveau (+9,9%), wenngleich die Preisentwicklung im Vormonatsvergleich hier zum zweiten Mal in Folge rückläufig gewesen war. Auch bei Haushaltsenergie war eine deutliche Teuerung zu verzeichnen (+ 8,6% gegenüber dem Vorjahresmonat). Neben den Preisniveausteigerungen bei Energie haben sich jedoch auch die Preise für Nahrungsmittel im Vergleich zum Vorjahr merklich erhöht (+2,6%). Dabei waren vor allem Molkereiprodukte sowie

Fisch und Fischwaren spürbar teurer als vor einem Jahr.

Der Preisauftrieb auf den vorgelagerten Stufen der Preiskette hat sich zuletzt hingegen etwas beruhigt. So ging der Einfuhrpreisindex im Mai im Vormonatsvergleich das erste Mal seit Oktober 2010 leicht zurück. Dennoch überschritt der Importpreisindex das Vorjahresniveau im Mai um immerhin 8,1%. Dabei verteuerte sich Energie kräftig (+30,9%), was maßgeblich auf Preisniveausteigerungen bei Rohöl zurückzuführen war (+35,2%). Ohne die Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lag das Importpreisniveau um 5,1% über dem Stand des Vorjahres. Die Importe von Metallen und ihrer Rohstoffe (Eisenerz + 49,1%) verteuerten sich im Vorjahresvergleich ebenfalls spürbar. Bei den chemischen Erzeugnissen waren vor allem Düngemittel (+31,7%) wesentlich teurer als noch vor einem Jahr. Im Nahrungsmittelbereich schlugen insbesondere Preiserhöhungen bei Getreide (+69,2% gegenüber Vorjahr) und Rohkaffee (+60,5%) zu Buche.

Der Erzeugerpreisindex stieg im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 % an. Dabei wurde die Jahresteuerungsrate gut zur Hälfte von Preisniveausteigerungen für Energie (+9,9 %) bestimmt. Mineralölerzeugnisse waren um 15,4 % und Erdgas um 14,5 % teurer als vor einem Jahr. Die Erzeugerpreise für Strom lagen 5,7 % über dem Vorjahresniveau. Ohne die Berücksichtigung von Energie erhöhte sich das Erzeugerpreisniveau im Vorjahresvergleich um 3,7 %.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

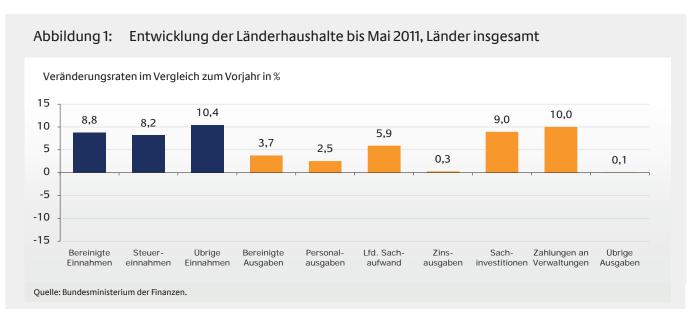


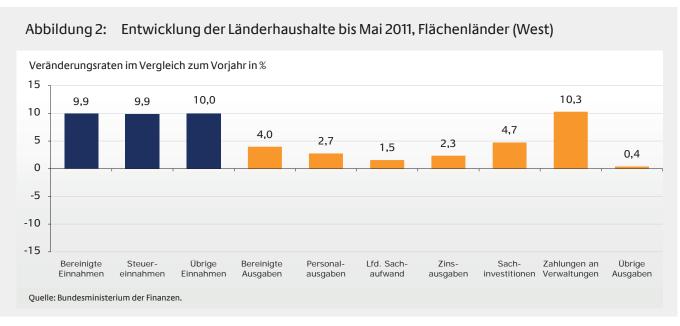
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2011

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2011

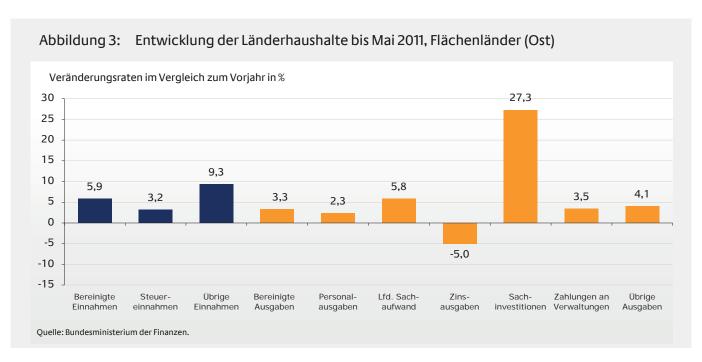
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Mai 2011 vor.

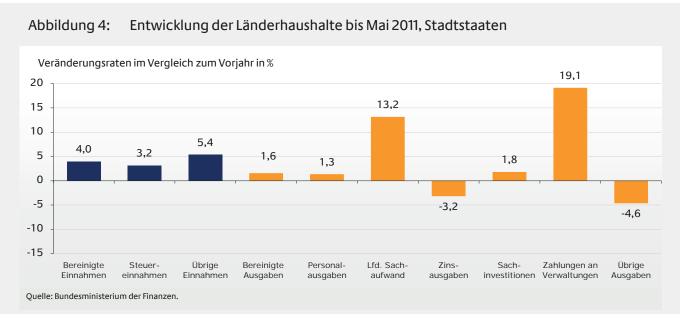
Die Haushaltsentwicklung der Ländergesamtheit verläuft weiterhin deutlich positiver als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt beträgt Ende Mai rund - 6,3 Mrd. € und fällt damit rund 4,8 Mrd. € niedriger aus als der entsprechende Vorjahreswert. Die Planungen der Länder sehen zurzeit ein Gesamtdefizit für das Jahr 2011 von rund - 24,5 Mrd. € vor. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einnahmen um 8,8 % gestiegen, die Ausgaben dagegen nur um 3,7 %.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2011





EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 20. Juni 2011 in Luxemburg

Wirtschaftspolitische Steuerung

Auf der letzten ECOFIN-Tagung unter ungarischer Präsidentschaft haben die Minister die von der Präsidentschaft in den Trilogverhandlungen erarbeiteten Kompromisstexte zu den sechs Gesetzgebungsvorschlägen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung weitgehend gebilligt; dabei erarbeiteten die Minister noch Änderungen zu zwei Punkten:

- 1. Da die Forderungen des Europäischen Parlaments zu einer Ausweitung der Anwendung der umgekehrten qualifizierten Mehrheit im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts keine Mehrheit fand, beschlossen die Minister, im Gesetzestext eine Klausel aufzunehmen, wonach die Entscheidungsregeln nach drei Jahren überprüft werden. Außerdem verabschiedete der ECOFIN-Rat eine Erklärung, die den vom Europäischen Rat im März 2011 beschlossenen Ansatz weiter ausführt, dass, wenn der Rat den Empfehlungen der Kommission nicht folgt, er dies erklären muss.
- 2. Der Forderung des Europäischen Parlaments nach Festlegung eines symmetrischen Ansatzes bei der Prüfung makroökonomischer Ungleichgewichte wurde nicht entsprochen. Die Minister einigten sich auf eine Rückkehr zu dem in der Allgemeinen Ausrichtung im März vereinbarten Text.

Außenmandat der Europäischen Investitionsbank (EIB)

Die ungarische Präsidentschaft hat ein Kompromisspaket zum sogenannten EIB-Außenmandat zwischen Rat und Europäischem Parlament ausgehandelt. Das Außenmandat gibt den rechtlichen Rahmen für die Geschäftsaktivitäten der EIB außerhalb der EU vor.

Verordnung über OTC-Derivate ("over the counter"), zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister

Anknüpfend an die G20-Beschlüsse von Pittsburgh (September 2009) zur Regulierung von Derivategeschäften hat die Kommission im September 2010 den Entwurf einer Verordnung zu OTC-Derivaten, zentralen Gegenparteien (CCPs) und Transaktionsregistern vorgelegt. Kernelemente sind u. a. die Verpflichtung zur Abwicklung von OTC-Derivatekontrakten über zentrale Gegenparteien sowie die Verpflichtung zur Meldung von OTC-Derivategeschäften an Transaktionsregister. Der von der Präsidentschaft vorgelegte Kompromisstext war im Vorfeld der ECOFIN-Tagung in zentralen Punkten zwischen den Mitgliedstaaten noch strittig, sodass eine Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung bei dieser ECOFIN-Tagung nicht realistisch war und die Präsidentschaft nur eine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Orientierungsaussprache vorsah. Die Ministerdiskussion brachte keine Annäherung der Positionen. Weiterhin ist insbesondere das Ausmaß der Aufsichtszuständigkeiten, die die EU-Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) erhalten soll, sowie der Anwendungsbereich der Verordnung (beschränkt auf OTC-Derivate oder Ausweitung auf solche Derivate, die an regulierten Märkten gehandelt werden) strittig. Deutschland betonte die Rolle der nationalen Aufsichtsbehörden und sprach sich für eine Beschränkung des Anwendungsbereichs der Verordnung auf OTC-Derivate aus.

Europäisches Semester, Länderspezifische Empfehlungen

Zur Stärkung und besseren Verzahnung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung wurde 2011 zum ersten Mal das Europäische Semester durchgeführt. Die Mitgliedstaaten waren aufgerufen, bis Ende April ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie ihre Nationalen Reformprogramme vorzulegen. Die Europäische Kommission hat die Programme analysiert und Entwürfe für konkrete Empfehlungen für die jeweiligen Länder vorgelegt. Diese betreffen sowohl die Finanz- und Wirtschaftspolitik als auch die Arbeitsmarktpolitik. Die ECOFIN-Minister haben zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Empfehlungen Einigkeit erzielt. Die Empfehlungen wurden anschließend vom Europäischen Rat am 23. und 24. Juni 2011 gebilligt und beim ECOFIN-Rat am 12. Juli 2011 formell verabschiedet.

Statistik: Kommissionsmitteilung zum Qualitätsmanagement für Europäische Statistiken

Aufbauend auf den Empfehlungen der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe hat die Kommission am 15. April 2011 eine Mitteilung zum Qualitätsmanagement für Europäische Statistiken vorgelegt. Diese stellt die Leitlinien der europäischen Statistikbehörde Eurostat für das Vorgehen bei der Verbesserung der Qualität der europäischen Statistiken dar. Die Mitteilung formuliert zwei Aktionslinien:

- die Stärkung der Governance des Europäischen Statistischen Systems, insbesondere durch fachliche Unabhängigkeit, sowie
- 2. die Errichtung eines präventiven Prüfsystems zur Gewährleistung der Oualität finanzstatistischer Daten.

Die ECOFIN-Minister haben nach kurzer Einführung durch die Präsidentschaft die vorbereiteten Ratsschlussfolgerungen ohne weitere Aussprache verabschiedet. Darin werden weitere Initiativen der Kommission zur Verbesserung der Datenqualität im Europäischen Statistischen System hervorgehoben:

- 1. Verbesserung der Konsistenz verschiedener Datenstandards,
- eine schnelle Umsetzung der Vorgaben der Richtlinie über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen und
- die Weiterentwicklung des Verhaltenskodex des Europäischen Statistischen Systems, insbesondere des Begriffs der fachlichen Unabhängigkeit.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 12. Juli 2011 in Brüssel

Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen

Über die Revision der Zinsrichtline wird seit Ende 2008 verhandelt. Bei der Revision geht es insbesondere um die Erweiterung des persönlichen und sachlichen Anwendungsbereichs. Bereits beim vorletzten ECOFIN wurde darüber diskutiert, die Verhandlungen mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino parallel zu den Arbeiten an der Zinsrichtlinie aufzunehmen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der erweiterte Anwendungsbereich der Zinsrichtlinie dann auch in den Zinsabkommen mit den Drittstaaten Anwendung findet. Die Europäische Kommission stellte nun den Entwurf für Mandate für die Aufnahme von Verhandlungen mit den Drittstaaten vor. Eine Beschlussfassung war nicht vorgesehen.

Vorstellung des Arbeitsprogramms des polnischen Vorsitzes

Der polnische Finanzminister Jan Vincent Rostowski stellte das ECOFIN-Programm für die nächsten sechs Monate unter seiner Präsidentschaft vor. Schwerpunkte seien Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, eine rasche Einigung mit dem Europäischen Parlament über das Gesetzgebungspaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung sowie die Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen. Im Bereich der Finanzdienstleistungen sei die Schaffung von Krisenbewältigungsmechanismen sowie die Stärkung der Sicherheit der europäischen Finanzmärkte durch Maßnahmen zur Stärkung der Integrität und Transparenz des Finanzsektors und zur Verringerung systemischer Risiken auf der

Agenda. Zudem solle die Zusammenarbeit mit den Beitrittskandidaten und anderen Partnerstaaten - insbesondere mit denen der Östlichen Partnerschaft - fortgesetzt werden. Im Steuerbereich werde man die begonnenen Arbeiten fortsetzen, insbesondere zur Finanztransaktionssteuer, zur Änderung der Energiesteuerrichtlinie und im Bereich der Verbrauchsteuern. Der Abbau des Verwaltungsaufwands und die Steuerbetrugsbekämpfung würden ebenfalls behandelt. Schließlich solle der Haushalt für das nächste Jahr rechtzeitig verabschiedet werden.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die Kommission hat untersucht, ob angesichts der Ergebnisse ihrer Frühjahrsprognose die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ausreichen, um die im Rahmen der Defizitverfahren vorgegebenen Abbauschritte zu erfüllen. Auf dieser Grundlage verabschiedeten die ECOFIN-Minister Ratsschlussfolgerungen, in denen festgestellt wird, dass die Mitgliedstaaten insgesamt gute Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung gemacht haben, sodass für 2013 ein durchschnittliches Haushaltsdefizit von unter 3 % des BIP erwartet werde. Um den Ausstieg aus den krisenbedingten öffentlichen Defiziten zum Erfolg zu führen, werden alle Mitgliedstaaten zur vollen Umsetzung aller Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters aufgerufen. Auch solle die Verschuldung zurückgeführt und die günstige Konjunktur für eine schnellere Konsolidierung genutzt werden. In einigen Mitgliedstaaten bestehe die Notwendigkeit, angekündigte Maßnahmen genauer zu spezifizieren. Zudem wurde Finnland aus dem Defizitverfahren entlassen.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Weiteres Vorgehen im Anschluss an das Treffen der G20-Vertreter vom 9. und 10. Juli 2011 in Paris

Das G20-Vorsitzland Frankreich sowie die polnische Präsidentschaft haben kurz über das Treffen der G20-Vertreter berichtet. Dort standen folgende Themen im Mittelpunkt: Lage der Weltwirtschaft, Rahmenwerk für Wachstum, Reform des internationalen Währungssystems, Finanzmarktreformen sowie Rohstoffe und Nahrungsmittelsicherheit.

Weiteres Vorgehen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rats vom 24. Juni 2011

Die Präsidentschaft berichtete, dass das Europäische Parlament die Abstimmung zum Gesetzgebungspaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung auf den September 2011 verschoben habe. Gegenwärtig werde in informellen Kontakten mit dem Europäischen Parlament und einzelnen Mitgliedstaaten nach möglichen Kompromissen gesucht. Zum Euro-Plus-Pakt berichtete die Präsidentschaft, dass die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen vorgestellt haben.

Belastungstests für Banken und "Backstop"-Mechanismen

Mit Blick auf die Ankündigung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), am 15. Juli 2011 die Ergebnisse der Bankenstresstests 2011 zu veröffentlichen. unterstrichen die ECOFIN-Minister die Bedeutung von Transparenz und Glaubwürdigkeit der Tests. Die Minister verständigten sich auf eine Erklärung zu den Auffangmechanismen für Banken. Darin wird bestätigt, dass bei Bedarf Auffangmaßnahmen ergriffen würden. Lösungen des Privatsektors würden hierbei bevorzugt. Der Rat werde die weiteren Entwicklungen sowie die Umsetzung der Maßnahmen im Anschluss an die Veröffentlichung der Ergebnisse der Belastungstests überprüfen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

09./10. September 2011	G7 Finanzministertreffen in Marseille (Frankreich)
16./17. September 2011	Informeller ECOFIN in Wroclaw (Polen)
23. September 2011	Treffen der G20 Finanz- und Entwicklungsminister in Washington D.C.
24. September 2011	Lenkungsausschuss des IWF in Washington D.C.
24./25. September 2011	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
3./4. Oktober 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
14./15. Oktober 2011	Treffen der G20 Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Paris
3./4. November 2011	G20 Gipfel in Cannes

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Anfang Juli 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
6. Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
November 2011	Stabilitätsrat
2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2011	Juli 2011	22. August 2011
September 2011	August 2011	22. September 2011
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

 $^{^1}$ Jeweils 0,14 $\,\leqslant\,/$ Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Analysen und Berichte

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 und dem Finanzplan des Bundes bis 2015	37
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010	53
Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland	71
Drohende Haushaltsnotlagen in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein	79

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 und dem Finanzplan des Bundes bis 2015

1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption	37
1.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2011 bis 2015	37
1.2	Finanzpolitische Ausgangslage	39
2	Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015	41
	Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern	
2.2	Wesentliche Politikbereiche	45
2.3	Einnahmen	50
2.4	Personal und Verwaltung	51

- Die Bundesregierung hat bereits im vergangenen Jahr mit dem Zukunftspaket einen wichtigen Grundstein gelegt, um die Einhaltung der Schuldenregel zuverlässig dauerhaft sicherzustellen. Gleichzeitig kann der Bund durch die überaus positive konjunkturelle Entwicklung deutlich größere Fortschritte bei der Konsolidierung erreichen als bisher erwartet.
- Trotz erheblicher Belastungen des Bundeshaushalts durch Energiewende und Europäischen Stabilitätsmechanismus schreitet der Abbau der Neuverschuldung weiter fort: Der Regierungsentwurf 2012 schließt mit einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 27,2 Mrd. € ab, dies sind rund 4,3 Mrd. € weniger als im Eckwertebeschluss vom 16. März 2011 vorgesehen.
- Die Ausgaben im Regierungsentwurf 2012 betragen 306,0 Mrd. € und übersteigen damit die geplanten Gesamtausgaben des Jahres 2011 nur marginal.
- In den folgenden Jahren wird die Neuverschuldung des Bundes Schritt für Schritt weiter zurückgeführt. Im Ergebnis unterschreitet der Bund mit dem vorliegenden Regierungsentwurf 2012 und dem Finanzplan bis zum Jahr 2015 die maximal zulässige Neuverschuldung in allen Jahren deutlich.
- Der neue Finanzplan enthält in den Jahren 2014 und 2015 weiterhin die auf dem Zukunftspaket beruhenden Globalen Minderausgaben. Dies zeigt deutlich, dass mit Blick auf die langfristigen Anforderungen des Artikels 115 Grundgesetz gegenwärtig nur ein begrenzter Spielraum für strukturell wirkende Belastungen besteht.

1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2011 bis 2015

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat sich im 1. Quartal 2011 gegenüber dem Jahresende 2010 spürbar beschleunigt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm im 1. Quartal 2011 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,5 % zu. Die konjunkturelle Grunddynamik lag damit deutlich höher als von der Mehrzahl der Beobachter erwartet. Gleichwohl signalisieren die Stimmungsindikatoren und die "harten" Wirtschaftsdaten am aktuellen Rand, dass sich das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo gegenüber dem überaus starken 1. Quartal verlangsamen dürfte. Die Bundesregierung

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion für das Jahr 2011 einen Anstieg des BIP um real 2,6 %. Vor dem Hintergrund der sehr hohen Wachstumsrate des BIP im 1. Quartal 2011 könnte aus heutiger Sicht bei einer weiterhin günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der BIP-Anstieg in diesem Jahr sogar höher ausfallen als bislang erwartet. Für das Jahr 2012 geht die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion von einem BIP-Wachstum von real 1.8 % aus.

Der kräftige Konjunkturaufschwung ist in starkem Maße auf eine hohe Auslandsnachfrage zurückzuführen. So konnten die Exporte auch im 1. Quartal 2011 deutlich ausgeweitet werden. Für dieses Jahr wird erwartet, dass – aufgrund einer Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos – der Anstieg der Exporte im Jahresdurchschnitt deutlich geringer ausfallen dürfte als noch im Jahr 2010. Angesichts einer kräftigen Binnennachfrage ist aber zugleich mit einem deutlichen Anstieg der Importe zu rechnen. Damit wird sich in diesem Jahr das Wachstumsprofil voraussichtlich weiter in Richtung der Inlandsnachfrage verschieben. Dem privaten Konsum wird dabei eine bedeutende Rolle als Wachstumsstütze zukommen. Dies steht im Einklang mit dem leichten Anstieg der privaten Konsumausgaben im 1. Quartal 2011. Angesichts einer positiven Arbeitsmarktentwicklung und damit einhergehender verbesserter Einkommensperspektiven dürfte der Konsum der privaten Haushalte in diesem Jahr merklich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen.

Der Arbeitsmarkt hat sich in der Wirtschaftskrise erfreulich robust gezeigt und profitiert nun im Aufschwung von der spürbaren Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und den insgesamt günstigen wirtschaftlichen Aussichten. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich in diesem und im nächsten Jahr weiter verbessern. In beiden Jahren wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt voraussichtlich die Dreimillionenmarke unterschreiten. Zugleich dürfte die Erwerbstätigenzahl im Jahresdurchschnitt ein Niveau von rund 41 Millionen Personen erreichen.

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bestehen Risiken hauptsächlich im weltwirtschaftlichen Gefüge: Eine spürbare Abschwächung der globalen Wachstumsdynamik könnte zu nachlassenden Nachfrageimpulsen für die deutsche Exportwirtschaft führen. Hierzu könnten auch Nachwirkungen der Naturkatastrophe in Japan beitragen. Die Unruhen in einigen nordafrikanischen Staaten könnten zu einem deutlichen Auftrieb des Ölpreises führen und dabei insbesondere den privaten Konsum belasten. Ein weiteres Risiko stellt die Schuldenkrise in einigen Ländern des Euroraums dar. Gleichzeitig besteht aber auch die Chance, dass sich der Welthandel dynamischer entwickelt als erwartet und Deutschland aufgrund seines Exportgütersortiments hiervon in besonderem Maße profitiert. Außerdem sind die Voraussetzungen in Deutschland günstig, dass der Aufschwung eine höhere Eigendynamik entfaltet als bisher angenommen. Zudem könnte sich durch selbstverstärkende Effekte im Bereich der Binnenwirtschaft die Wachstumsdynamik noch weiter erhöhen.

Für den mittelfristigen Projektionszeitraum (2013 bis 2015) wird erwartet, dass das preisbereinigte BIP durchschnittlich um gut 1½% p. a. ansteigt. Zugleich wird mit einem Potenzialwachstum von knapp 1½% p. a. gerechnet. Insgesamt wird die aus dem Konjunktureinbruch des Jahres 2009 resultierende starke Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten damit allmählich abgebaut. Die negative Produktionslücke wird sich zum Ende des mittelfristigen Projektionszeitraums annahmegemäß schließen.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

1.2 Finanzpolitische Ausgangslage

Der Eckwertebeschluss der Bundesregierung vom März 2011

Die Bundesregierung hat am 16. März 2011 die Eckwerte des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2012 und des Finanzplans bis zum Jahr 2015 beschlossen. Mit diesem Beschluss hat das Bundeskabinett – im Rahmen des neuen Top-Down-Verfahrens – im Vorfeld des weiteren regierungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens grundsätzlich verbindliche Einnahmeund Ausgabevolumina für jeden Einzelplan festgelegt. Ausgenommen waren die Verfassungsorgane und der Bundesrechnungshof.

Der Eckwertebeschluss vom 16. März
2011 sieht vor, dass Veränderungen
bei konjunkturreagiblen Eckwerten
sowie notwendige Veränderungen bei
Rechtsverpflichtungen im weiteren Verfahren
der Haushaltsaufstellung berücksichtigt
werden. Hier liegt auch der Schwerpunkt
der Veränderungen. Dementsprechend
wurden insbesondere die sich aus der
Frühjahrsprojektion der Bundesregierung
Ende April, der Rentenschätzung Anfang
Mai und den Ergebnissen des Arbeitskreises

"Steuerschätzungen" vom 10. bis 12. Mai 2011 ergebenden Veränderungen bei der Herleitung der endgültigen Nettokreditaufnahme des Regierungsentwurfs 2012 und des Finanzplans bis 2015 vollständig berücksichtigt. Darüber hinaus wurden die Zinsausgaben an das zwischenzeitlich gestiegene Zinsniveau am Kapitalmarkt angepasst.

Zum anderen haben die am 24./25. März 2011 gefassten Beschlüsse des Europäischen Rats zur Absicherung der Stabilität des Euroraums genauso Eingang gefunden wie die finanziellen Auswirkungen des beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie.

Die Haushaltsaufstellung 2012 steht im
Kontext einer außerordentlich positiven
Entwicklung des Haushaltsvollzugs 2011.
Bei den Steuereinnahmen verfestigt
sich die Erwartung, dass das Niveau der
Steuereinnahmen des Vorkrisenjahres 2008
erstmals wieder erreicht werden kann.
Gegenüber den Annahmen bei der Aufstellung
des Bundeshaushalts führen darüber hinaus
insbesondere Minderausgaben im Bereich des
Arbeitsmarkts zu weiteren Verbesserungen,
die eine Rückführung gegenüber der im
Haushalt geplanten Neuverschuldung in Höhe
von 48,4 Mrd. € auf eine Größenordnung von
rund 30 Mrd. € erwarten lassen.

Tabelle 1: Eckwerte zum Regierungsentwurf 2012 und zum Finanzplan bis zum Jahr 2015 vom 16. März 2011

	Soll 2011	Eckwerte 2012	Finanzplan		
	56.1.26.1		2013	2014	2015
	in Mrd. €				
Ausgaben ¹	305,8	303,8	305,7	304,4	309,5
Einnahmen					
Steuereinnahmen	229,2	243,0	252,9	261,4	270,5
Sonstige Einnahmen	28,2	29,3	30,5	27,6	25,8
Nettokreditaufnahme	48,4	31,5	22,3	15,3	13,3

¹2014 und 2015: einschließlich Globale Minderausgabe in Höhe von 4,8 Mrd. Euro.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Energiepolitische Wende und Sondervermögen "Energie- und Klimafonds"

Die Bundesregierung hat mit der am 6. Juni 2011 vom Bundeskabinett beschlossenen Energiewende die Weichen dafür gestellt, dass die zukünftige Energieversorgung Deutschlands aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Der beschlossene schnellere Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 erfordert eine Weiterentwicklung des im vergangen Jahr beschlossenen Energiekonzepts der Bundesregierung. Der Bundeshaushalt wie auch das Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" (EKF) werden die im Konzept verankerten Schwerpunkte für den Umbau der Energieversorgung flankieren.

Durch den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie werden in den nächsten Jahren erhebliche Investitions- und Forschungsmaßnahmen erforderlich. Die Finanzierung wird über eine langfristig tragfähige Finanzausstattung des EKF sichergestellt. Bislang sollte sich das

Sondervermögen vorwiegend aus der Abschöpfung von Zusatzgewinnen der Energieversorgungsunternehmen aus der Laufzeitverlängerung sowie ab dem Jahr 2013 aus den gegenüber den Ansätzen im Bundeshaushalt zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Versteigerung der CO2-Emissionszertifikate speisen. Durch die Entscheidung über die Verkürzung der Laufzeiten der Kernkraftwerke wird der EKF zukünftig keine Zahlungen mehr aus dem Förderfondsvertrag mit den Betreibergesellschaften von Kernkraftwerken in Deutschland und ihren Konzernobergesellschaften erhalten, sodass entsprechende Einnahmeausfälle zu kompensieren sind.

Nach dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds", das sich zurzeit in den parlamentarischen Beratungen befindet, stehen dem Sondervermögen ab dem Jahr 2012 alle Einnahmen aus dem CO2-Emissionshandel zur Verfügung. Die Einnahmen des EKF entwickeln sich demnach wie folgt:

Tabelle 2: Entwicklung der Einnahmen¹ des Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" in Mio. €

Jahr	2012	2013	2014	2015
	780	3 330	3 270	3 220

¹ Die Kalkulation beruht auf einem Versteigerungspreis der Emissionszertifikate von 17 Euro/t CO2 nach Abzug der Kosten für die Deutsche Emissionshandelsstelle.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Damit können neben den bisherigen Aufgaben des EKF ab dem Jahr 2013 auch etwaige Zuschüsse an stromintensive Unternehmen bis zu einer Höhe von jährlich 500 Mio. € zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen auf der Grundlage von Artikel 10a Absatz 6 der EU-Emissionshandelsrichtlinie finanziert werden.

Außerdem sind künftig alle Programmausgaben im Rahmen des Regierungsprogramms Elektromobilität zentral aus dem Sondervermögen zu finanzieren. Ein Schwerpunkt der im Wirtschaftsplan des EKF enthaltenen Maßnahmen ist die Förderung von Forschung und Entwicklung. Durch die Bündelung der Programmausgaben für Elektromobilität im EKF wird die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei der Koordinierung der Förderprogramme erleichtert und eine transparente Veranschlagung der Ausgaben für diesen Zukunftsmarkt sichergestellt. Die bisher im Bundeshaushalt geplanten entsprechenden Ausgaben werden in den EKF umgeschichtet. Darüber hinaus werden die Programmausgaben für Elektromobilität im EKF im Jahr 2012 um weitere 100 Mio. € und im Jahr 2013 um weitere 300 Mio. € verstärkt. Damit stellt die Bundesregierung – wie im Regierungsprogramm Elektromobilität beschlossen - in den Jahren 2011 bis 2013 insgesamt rund 1 Mrd. € für solche Maßnahmen zur Verfügung.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

Der Europäische Rat hat am 24./25. März 2011 Beschlüsse zur Absicherung der Stabilität des Euroraums getroffen. Teil dieses Gesamtpakets ist die Entscheidung der 17 Mitgliedsländer des Euroraums, zum 1. Juli 2013 einen permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einzurichten, der die Aufgaben der heutigen Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) übernehmen wird.

Deutschland wird sich mit einer Kombination von abrufbarem und eingezahltem Kapital

am ESM beteiligen, wobei der deutsche Anteil nach Aufbau des ESM bei rund 190 Mrd. € (rund 168 Mrd. € an abrufbarem Kapital und rund 22 Mrd. € eingezahltes Kapital) liegen wird.

Der heute schon bestehende Garantierahmen für die EFSF beträgt einschließlich der gesetzlich fixierten Flexibilitätsklausel bis zu rund 148 Mrd. € und wird voraussichtlich auf etwas über 200 Mrd. € angehoben werden müssen. Der ESM wird ab dem 1. Juli 2013 mit einem Rahmen von insgesamt 700 Mrd. € ausgestattet, wovon 620 Mrd. € in Form von abrufbarem Kapital beziehungsweise Garantien bereitgestellt werden (deutscher Anteil: rund 168 Mrd. €) und 80 Mrd. € über einen Zeitraum von fünf Jahren in gleichen Raten durch die Euro-Mitgliedstaaten einzuzahlen sind (deutscher Anteil: knapp 22 Mrd. €). Mit dem schrittweisen Aufbau des eingezahlten Kapitals hat Deutschland eine haushaltsschonende Vorgehensweise durchgesetzt.

Im neuen Finanzplan werden für die deutschen Einzahlungen ab dem Jahr 2013 jährlich 4,3 Mrd. € berücksichtigt. Diese Beträge werden von Eurostat als Beteiligungserwerb angesehen und dementsprechend bei der Berechnung des Maastricht-Defizits nicht berücksichtigt werden. Auch nach dem Regelwerk der deutschen Schuldenbremse sind sie defizitneutral. Gleichwohl wird die Nettokreditaufnahme ab dem Jahr 2013 entsprechend steigen. Strukturell defiziterhöhend sind im Übrigen die Zinsausgaben, die im Zusammenhang mit der Finanzierung des Beteiligungserwerbs stehen.

2 Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015

2.1 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 und der Finanzplan bis 2015 sehen folgende Eckdaten vor: Im Vergleich zum Soll des Jahres 2011 steigen die Ausgaben des

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Tabelle 3: Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplan	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
			in M	rd. €		
Ausgaben	303,6	305,8	306,0	311,5	309,9	315,0
Veränderung ggü. Vorjahr in %		0,7	0,1	1,8	-0,5	1,6
jahres durch schnittliche Veränderung 2011 bis 2015 in $\%$			0,7			
Einnahmen						
Steuereinnahmen	226,2	229,2	247,4	256,4	265,8	275,7
Sonstige Einnahmen	33,4	28,2	31,5	30,2	25,4	24,6
Nettokreditaufnahme	44,0	48,4	27,2	24,9	18,7	14,7
nachrichtlich: Investitionen (ohne Darlehen an die BA und Beteiligungen am ESM)	26,1	26,9	26,4	25,3	25,1	24,9

Differenzen durch Rundung möglich.

Bundes im nächsten Jahr nur marginal an. Gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan wird es aber sowohl im nächsten Jahr als auch in den Folgejahren einen spürbaren Aufwuchs der Ausgaben geben, der im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückgeführt werden kann:

Wie bereits im Eckwertebeschluss vom 16. März 2011 vorgesehen, wird die auf dem Zukunftspaket fußende Einsparvorgabe für den Einzelplan des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) mit Blick auf die weitere Konkretisierung der Strukturreform der Bundeswehr um ein Jahr – bis Ende 2015 – gestreckt. Mehrausgaben ergeben sich im Etat des BMVg auch aufgrund zusätzlicher Mietzahlungen im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements. Im Ergebnis steigen die Ausgaben gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan um bis zu 3,3 Mrd. € an. Die Ausgaben des Einzelplans des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sinken im kommenden Jahr – insbesondere wegen des wegfallenden Darlehensbedarfs der Bundesagentur für Arbeit - spürbar. In den Folgejahren überwiegen dann allerdings die Belastungen, die sich aus der aktuellen Rentenschätzung sowie den Mehrbelastungen aus der im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe beschlossenen

Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (einschließlich der darin enthaltenen Refinanzierung der neuen Bildungs- und Teilhabeleistungen) ergeben. Für Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit stehen im nächsten Jahr zusätzlich 750 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus werden auch im folgenden Jahr die Zukunftsbereiche Bildung und Forschung wieder deutlich gestärkt. So steigt der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Regierungsentwurf 2012 ein weiteres Jahr in Folge überproportional an: im Vergleich zum Vorjahr um rund 10 %. In Relation zum Ist des Jahres 2010 beträgt der Anstieg sogar rund 2,3 Mrd. € beziehungsweise 21%. Zudem bildet der neue Finanzplan ab dem Jahr 2013 die deutsche Kapitalbeteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus ab. Hierfür werden rund 4,3 Mrd. € p. a. veranschlagt.

Trotz des Ausgabenaufwuchses gelingt es – begünstigt durch die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung – die Neuverschuldung des Bundes maßgeblich zurückzuführen. Während der bislang geltende Finanzplan für das nächste Jahr eine Neuverschuldung in Höhe von 40,1 Mrd. € vorsah, schließt der Regierungsentwurf 2012 mit einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 27,2 Mrd. € ab: Dies sind im Übrigen rund

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

4,3 Mrd. € weniger als im Eckwertebeschluss vom 16. März 2011 vorgesehen. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzplan um rund 25 Mrd. €. Zu berücksichtigen ist aber gleichwohl, dass die geplante Neuverschuldung des Jahres 2012 immer noch mehr als doppelt so hoch sein wird wie das Ist des Jahres 2008 (11,5 Mrd. €). Zudem wird auf der Grundlage des neuen Finanzplans der Schuldenstand des Bundes in den nächsten Jahren ceteris paribus um weitere rund 85,5 Mrd. € zunehmen. Hierdurch werden die Zinsbelastungen im Bundeshaushalt weiter ansteigen.

Die Bundesregierung hat bereits im vergangenen Jahr mit dem Zukunftspaket einen wichtigen Grundstein gelegt, um mittelfristig die Einhaltung der Schuldenregel sicherzustellen. Gleichzeitig kann der Bund durch die überaus positive konjunkturelle Entwicklung deutlich größere Fortschritte bei der Konsolidierung erreichen als bisher erwartet. Im Ergebnis unterschreitet der Bund mit dem vorliegenden Regierungsentwurf 2012 und dem Finanzplan bis zum Jahr 2015 die maximal zulässige Neuverschuldung in allen Jahren deutlich.

Zu berücksichtigen ist dabei allerdings auch, dass der neue Finanzplan in den Jahren 2014 und 2015 weiterhin die auf dem Zukunftspaket beruhenden Globalen Minderausgaben enthält. Dies zeigt deutlich, dass mit Blick auf die langfristigen Anforderungen des Artikels 115 Grundgesetz gegenwärtig nur ein begrenzter Spielraum für strukturell wirkende Belastungen besteht. Dies gilt umso mehr, als ab dem Jahr 2016 das Ziel eines grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts mit einer strukturellen Neuverschuldung von maximal 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zuverlässig und dauerhaft erreicht werden muss. Im Übrigen definiert die Schuldenregel für die strukturelle beziehungsweise die absolute Neuverschuldung eine unverrückbare Obergrenze. Mit Blick auf

Schätzunsicherheiten und Planungsrisiken sollte diese gerade in wirtschaftlich guten Zeiten nicht vollkommenen ausgeschöpft werden. Ein angemessener Sicherheitsabstand schafft den notwendigen Puffer, um kurzfristige und gegebenenfalls tiefgreifende Planungsanpassungen zu vermeiden. Es entspricht gerade dem Sinn und Zweck der Schuldenregel, konjunkturell bedingte Entlastungen (Mehreinnahmen oder Minderausgaben) vorrangig zur weiteren Senkung der Neuverschuldung heranzuziehen. Eine an Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit ausgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik muss auch mit Blick auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen zum Ziel haben, die langfristige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern und die Neuverschuldung gleichzeitig entschlossen zu senken.

Die Investitionen sinken im
Regierungsentwurf 2012 im Vergleich
zum Bundeshaushalt 2011 um rund
0,5 Mrd. €. Hintergrund hierfür sind
in erster Linie haushaltstechnische
Veränderungen. Inhaltlich bleiben die
Investitionen weitgehend unangetastet
und werden auf hohem Niveau auch im
Finanzplanungszeitraum fortgeschrieben.
Damit stehen weiterhin wachstumsfördernde
Maßnahmen im Mittelpunkt der Politik der
Bundesregierung.

Auf der Einnahmenseite bilden sich vor allem die durch die günstigere wirtschaftliche Entwicklung steigenden Steuereinnahmen ab. Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen am aktuellen Rand ermöglicht es darüber hinaus, für das Jahr 2012 Mehreinnahmen von 2 Mrd. € gegenüber der Steuerschätzung zu veranschlagen. Ein entsprechendes Mehraufkommen über das Jahr 2012 hinaus mit der Folge einer niedrigeren Nettokreditaufnahme (NKA) in die Finanzplanung einzustellen, erscheint vor dem Hintergrund der weiter bestehenden Haushaltsrisiken im Finanzplanungszeitraum allerdings nicht gerechtfertigt.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Berücksichtigt sind ferner Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende. Hierzu zählen sowohl die Mindereinnahmen bei der Kernbrennstoffsteuer als auch die künftig nicht mehr dem Bundeshaushalt, sondern dem Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" zufließenden Erlöse aus der Veräußerung von CO₂-Emissionszertifikaten. Im Sinne einer vorsichtigen Haushaltsplanung ist für das Jahr 2012 zudem darauf verzichtet worden, Einnahmen im Zusammenhang mit der angestrebten Finanzmarkttransaktionsteuer zu veranschlagen.

Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

- Die Ausgabenquote also das Verhältnis der Ausgaben des Bundes zum BIP –, die sich im Soll des Jahres 2011 auf 11,8 % beläuft, wird auf Basis des Regierungsentwurfs für das Jahr 2012 auf 11,4 % sinken. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums reduziert sich die Ausgabenquote kontinuierlich weiter bis auf 10,8 %.
- Die Zins-Ausgaben-Quote im Bundeshaushalt beträgt im laufenden Jahr 11,6 % und steigt im Regierungsentwurf 2012 auf 12,6 % an. Aufgrund der im Vergleich zu den Gesamtausgaben überproportional steigenden Zinsausgaben verschlechtert sich diese Quote bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums weiter auf 15,6 %.
- Die Kreditfinanzierungsquote der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben beträgt im Soll des laufenden Jahres 15,8 %. Mit dem Regierungsentwurf 2012 wird dieser Wert deutlich unterschritten; er sinkt auf 8,9 %. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums geht die Kreditfinanzierungsquote weiter auf 4,7 % zurück. Sie liegt damit immer noch über dem Niveau des letzten Vorkrisenjahres 2008.

- Mit einer Defizitquote von 3,3 % wurde im vergangenen Jahr der laut Maastricht-Vertrag zulässige Referenzwert des gesamtstaatlichen Defizits von 3,0 % des BIP leicht überschritten. In diesem Jahr wird das gesamtstaatliche Defizit – auch infolge der weiteren konjunkturellen Erholung sowie durch die bereits im Vorjahr beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen – auf unter 2 % in Relation zum BIP zurückgehen. Damit sinkt das Defizit bereits zwei Jahre früher als im Rahmen des Defizitverfahrens gefordert deutlich unter den Maastricht-Referenzwert.
- Der Schuldenstand schnellte im vergangenen Jahr, insbesondere durch die Zuordnung der neu errichteten Abwicklungsanstalten für Banken zum Sektor Staat, von 73,5 % auf 83,2 % in Relation zum BIP herauf. Jedoch gibt es bei der Entwicklung der Schuldenstandsquote schon in diesem Jahr eine Trendumkehr. Bis zum Ende des Projektionshorizonts – im Jahr 2015 – dürfte sie auf rund 75 ½ % zurückgehen. Gleichwohl liegt die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote dann immer noch auf einem höheren Niveau als im Jahr 2009.

Situation der Sozialversicherung

- Im Bereich der Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitragssatz nach Auslaufen der befristeten Absenkung auf 2,8 % seit Jahresbeginn 3,0 %. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wird im Haushaltsjahr 2011 auf ein Darlehen des Bundes angewiesen sein. Unter Berücksichtigung der anhaltend positiven konjunkturellen Entwicklung und der Umsetzung der Beschlüsse der Bundesregierung zu strukturellen Einsparungen wird die BA ihr Darlehen bereits im Jahr 2014 vollständig getilgt haben und mit dem Aufbau einer Rücklage beginnen können.
- In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beträgt der allgemeine

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Beitragssatz 15,5 %. Zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben erhält die GKV im Haushaltsjahr 2012 einen Bundeszuschuss in Höhe von insgesamt 14 Mrd. €.

An die gesetzliche Rentenversicherung leistet der Bund im nächsten Jahr rund 82 Mrd. €. Dies stellt weiterhin den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Der Beitragssatz in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt derzeit 19,9 %.

2.2 Wesentliche Politikbereiche

Bildung und Forschung

Die Bundesregierung hat in der 17. Legislaturperiode einen politischen Schwerpunkt auf die Themen Bildung und Forschung gelegt. Im Regierungsentwurf 2012 ist deshalb eine Steigerung des Einzelplans des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Höhe von fast 10 % auf 12,8 Mrd. € vorgesehen.

Im Rahmen der 1. Säule des Hochschulpakts 2020 erhalten die Hochschulen im Jahr 2012 für die aufgrund von doppelten Abiturjahrgängen und der Aussetzung der Wehrpflicht vorübergehend stark steigende Zahl von Studienanfängern rund 1,1 Mrd. €. Mit dem Qualitätspakt Lehre werden die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre verbessert. Hierfür stehen im kommenden Jahr 175 Mio. € zur Verfügung. Die Möglichkeiten der Studienfinanzierung werden durch die Anhebung der Mittel für BAföG, Begabtenförderung und Deutschlandstipendium deutlich ausgebaut.

Mit den Mitteln aus der Exzellenzinitiative und aus der 2. Säule des Hochschulpakts wird die Forschung an den Hochschulen weiter ausgebaut. Hierfür werden im Jahr 2012 insgesamt 627 Mio. € zur Verfügung gestellt. Auch die institutionellen Zuwendungen an die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Deutsche

Forschungsgemeinschaft steigen im Jahr 2012 – wie mit den Ländern im Pakt für Forschung und Innovation vereinbart – um 5 % auf insgesamt rund 4,3 Mrd. €.

Mit den im Einzelplan 30 veranschlagten
Mitteln der Projektförderung werden
innovations- und wachstumsfördernde
Maßnahmen unter dem Dach der HightechStrategie angeschoben. Ein Beispiel
dafür sind die Deutschen Zentren der
Gesundheitsforschung, für deren Aufbau bis
zum Jahr 2015 rund 700 Mio. € vorgesehen
sind. Im Herbst 2011 werden mit dem neuen
Rahmenprogramm "Schlüsseltechnologien
und Querschnittsmaßnahmen" zahlreiche
Projekte gestartet, mit denen die
Spitzenstellung Deutschlands in diesem
Bereich gesichert und weiter ausgebaut
werden soll.

Über den Hochschulbereich hinaus wird gezielt in Bildung investiert und ein besonderer Schwerpunkt auf die Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung sowie die Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher gelegt. Insgesamt ist im Regierungsentwurf 2012 ein Aufwuchs gegenüber dem Vorjahr um 773 Mio. € für Maßnahmen in diesem Bereich vorgesehen.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren ihre direkten Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit, die sich überwiegend im Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – aber auch in den Etats anderer Ressorts wie z. B. dem des Auswärtigen Amtes (AA) wiederfinden – erheblich gesteigert. Gemäß OECD-Statistik erreichte Deutschland im Jahr 2010 eine ODA (Official Development Assistance)-Quote von 0,38 % des Bruttonationaleinkommens. In absoluten Zahlen gemessen war Deutschland im Jahr 2010 mit öffentlichen Mitteln für die

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von umgerechnet 12,7 Mrd. US-Dollar der viertgrößte Geber weltweit – nach den USA, Großbritannien und Frankreich.

Unter Bezugnahme auf internationale Verpflichtungen wird das Ausgabenniveau im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auch im Jahr 2012 weiter gesteigert. Gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan werden zusätzliche ODA-anrechenbare Mittel in Höhe von 750 Mio. € bereitgestellt. Auf den Einzelplan des BMZ entfallen hiervon 560 Mio. €. Damit ist für das Jahr 2012 Vorsorge getroffen für einen eventuellen deutschen Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) in Höhe von bis zu 200 Mio. €, der allerdings erst dann freigegeben wird, wenn sich die gegenüber dem GFATM bestehenden Korruptionsvorwürfe als nicht stichhaltig erweisen.

Weitere 190 Mio. € an ODA-anrechenbaren Mitteln werden im Einzelplan des AA veranschlagt. Darin enthalten sind 50 Mio. € zur Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in der Region Nordafrika und dem Nahen Osten. Für dementsprechende Maßnahmen im Zusammenhang mit der Transformationspartnerschaft Nordafrika/Nahost stehen im Jahr 2013 im gleichen Einzelplan noch einmal 50 Mio. € bereit.

Die Bundesregierung unterstreicht mit der Ausgabensteigerung für die Entwicklungszusammenarbeit, dass sie sich weiterhin zu ihren internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen bekennt. Es ist unbestritten, dass zur Erreichung des ehrgeizigen EU-ODA-Ziels von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2015 nicht nur allgemeine Haushaltsmittel erforderlich sind. Vielmehr besteht Konsens, dass hierzu innovative Finanzierungsinstrumente einen wesentlichen Beitrag leisten müssen. Deshalb sollen in den kommenden Jahren ODA-anrechnungsfähige Mittel auch über das Sondervermögen

"Energie- und Klimafonds" generiert werden, das aus Erlösen des Emissionshandels gespeist wird. Im Übrigen prüft die Bundesregierung gegenwärtig die Einführung eines neuen Anlageprodukts, mit dem ethisch orientiertes Sparkapital für Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit mobilisiert werden soll.

Innenpolitik

Für den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern sind im Bundeshaushalt 2012 Ausgaben in Höhe von rund 5,5 Mrd. € vorgesehen.

Mit rund 3,7 Mrd. € entfällt weiterhin der überwiegende Anteil auf den Bereich der inneren Sicherheit, der gegenüber der bisherigen Finanzplanung einen Aufwuchs um rund 184 Mio. € erfährt. Die Steigerung beruht größtenteils auf den zusätzlichen Investitionsmitteln für den Aufbau des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), wodurch bundesseitig weiterhin ein zügiger Aufbau sichergestellt wird. Des Weiteren wird das Bundesamt für Sicherheit (BSI) in der Informationstechnik in die Lage versetzt, den Ausbau des BSI als nationale IT-Sicherheitsbehörde einschließlich des Aufbaus eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrums voranzutreiben. Für die Bundespolizei sichert der Betrag die Fortführung des Polizeiaufbaus in Afghanistan und ermöglicht ferner in angepasstem Umfang den Ausbau der Videoüberwachung an Bahnhöfen und Flughäfen.

Neben den Mitteln für die Bundespolizei in Höhe von rund 2,4 Mrd. €, für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in Höhe von rund 80 Mio. € und für das Bundeskriminalamt in Höhe von rund 394 Mio. € stehen in diesem Bereich u. a. auch Mittel in Höhe von rund 103 Mio. € für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie Mittel für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in Höhe von rund 177 Mio. € zur Verfügung.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Verteidigung

Gemäß dem Regierungsentwurf liegt der Verteidigungshaushalt im Haushaltsjahr 2012 bei rund 31,7 Mrd. € und damit um rund 0,1 Mrd. € über dem Niveau des laufenden Jahres. Aufgrund der Strukturreform der Bundeswehr werden Ausgabenansätze abgesenkt, insbesondere bei Personalausgaben. Höhere Ausgaben ergeben sich aus der Überführung der Bundeswehrliegenschaften in den Wehrbereichen Süd und Ost in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der hierfür zu veranschlagenden Miete abzüglich der Mittel des dementsprechenden Bauunterhalts.

Die Minderausgaben aufgrund der Strukturreform steigen auf dem Weg zur neuen Zielstruktur mit bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten (einschließlich freiwillig Wehrdienstleistender) und rund 55.000 zivilen Beschäftigten im Finanzplanungszeitraum an. Der Verteidigungshaushalt sinkt auf rund 30,4 Mrd. € im Jahr 2015 ab.

Der mit der Strukturreform eingeleitete weitere Personalabbau wird hinsichtlich der Ausgaben für ziviles Personal oberhalb der Zielstruktur finanziell flankiert mit einer Verstärkungsmöglichkeit aus dem Einzelplan 60 bis zur Höhe von 1,0 Mrd. €.

Wie in den Vorjahren kann die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem Vermögen bis zu einer Höhe von rund 0,5 Mrd. € verstärkt werden.

Es bleibt das Ziel der vom Bundesministeriums der Verteidigung eingeleiteten
Umstrukturierung, mit insgesamt weniger
Personal eine stärkere Einsatzorientierung zu erreichen, damit die deutschen Streitkräfte auch künftig sowohl zur Landes- und
Bündnisverteidigung bereit sind, als auch – eingebunden in die internationale
Staatengemeinschaft – zur Lösung von

internationalen Konflikten beitragen und in Krisenfällen Hilfe leisten können.

Umweltpolitik

Im kommenden Haushaltsjahr beträgt der Plafond des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1593 Mio. € und liegt damit 101 Mio. € unter dem bisherigen Finanzplan. Ursächlich hierfür ist die Anpassung des Mittelbedarfs an den zeitlichen Ablauf der Maßnahmen beim Endlagerprojekt Konrad. Entsprechend sinken auch die Einnahmen, die vom Bund nach dem Verursacherprinzip zur Finanzierung des genannten Endlagerprojekts für radioaktive Abfälle erhoben werden. Der Programmhaushalt des Einzelplans wird im Übrigen auf hohem Niveau fortgeschrieben. Schwerpunkte bilden hierbei die Bereiche erneuerbare Energien, nationaler und internationaler Klimaschutz, Naturschutz sowie Strahlenschutz und Reaktorsicherheit.

Wirtschafts- und Technologieförderung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) intensiviert die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigem Wachstum. Zugleich werden "überholte" Subventionen wie die Steinkohlehilfen weiter zurückgeführt. Mit einem Ausgabevolumen von 6 155 Mio. € bleibt der BMWi-Etat im Jahr 2012 auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Förderbereiche des BMWi wurden mit den Zielen neu geordnet, die Förderangebote insgesamt zu straffen, noch genauer auf die Zielgruppen – vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen – auszurichten und politisch sichtbarer zu machen. Alle Programme wurden auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit hin überprüft. Ab dem Jahr 2012 präsentiert sich das Förderangebot des BMWi-Haushalts unter folgenden vier Politikbereichen: 1. Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren, 2. Energie und

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Nachhaltigkeit, 3. Chancen der Globalisierung sowie 4. Innovation, Technologie und Neue Mobilität.

Schwerpunkte innerhalb der Fördermaßnahmen bleiben die technologiepolitischen Programme, und hier allen voran das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) als nach wie vor eines der wichtigsten Instrumente der Innovationsförderung. Sein Budget wächst von rund 390 Mio. € im Jahr 2011 auf 516 Mio. € im Jahr 2015. Daneben ist auch die Förderung von Schlüsseltechnologien in den Bereichen Energie, Luft- und Raumfahrt hervorzuheben, die mit zusammen rund 1,6 Mrd. € pro Jahr auch in den kommenden Jahren einen hohen Stellenwert einnimmt.

Als Element der Rohstoffstrategie der Bundesregierung sind Mittel für ein Explorationsprogramm veranschlagt; hierdurch sollen die Bestrebungen der deutschen Wirtschaft zur Rohstoffgewinnung und -sicherung flankiert werden. Bis zum Jahr 2015 sind dafür Mittel von insgesamt 26,5 Mio. € vorgesehen.

Verkehr und Wohnungswesen

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ist der größte Investitionshaushalt des Bundes. Von den Gesamtausgaben des Einzelplans in Höhe von rund 25,3 Mrd. € entfallen rund 13,7 Mrd. € (rund 54%) auf Investitionsausgaben.

Im Verkehrsbereich liegt der
Ausgabenschwerpunkt bei den klassischen
Verkehrsinvestitionen (Straße, Schiene,
Wasserstraße, Kombinierter Verkehr), die
auf einer Höhe von rund 10 Mrd. € verstetigt
werden und damit deutlich oberhalb des
Niveaus vor Beginn der konjunkturellen
Ausgleichsmaßnahmen (im Haushaltsjahr
2009) liegen. Die Investitionen in die
Bundesschienenwege wachsen dabei im Jahr
2012 auf rund 4 Mrd. € an und steigen bis zum
Jahr 2015 auf deutlich über 4,2 Mrd. €. Die

Verkehrsinvestitionslinie wird zu einem guten Drittel aus Einnahmen der Lkw-Maut gespeist, die seit dem Jahr 2011 vollständig in den Bau und die Erhaltung der Bundesfernstraßen zurückfließen ("Finanzierungskreislauf Straße"). Zur Erhöhung der Transparenz werden mit dem Haushalt 2012 alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erhebung, der Kontrolle und der Verwendung der Maut in einem neuen eigenen Kapitel zusammengefasst.

Im Bereich Bau und Stadtentwicklung ist Vorsorge für die planmäßige Ausfinanzierung der beim CO_2 -Gebäudesanierungsprogramm sowie bei der Städtebauförderung bis 2011 eingegangenen Verpflichtungen getroffen. Finanzhilfen für neue städtebauliche Maßnahmen an die Länder werden in einem Programmumfang von 410 Mio. \leqslant zur Verfügung gestellt. Neue Programmmittel für das CO_2 -Gebäudesanierungsprogramm werden in den Jahren 2012 bis 2014 in Höhe von 1,5 Mrd. \leqslant p. a. im Wirtschafts- und Finanzplan des Sondervermögens "Energieund Klimafonds" veranschlagt.

Kranken- und Rentenversicherung

Im Jahr 2012 erhält die gesetzliche Krankenversicherung zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss in Höhe von insgesamt 14 Mrd. €. Sofern die Mittel des Gesundheitsfonds nicht ausreichen, um alle Zuweisungen an die Krankenkassen zu erfüllen, leistet der Bund darüber hinaus ein nicht zu verzinsendes, im Haushaltsjahr zurückzuzahlendes Darlehen. Hierfür ist im Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2012 wie in den Vorjahren ein Ermächtigungsrahmen von 2,0 Mrd. € vorgesehen.

Die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung machen mit rund 81,8 Mrd. € wie in den vergangenen Jahren den mit Abstand größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt aus. Vor 25 Jahren lag der Anteil an den Bundesausgaben noch bei 13,0 %, seitdem hat er sich annähernd verdoppelt.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

Arbeitsmarkt

Die günstige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, die Umsetzung der Einsparvorgaben aus dem im Juni des Jahres 2010 beschlossenen Zukunftspaket und das Vermittlungsergebnis zum Regelbedarfsermittlungsgesetz dämpfen die Bundesausgaben für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Arbeitsförderung. Im Einzelnen:

Die veranschlagten Gesamtausgaben für die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und den Kosten der Unterkunft und Heizung bleiben im Jahr 2012 in der Summe gegenüber dem Finanzplan unverändert und betragen 24,6 Mrd. €. Sie gehen im weiteren Finanzplanzeitraum – unter Berücksichtigung der im Zukunftspaket beschlossenen Effizienzverbesserungen (2013: 1,5 Mrd. €; 2014 und 2015: 3 Mrd. €) – auf 21,3 Mrd. € im Jahr 2015 zurück. Dabei ist unter anderem die Finanzierung zweier Maßnahmen berücksichtigt, die im Rahmen des zu Jahresbeginn 2011 in Kraft getretenen Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe beschlossen wurden: die Erhöhung der Regelbedarfe ab dem Jahr 2011 sowie die neu eingeführten Bildungs- und Teilhabeleistungen. Letztere sind von den Kommunen auszuführen; deren zusätzlicher finanzieller Belastung wird durch eine Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 5,4 Prozentpunkte Rechnung getragen. Die Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben im SGB II werden im Jahr 2012 auf rund 8,5 Mrd. € abgesenkt (ab 2013: knapp 8,0 Mrd. €).

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung beteiligt sich der Bund im Jahr 2012 mit rund 7,2 Mrd. € an den Kosten der Arbeitsförderung. In den Folgejahren sinkt diese Beteiligung auf rund 6,0 Mrd. € im Jahr 2013 und jeweils auf rund 4,8 Mrd. € in den Jahren 2014 und 2015. Die genannten Beträge berücksichtigen bereits die im Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen enthaltene schrittweise Absenkung der Bundesbeteiligung an den

Kosten der Arbeitsförderung entsprechend der Anhebung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Infolge der schon im Jahr 2010 für das Jahr 2011 und die Folgejahre beschlossenen Absenkung des Verwaltungs- und Eingliederungsbudgets im SGB II wird der von der Bundesagentur für Arbeit (BA) an den Bund zu leistende Eingliederungsbeitrag im Jahr 2012 auf rund 4,23 Mrd. € und ab dem Jahr 2013 auf rund 3,98 Mrd. € sinken.

Bei Berücksichtigung der Arbeitsmarktentwicklung sowie Umsetzung der Beschlüsse zu den strukturellen Einsparungen aus dem Zukunftspaket der Bundesregierung wird die BA ab 2012 in der Lage sein, das im Jahr 2011 gewährte Darlehen des Bundes bis 2014 vollständig zu tilgen (Tilgungsbeträge 2012: 1,0 Mrd. €, 2013: 2,5 Mrd. €, 2014: 0,8 Mrd. €) und dann eine Rücklage aufzubauen.

Familien und zivilgesellschaftliches Engagement

Ein wichtiger Teil der Bundesleistungen für Familien bildet sich im Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ab. Gegenüber dem bisherigen Finanzplan steigen die Ausgaben im Einzelplan des BMFSFJ im Jahr 2012 um 67 Mio. € auf rund 6 480 Mio. €. Dies liegt insbesondere an der Erhöhung der Mittel für das Elterngeld auf 4,6 Mrd. € jährlich, die aufgrund steigender Einkommen und einer verstärkten Inanspruchnahme der "Vätermonate" erforderlich ist.

Einen Schwerpunkt bei der Aufstellung des Einzelplans zum Regierungsentwurf 2012 bildete die Umgestaltung des bisherigen Zivildiensts zum Bundesfreiwilligendienst, da der Zivildienst im Jahr 2011 zusammen mit dem Wehrdienst ausgesetzt wurde. Ziel sind 35 000 Freiwillige im Jahresdurchschnitt für den Bundesfreiwilligendienst. Die durch die Umgestaltung entstandenen Spielräume

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

wurden u. a. dazu genutzt, parallel die Jugendfreiwilligendienste spürbar zu verstärken.

Verschiedene neue Programme, die zum Teil in der Koalitionsvereinbarung genannt sind, werden durch Umschichtung im Einzelplan finanziert. Zu nennen sind ein Folgeprogramm für die Mehrgenerationenhäuser, ein auf vier Jahre befristetes Programm Familienhebammen im Bereich Kinderschutz, ein bundesweites Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen sowie Zuschüsse zur Familienpflegezeit. Schließlich wird die globale Minderausgabe bei den disponiblen Ausgaben, die im Jahr 2011 beschlossen wurde, aufgelöst.

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Regierungsentwurf 2012 sieht für den Etat des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ausgaben in Höhe von insgesamt 5 280 Mio. € vor. Der Rückgang gegenüber dem Jahr 2011 (5 492 Mio. €) beruht im Wesentlichen auf dem Auslaufen der im Koalitionsvertrag aufgrund der krisenbedingt schwierigen Einkommenssituation beschlossenen Sondermaßnahmen für die Landwirtschaft. Die Förderung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems bildet nach wie vor den Schwerpunkt im Einzelplan. Im Jahr 2012 sollen hierfür insgesamt rund 3,7 Mrd. € zur Verfügung gestellt werden. Um die Erhaltung eines leistungs- und zukunftsfähigen Sozialsystems sowie eine effiziente Bundesmittelverwendung zu gewährleisten, sind weitere Reformanstrengungen erforderlich. Die Landwirtschaftliche Sozialversicherung soll daher mit den Zielen einer Optimierung der Organisationsstruktur und mehr Beitragsgerechtigkeit weiterentwickelt werden. Im Jahr 2012 werden mit insgesamt 175 Mio. € zusätzliche 75 Mio. € für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung zur Verfügung gestellt, um diesen Reformprozess konstruktiv zu begleiten.

Das zentrale politische
Koordinierungsinstrument für die
agrarstrukturelle Entwicklung in Deutschland,
die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung
der Agrarstruktur und des Küstenschutzes",
verfügt im Jahr 2012 unverändert über eine
Ausstattung mit Bundesmitteln in Höhe von
effektiv 600 Mio. €. Dieses Instrument leistet
damit auch künftig einen bedeutenden
Beitrag zur zielorientierten Unterstützung der
ländlichen Regionen.

Mit der für weitere wichtige Bereiche und Maßnahmen vorgesehenen Mittelausstattung können insbesondere in der Verbraucherpolitik sowie zugunsten von Forschung und Entwicklung neue Impulse gesetzt werden.

2.3 Einnahmen

Steuereinnahmen

Das Ergebnis der Steuerschätzung wird geprägt von der in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwarteten positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie - insbesondere beim Bund - von Steuermehreinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen. Für den gesamten mittelfristigen Schätzzeitraum von 2011 bis 2015 wird mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung gerechnet. Die Bundesregierung geht in ihrer Frühjahrsprojektion von einem Zuwachs für das nominale BIP von jeweils + 3,5 % für die Jahre 2011 und 2012 sowie für die Folgejahre von einer etwas schwächeren Zunahme von jeweils nominal + 3,0 % aus. Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" prognostizierte vor diesem Hintergrund im Mai dieses Jahres auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts für das laufende Jahr Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 555,0 Mrd. €, davon entfallen auf den Bund 237,4 Mrd. €. Für die Folgejahre werden Aufkommenssteigerungen von 584,6 Mrd. € im Jahr 2012 (Bund: 247,2 Mrd. €) über 608,7 Mrd. € im Jahr 2013 (Bund: 255,4 Mrd. €) und 630,5 Mrd. € im Jahr 2014

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

(Bund: 265,0 Mrd. €) bis hin zu 652,3 Mrd. € im Jahr 2015 (Bund: 274,3 Mrd. €) vorausgesagt.

Die Schätzansätze des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" für die Einzelsteuern wurden in den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2012 und den Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 übernommen. Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen am aktuellen Rand ermöglicht es darüber hinaus, für das Jahr 2012 Mehreinnahmen von 2 Mrd. € gegenüber der Steuerschätzung zu veranschlagen.

Trotz der erfreulichen Entwicklung hat Deutschland im internationalen Vergleich (nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD) im Jahr 2009 mit 22,6 % weiterhin eine niedrige und unterdurchschnittliche Steuerquote. Auch ist nach Einschätzung der OECD die Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmer im vergangenen Jahr gesunken, und zwar stärker als im OECD-Durchschnitt.

Wesentliche steuerpolitische Maßnahmen

Die im März 2011 beschlossenen Eckwerte zum Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 sowie die Finanzplanung sehen jährliche Einnahmen aus der Finanzmarkttransaktionssteuer in Höhe von 2 Mrd. € p. a. vor. Mit Blick auf notwendige Gesetzgebungsverfahren haben sich die Chancen auf eine rechtliche Umsetzung bis zum Anfang des kommenden Jahres jedoch deutlich verringert. Im Sinne einer vorsichtigen Haushaltsplanung werden die Einnahmen aus der Finanzmarkttransaktionssteuer im kommenden Jahr deshalb nicht mehr veranschlagt. Vielmehr werden sich durch die Steuerschätzung ergebende Verbesserungen verwendet, um die fehlenden Einnahmen aus der Finanzmarkttransaktionssteuer im Jahr 2012 zu ersetzen. Dies bedeutet aber keine Abkehr von der Umsetzung der Finanzmarkttransaktionssteuer, vielmehr wird sich Deutschland auch weiterhin

nachdrücklich für eine europaweite Lösung einsetzen.

Die Steuerbegünstigungen bei der Energiesteuer und der Stromsteuer für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes dürfen aus EU-beihilferechtlichen Gründen nur bis zum 31. Dezember 2012 gewährt werden. Die Bundesregierung wird deshalb einen Gesetzesvorschlag für eine Nachfolgeregelung im Rahmen der bisherigen Haushaltsansätze vorlegen.

2.4 Personal und Verwaltung

Bei der Aufstellung des Personalhaushalts bildete der Beschluss des Kabinetts vom 6./7. Juni 2010, wonach bis zum Jahr 2014 insgesamt 10 000 Stellen dauerhaft abgebaut werden, den Maßstab. Dementsprechend wurde bei der Neubewilligung von Planstellen und Stellen (künftig der Einfachheit halber: Stellen) zur Sicherung der Kompetenz und um neue politisch prioritäre Aufgabenfelder zu unterlegen, restriktiv verfahren. Im Ergebnis weist der Personalhaushalt 2012 neue Stellen in einer Größenordnung von 1876 (ohne Ersatzstellen) aus. Ein erheblicher Teil der neubewilligten Stellen wurde durch den Wegfall anderer Stellen ausgeglichen oder ist durch Gebühren und Mauteinnahmen dauerhaft refinanziert. Zudem wurden Stellen ausgebracht, die nur mit Überhangpersonal des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) besetzt werden dürfen. In dem Umfang, in dem Überhangpersonal aus dem BMVq zu anderen Ressorts versetzt wird, können diese Stellen im BMVg in Abgang gestellt werden. Berücksichtigt man diese Effekte, verbleibt ein nicht kompensierter und nicht refinanzierter Stellenaufwuchs von 504 neuen Stellen. Dies sind 0,2 % des Stellensolls des Jahres 2011.

Im Hinblick auf den obengenannten Kabinettbeschluss aus dem Juni 2010 hält die Bundesregierung an der Fortführung der gesetzlichen pauschalen Stellenkürzung mit einer Quote von 1,5 % und der Stelleneinsparung aufgrund

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2012 UND DEM FINANZPLAN DES BUNDES BIS 2015

der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte in Höhe von 0,4 % des Stellenbestandes fest. Dadurch werden voraussichtlich rund 3 300 Stellen eingespart und der Gesamtstellenbestand in der Bundesverwaltung auf 254 000 Stellen abgesenkt.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

1	Uberblick über das Gesamtergebnis	53
1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten	
1.2	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	55
1.3	Steuereinnahmen und Steuerschätzung	56
2	Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten	57
2.1	Lohnsteuer	58
2.2	Veranlagte Einkommensteuer	59
	Körperschaftsteuer	
2.4	Gewerbesteuer	62
2.5	Solidaritätszuschlag	63
2.6	Steuern vom Umsatz	64
2.7	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	65
2.8	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	67
2.9	Energiesteuer	68
2.10	Grunderwerbsteuer	
3	Fazit	70

- Die Steuereinnahmen stiegen im Jahr 2010 insgesamt um + 1,3 %. Das Aufkommen des Bundes nahm um 1% ab.
- Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind größtenteils überwunden. Die von der Krise besonders betroffene Körperschaftsteuer weist sehr hohe Zuwachsraten aus.
- Ein Teil der Aufkommenseinbußen des Vorjahres konnte wieder wettgemacht werden. Das Niveau des Boomjahres 2008 wurde jedoch bei weitem noch nicht erreicht.

1 Überblick über das Gesamtergebnis

1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten

Die Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2010 nach endgültigen Ergebnissen insgesamt 530,6 Mrd. €. Sie lagen damit +1,3 % beziehungsweise + 6,6 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres. In Tabelle 1 sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern stieg um 2,2 Mrd. € beziehungsweise

+0,6% an. Die gewinnabhängigen Steuern wiesen zum Teil erhebliche Zuwächse auf (Körperschaftsteuer + 67,9 %; veranlagte Einkommensteuer + 18,0 %; nicht veranlagte Steuern vom Ertrag + 4,1%). Auch die Steuern vom Umsatz konnten mit + 1,7% Mehreinnahmen verzeichnen. Das Aufkommen der Lohnsteuer hingegen ging um - 5,4% zurück. Hierin sind die Auswirkungen des Bürgerentlastungsgesetzes und der Kindergelderhöhungen spürbar. Die deutlichen Einbußen bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (-30,0%) spiegeln das niedrige durchschnittliche Zinsniveau wider, das sich infolge der Auswirkungen der Finanzkrise allmählich eingestellt hat.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

	Haushaltsjahr in Mio. €		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2010	2009	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern	372 857	370 676	+2 182	+0,6
Bundessteuern	93 426	89318	+4108	+4,6
Ländersteuern	12 146	16375	-4229	-25,8
Gemeindesteuern	47 780	44 027	+3 753	+8,5
Zölle	4378	3 604	+774	+21,5
Steuereinnahmen insgesamt	530 587	524 000	+6 587	+1,3

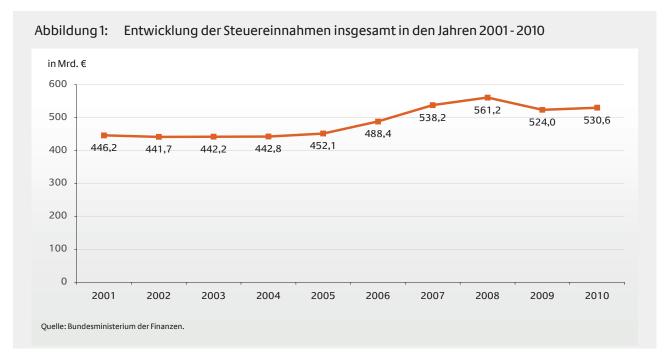
Der Anstieg der Einnahmen aus den Bundessteuern um + 4,6 % gegenüber dem Vorjahr ist allein auf die Verlagerung der Ertragshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund ab dem 1. Juli 2009 zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer wäre das Aufkommen der Bundessteuern um - 0,7 % gefallen. Von den großen Bundessteuern weist lediglich die Tabaksteuer einen Zuwachs der Einnahmen aus (+ 0,9 %). Während das Aufkommen der Energiesteuer stagnierte, gab es Einbußen bei der Versicherungsteuer (- 2,5 %), bei der Stromsteuer (- 1,7 %) und beim Solidaritätszuschlag (-1,8 %).

Die Entwicklung der Ländersteuern (- 25,8 %) wird gleichfalls durch die Auswirkungen des Wechsels der Ertragshoheit auf den Bund bestimmt. Wird die Kraftfahrzeugsteuer aus der Vergleichsbasis 2009 herausgerechnet, ergeben sich Mehreinnahmen in Höhe von +1,4 %. Deutlichen Zuwächsen bei der Grunderwerbsteuer (+ 8,9 %) stand ein beachtlicher Rückgang bei der Erbschaftsteuer (- 3,2 %) gegenüber.

Das Aufkommen der Gemeindesteuern übertraf das Vorjahresniveau um + 8,5 %. Hierzu trug neben dem kräftigen Anstieg der Gewerbesteuer (+ 10,1 %) auch die verbesserte Einnahmesituation bei den Grundsteuern bei (+ 3,5 %).

Die Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern (Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Gewerbesteuer) ist ein Abbild der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Auswirkungen der Finanzund Wirtschaftskrise sind größtenteils überwunden. Die deutsche Wirtschaft befindet sich wieder in einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung. Die Steuereinnahmen können einen Teil der Einbußen des Vorjahres wieder wettmachen. Sie befinden sich allerdings noch weit unter dem Niveau des Boomjahres 2008 (561,2 Mrd. € - siehe Abbildung 1).

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010



1.2 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Die Verteilung des Steueraufkommens im Jahr 2010 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind Tabelle 2 zu entnehmen. Trotz der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen insgesamt (+1,3%) verzeichnet der Bund Einbußen in Höhe von -1,0%. Die Einnahmen von Ländern, Gemeinden und EU sind teilweise deutlich angestiegen (Länder +1,4%; Gemeinden +2,9%; EU +18,9%).

Der Rückgang der Einnahmen des Bundes resultiert insbesondere aus dem Anstieg der aus dem Steueraufkommen

des Bundes zu leistenden Eigenmittel-Abführungen (MwSt- und BNE-Eigenmittel) um + 3,1 Mrd. € beziehungsweise 18,3 % an die EU. Dies erklärt auch den größten Teil des Zuwachses der Einnahmen der EU. Weiterhin wurde in Verbindung mit der Erhöhung des Kindergeldes im Wachstumsbeschleunigungsgesetz eine Anpassung der Umsatzsteuer-Verteilung vorgenommen (§ 1 Finanzausgleichsgesetz). womit zusätzlich 1,3 Mrd. € Steuern vom Umsatz vom Bund auf die Länder übertragen wurden. Der Einnahmeanstieg der Länder wurde gedämpft durch einen Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen um - 0,6 Mrd. € (-4,8%). Das Steueraufkommen der Gemeinden ist aufgrund der guten

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

	Haushaltsja	ahr in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2010	2010 2009		in%	
Bund ¹	225 811	227 996	-2 185	-1,0	
Länder ¹	210 052	207 119	+2 933	+1,4	
Gemeinden	70 357	68 385	+1 972	+2,9	
EU	24367	20 501	+3 867	+18,9	
Steuereinnahmen insgesamt	530 587	524 000	+6 587	+1,3	

¹ nach Bundesergänzungszuweisungen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

Entwicklung der Gemeindesteuern (Gewerbesteuer und Grundsteuern) angestiegen. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern war hingegen rückläufig (- 2,6 %). Die EU konnte neben den steigenden MwSt- und BNE-Eigenmitteln auch vom Anstieg der Einnahmen aus Zöllen profitieren.

1.3 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

Das Jahr 2010 war durch eine dynamische wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung geprägt, nachdem zuvor im Durchschnitt des Jahres 2009 die gesamtwirtschaftliche Aktivität – im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise – stark zurückgegangen war. Die Gegenüberstellung der Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom Mai beziehungsweise November 2010 für das Jahr 2010 mit dem Ist-Ergebnis (Tabelle 3) spiegelt diesen Entwicklungstrend wider. Der Schätzansatz für die Steuereinnahmen insgesamt lag im Mai 2010 noch um 20,3 Mrd. € unter dem Ist-Ergebnis. Im November 2010 wurde das Aufkommen immer noch um 5,1 Mrd. € zu niedrig eingeschätzt.

Die Steuerschätzung basiert zum einen auf den jeweiligen Projektionen der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zum anderen auf der Entwicklung der Kasseneinnahmen bis zum Schätzzeitpunkt. Im Mai 2010 lag der Steuerschätzung die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung

zugrunde, in der ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2010 von + 1,8 % erwartet wurde. Das Steueraufkommen insgesamt war im 1. Quartal 2010 um - 5,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal zurückgegangen. In der Herbstprojektion der Bundesregierung, die Basis für die Steuerschätzung im November war, stellte sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung günstiger dar. So wurde der nominale Anstieg des BIP auf + 4,1% nach oben korrigiert. Das kumulierte Steueraufkommen insgesamt für das 1. bis 3. Quartal wies zwar noch einen Rückgang um - 0,1% auf, dies beinhaltete jedoch bereits Einnahmezuwächse im 2. Quartal (+3,3% gegenüber dem Vorjahresquartal) und im 3. Quartal (+2,3% gegenüber dem Vorjahresquartal). Ein kräftiger Anstieg der Steuereinnahmen im 4. Quartal (+4,9% qeqenüber dem Vorjahresquartal) ließ das Ist-Aufkommen schließlich stärker ansteigen als in der Novemberschätzung angenommen.

Der Schätzansatz für die Einnahmen der EU lag gegen den allgemeinen Trend in beiden Steuerschätzungen zu hoch. Die BNE-Eigenmittel-Abführungen, die circa 75 % der Einnahmen der EU ausmachen, werden in Abhängigkeit vom Bruttonationaleinkommen berechnet. Hier gab es im Mai 2010 noch erhebliche Unsicherheiten über die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten, denen mit der Bildung eines entsprechenden Vorsorgebetrages Rechnung

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen

	Schätzung		Ist-Ergebnis	Differenz g	enz gegenüber	
	in Mio. €			Schätzung		
	Mai 2010	November 2010	2010	Mai 2010	November 2010	
Bund ¹	216 366	223 735	225 811	+9 445	+2 076	
Länder ¹	202 540	208 062	210 052	+7512	+1 990	
Gemeinden	65 487	69 111	70 357	+4870	+1 246	
EU	25 940	24620	24367	-1 573	- 253	
Steuereinnahmen insgesamt	510 332	525 528	530 587	+20 255	+5 059	

¹ nach Bundesergänzungszuweisungen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

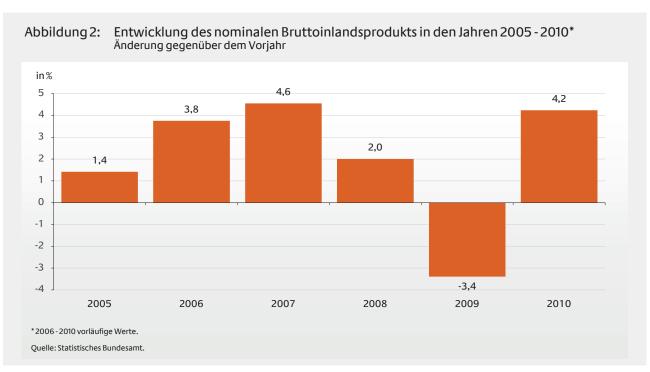
getragen wurde. Dieser konnte zum November 2010 weitgehend aufgelöst werden. Da die BNE-Eigenmittel aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden, stellt sich die Entwicklung für den Bund entsprechend günstiger dar.

2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten

Nach dem erheblichen Einbruch des nominalen BIP im Jahr 2009 um - 3,4 % infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise war für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2010 eine erstaunlich schnelle Erholung mit einem Wachstum des nominalen BIP um + 4,2 % zu verzeichnen (Abbildung 2). Diese Erholung zeigte sich auch im Steueraufkommen, das allerdings aufgrund der den Aufkommenszuwachs mindernden Wirkungen einiger Steuerrechtsänderungen lediglich um + 1,3 % anwuchs.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftkrise auf die Einnahmeentwicklung der einzelnen Steuerarten unterschieden sich beträchtlich. Die gewinnabhängigen Steuern waren am stärksten betroffen. Aber selbst hier gab es erhebliche Differenzierungen. So ging das Aufkommen der Körperschaftsteuer im Jahr 2009 um - 54,8 % zurück, während die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer brutto (vor Abzug von Arbeitnehmererstattungen, Eigenheimzulage und Investitionszulage) 2009 sogar um + 2,3 % anwuchsen. Beträchtliche Auswirkungen auf das Aufkommen hatten gleichfalls die steuerund wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, die erfolgreich zur schnellen Überwindung der Krise beitrugen.

Der Konjunkturaufschwung im Jahr 2010 hat gleichfalls zusammen mit den 2010 in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen das Aufkommen der einzelnen Steuerarten in sehr differenzierter Weise beeinflusst. Den unterschiedlichen Entwicklungen und deren Ursachen soll in den folgenden Analysen nachgegangen werden.



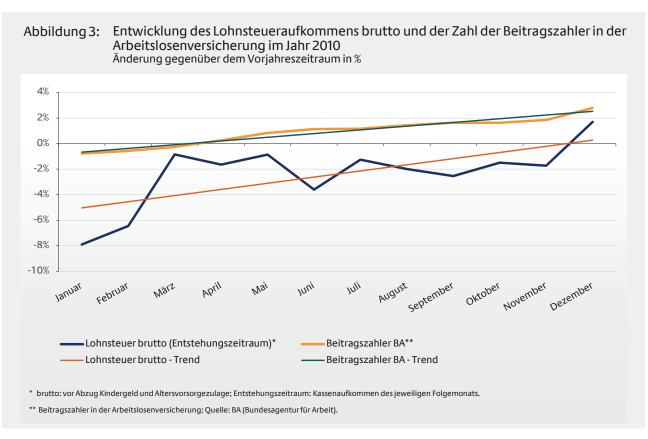
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

2.1 Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer sanken im Jahr 2010 um -7,2 Mrd. € beziehungsweise - 5,4 % (Tabelle 4). Das Lohnsteueraufkommen wird durch das Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und durch die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im Rahmen der "Riester-Rente" gemindert.

Die Lohnsteuer brutto (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) ist im Jahr 2010 um - 2,9% zurückgegangen, wobei sich im Jahresverlauf ein Aufwärtstrend bemerkbar machte, der auf Beschäftigungsexpansion und Effektivlohnsteigerungen zurückzuführen ist. Abbildung 3 stellt die Entwicklung von Lohnsteuer brutto und Beitragszahlern in die Arbeitslosenversicherung als Änderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum dar. Das Lohnsteueraufkommen wurde zum Zweck der Vergleichbarkeit auf den

Entstehungszeitraum bezogen: Aufgrund der gesetzlichen Regelungen haben die Arbeitgeber die im Lohnzahlungszeitpunkt einbehaltene Lohnsteuer bis zum zehnten Tag des Folgemonats an das Finanzamt abzuführen. In der Regel sind also die in einem Monat kassenwirksam gewordenen Einnahmen im vorhergehenden Monat entstanden. Sowohl Beitragszahler als auch das Lohnsteueraufkommen weisen im Jahresverlauf zunehmend bessere Raten auf. Die Trendlinie für die Lohnsteuer ist dabei gegenüber dem Trend der Beitragszahler nach unten verschoben, da die verbesserte Abzugsfähigkeit von Krankenversicherungsbeiträgen, die mit dem Bürgerentlastungsgesetz zum 1. Januar 2010 in Kraft trat, einen allgemeinen Aufkommensrückgang gegenüber dem Vorjahr bewirkt. Das tendenziell stärker zunehmende Wachstum des Lohnsteueraufkommens wird durch steigende Durchschnittslöhne infolge des Abbaus der Kurzarbeit und der Tarifsteigerungen verursacht.



Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

Tabelle 4: Lohnsteueraufkommen

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in M	io . €	in%
Bruttoaufkommen	169 323	174 429	-2,9
Kindergeld (Arbeitgeber und Familienkassen)	-38 820	-36 880	+5,3
Altersvorsorgezulage	-2 599	-2 383	+9,0
Kassenaufkommen	127 904	135 165	-5,4

Im Jahr 2010 wuchs der ausgezahlte Betrag der Altersvorsorgezulage erstmalig nur noch einstellig um + 9,0 % auf 2,6 Mrd. € an. Im Jahr 2008 war die letzte Erhöhungsstufe des maximalen Zulagebetrages in Kraft getreten. Da die Beantragung der Zulage erst nach Ablauf des jeweiligen Zulagejahres erfolgt, wurde diese Erhöhung erst ab dem Jahr 2009 kassenwirksam, wobei der größte Teil der Auszahlungen für 2008 im Jahr 2009 erfolgte und ein geringerer Teil im Jahr 2010. Ein Teil des Zuwachses ist auch auf die steigende Zahl der abgeschlossenen zulagebegünstigten Verträge zurückzuführen, welche im Jahr 2009 um circa + 9 % auf 13,3 Mio. zunahmen.

Das Kindergeldvolumen nahm im Jahr 2010 aufgrund der Kindergelderhöhung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz (Volumen circa 4,3 Mrd. €) um + 5,3 % auf 38,8 Mrd. € zu. Der 2009 einmalig ausgezahlte Kinderbonus in Höhe von 100 € je Kind (Gesamtvolumen circa 1,8 Mrd. €) überhöhte die Basis 2009 und wirkte sich daher neben dem tendenziellen Rückgang der Zahl der Kindergeldkinder dämpfend auf die Zuwachsrate im Jahr 2010 aus.

2.2 Veranlagte Einkommensteuer

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer stieg im Jahr 2010 um + 18,0 % auf 31,2 Mrd. € (Tabelle 5). Das Bruttoaufkommen, also vor Abzug der Erstattungen nach § 46 EStG (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer), der Eigenheimzulage und der Investitionszulage, erhöhte sich dabei lediglich um + 2,3 %.

Den größten Anteil an der Erhöhung des Kassenaufkommens hatte somit die Verringerung der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Abzugsbeträge. Die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale führte im Basisjahr 2009 zu hohen Erstattungen nach § 46 EStG für frühere Jahre. Da im Jahr 2010 die Pendlerpauschalen nur noch im Rahmen laufender Erstattungen den Abzugsbetrag erhöhen, kam es in diesem Jahr zu einem Rückgang der Erstattungen nach § 46 EStG um - 11,6 %. Die Eigenheimzulage wird seit der Abschaffung zum 1. Januar 2006 nur noch für Bestandsfälle ausgezahlt. Der Auszahlungsbetrag verringert sich in jedem Jahr um einen weiteren Baujahrgang, der mit Ablauf des Begünstigungszeitraums aus der Förderung herausfällt. Das Auszahlungsvolumen der Investitionszulage hat sich im Jahr 2010 noch aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise um - 20,5 % verringert.

Anhand von Daten über die Zahlungsstruktur kann man das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer in seine Komponenten Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen zerlegen. Die einzelnen Komponenten sind nach den Veranlagungszeiträumen untergliedert, für welche die Zahlungen erfolgten. Um eventuelle Wirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung auf das Aufkommen aufzuzeigen, bietet es sich an, die Zahlungen für Veranlagungszeiträume herauszunehmen, die drei Jahre und mehr vor dem betrachteten Kassenjahr liegen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

Tabelle 5: Veranlagte Einkommensteuer

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
	in M	lio.€		
Bruttoaufkommen	51 622	50 486	+2,3	
Erstattungen gem. § 46 EStG	-16515	-18 692	-11,6	
Investitionszulage	-312	- 392	-20,5	
Eigenheimzulage	-3 616	-4 971	-27,3	
Kassenaufkommen	31 179	26 430	+18,0	

Diese Zahlungen beruhen vor allem auf Festsetzungen infolge von Betriebsprüfungen.

Die Entwicklung der Vorauszahlungen in den Jahren 2008 bis 2010 (Abbildung 4) lässt nur geringe Auswirkungen der Krise auf die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer erkennen. Das Wachstum der Vorauszahlungen im Jahr 2008 (+ 9 %) schlug zwar im Jahr 2009 in einen Rückgang um, dieser war jedoch mit - 4 % eher gering. Im Jahr 2010 stagnierten die Vorauszahlungen auf dem Niveau des Vorjahres. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich aufkommensmindernde

Steuerrechtsänderungen teilweise auch in den Vorauszahlungen insbesondere im Jahr 2010 widerspiegeln. Die Nachzahlungen stiegen in den Jahren 2008 und 2009 noch an, da die zugrundeliegenden Veranlagungen noch die Vorkrisenjahre betrafen. Erst im Jahr 2010 kam es zu einem Rückgang, der mit - 7% angesichts der Wirtschaftskrise eher mäßig ausfiel. Die Entwicklung der Erstattungen ist geprägt von den Arbeitnehmererstattungen infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale (siehe oben). Eine Trennung der Arbeitnehmererstattungen von den übrigen Erstattungen ist anhand der Daten der Zahlungsstrukturstatistik leider nicht möglich.

Veranlagte Einkommensteuer 2008 bis 2010 Abbildung 4: Änderung der Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen gegenüber Vorjahr in % 35% 29% 30% 25% 20% 15% 12% 10% 9% 10% 5% 0% 0% -2% -5% -4% -5% -7% -10% 2008 2010 2008 2009 2010 2009 2008 2009 2010 Nachzahlungen Erstattungen Vorauszahlungen Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

2.3 Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer wuchs im Jahr 2010 um + 55,2 % gegenüber dem Vorjahr (Tabelle 6). Die von diesen Einnahmen abgezogene Investitionszulage der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen ist zwar in diesem Jahr um - 27,5 % gesunken. Aufgrund des relativ kleinen Änderungsvolumens (- 0,3 Mrd. €) ist der Beitrag zum Zuwachs des Kassenaufkommens der Körperschaftsteuer (+ 67,9 % beziehungsweise + 4,9 Mrd. €) jedoch eher gering.

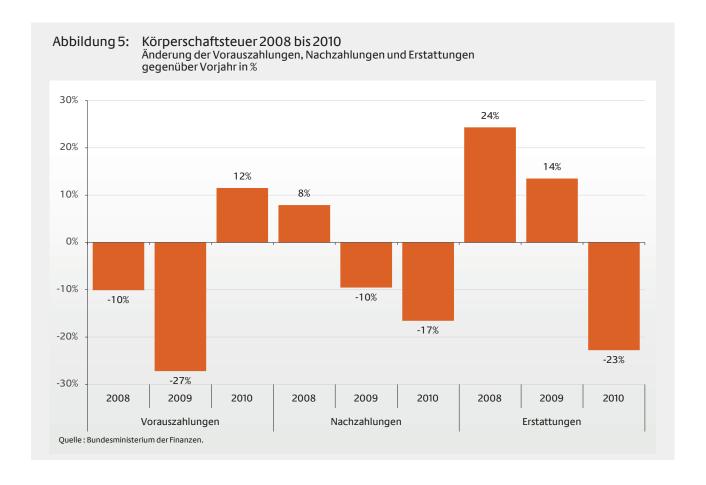
Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer waren im Jahr 2009 infolge der Wirtschaftsund Finanzkrise um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Der folgende große Anstieg im Jahr 2010 signalisierte hingegen deutlich das Ende der Krise und die starke gesamtwirtschaftliche Dynamik. Das Vorkrisenniveau wurde jedoch noch nicht wieder erreicht. Die Entwicklung der Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen bestätigt dieses Bild (Abbildung 5). Die Vorauszahlungen gingen bereits im Jahr 2008 um - 8 % zurück. Neben den Auswirkungen der Unternehmensteuerreform machte sich in den Vorauszahlungen im

Jahresverlauf zunehmend die Krise bemerkbar. Im Jahr 2009 markiert der Rückgang der Vorauszahlungen um - 27 % den Höhepunkt der Krise. Im folgenden Jahr zeigt sich die wirtschaftliche Erholung auch in einem Wachstum der Vorauszahlungen um 12 %. Die Nachzahlungen zeigen den Krisenverlauf zeitlich versetzt. Steigen die Nachzahlungen im Jahr 2008 noch aufgrund der Veranlagung von Vorkrisenjahren, weisen die Rückgänge in den Jahren 2009 und 2010 auf die zunehmende Veranlagung der Krisenjahre 2008 und 2009 hin. Die Erstattungen stiegen bereits im Jahr 2008 deutlich und verzeichneten auch im Jahr 2009 einen erheblichen Zuwachs, um dann 2010 zurückzugehen. Diese Entwicklung scheint dem Krisenverlauf zu widersprechen. Der Anstieg der Erstattungen im Jahr 2008 lässt sich damit erklären, dass einige Unternehmen bereits von der 2007 einsetzenden Finanzkrise stark betroffen waren. Weiterhin wird das Erstattungspotential durch die Höhe der vorher geleisteten Steuerzahlungen beschränkt (Erstattung der Vorauszahlungen für das laufende Jahr und Verlustrücktrag in den vorangegangenen Veranlagungszeitraum). Darüber hinaus kann durch Verlustvorträge nur noch die künftige Steuerzahllast gemindert werden.

Tabelle 6: Körperschaftsteuer

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in %
Bruttoaufkommen	12 836	8 269	+55,2
Investitionszulage	- 795	-1 096	-27,5
Kassenaufkommen	12 041	7 173	+67,9

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010



2.4 Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2010 auf 35,7 Mrd. €.

Damit ist zwar der Stand des Boomjahres 2008 (41,0 Mrd. €) bei weitem noch nicht wieder erreicht, jedoch ist gegenüber dem Vorjahr (32,4 Mrd. €) ein deutlicher Aufwärtstrend erkennbar (siehe Abbildung 6). Die Entwicklung in den einzelnen Quartalen verdeutlicht den Trend. Der Aufkommensrückgang setzte im 4. Quartal 2008 ein und erreichte den Tiefpunkt im 3. Quartal 2009. Der danach anfangs etwas verhaltene Anstieg erbrachte im 4. Quartal 2010 ein Quartalsergebnis, das wieder auf dem Niveau des Boomjahres 2008 liegt.

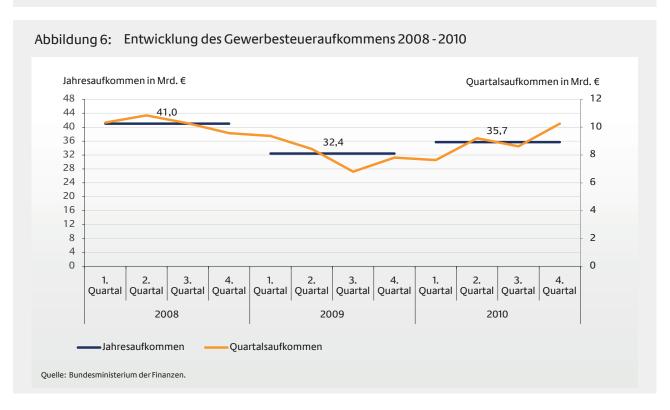
Der Aufkommensrückgang im Jahr 2009 war nicht so extrem wie bei der Körperschaftsteuer, aber dennoch deutlich spürbar. Einkommensteuerpflichtige
Gewerbetreibende, die auch der
Gewerbesteuerpflicht unterliegen, waren
von der Finanz- und Wirtschaftskrise
nicht so stark betroffen wie die
körperschaftsteuerpflichtigen großen
Publikumsgesellschaften. Dies zeigt auch die
unterschiedliche Entwicklung der Einnahmen
von Körperschaftsteuer und veranlagter
Einkommensteuer. Die Berücksichtigung von
gewinnunabhängigen Komponenten in der
Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer
wirkte zudem stabilisierend auf das
Aufkommen.

Aus der ihnen zufließenden Gewerbesteuer brutto müssen die Gemeinden die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder und die erhöhte Gewerbesteuerumlage an die Länder abführen (Tabelle 7).

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

Tabelle 7: Gewerbesteuer

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
Gewerbesteueraufkommen (nach Abzug Umlagen)	29 787	27 513	+8,3
Gewerbesteuerumlage	3 109	2 571	+20,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2816	2 3 3 7	+20,5
Gewerbesteuer brutto	35 711	32 421	+10,1



2.5 Solidaritätszuschlag

Das Aufkommen des Solidaritätszuschlags war im Jahr 2010 von der gegensätzlichen Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen gekennzeichnet (Tabelle 8). Der außergewöhnliche Anstieg des Solidaritätszuschlags zur Körperschaftsteuer (+ 50,1%) konnte zusammen mit leichten Zuwächsen des Solidaritätszuschlags zur veranlagten Einkommensteuer (+ 4,5%)

und zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 2,7%) nicht den Rückgang des Solidaritätszuschlags zur Lohnsteuer (-4,4%) sowie zur Abgeltungsteuer (-29,2%) wettmachen. Dies liegt daran, dass die Lohnsteuer die größte Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags darstellt (2010 circa 70%). Insgesamt ging der Solidaritätszuschlag im Jahr 2010 somit um -1,8% auf 11,7 Mrd. € zurück.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

Tabelle 8: Solidaritätszuschlag

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
zur Lohnsteuer	8 2 2 6	8 603	-4,4
zur veranlagten Einkommensteuer	1 529	1 463	+4,5
zur Abgeltungsteuer	475	670	-29,2
zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	661	643	+2,7
zur Körperschaftsteuer	823	548	+50,1
Solidaritätszuschlag insgesamt	11 713	11 927	-1,8

2.6 Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz wuchs im Jahr 2010 um + 1,7% auf 180,0 Mrd. € an (Tabelle 9). Dabei entwickelten sich die beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz entgegengesetzt. Während die Einfuhrumsatzsteuer um + 24,2 % zunahm, sank das Aufkommen der Umsatzsteuer um - 3,8 %. Die Einfuhrumsatzsteuer wird bei der Einfuhr von Waren aus dem Drittlandsgebiet (Staaten außerhalb der Europäischen Union) erhoben. Die Umsatzsteuer wird sowohl auf inländische Umsätze als auch auf Lieferungen aus anderen EU-Staaten erhoben. Da die Einfuhrumsatzsteuer im Rahmen der Umsatzsteueranmeldung als Vorsteuerabzug geltend gemacht wird, mindert sie das Kassenaufkommen der Umsatzsteuer. Daraus erklärt sich auch die gegenläufige Aufkommensentwicklung der beiden Steuerarten im Jahr 2010.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz ist den Jahren 2008 bis 2010 kontinuierlich angestiegen (Abbildung 7). Selbst im Jahr

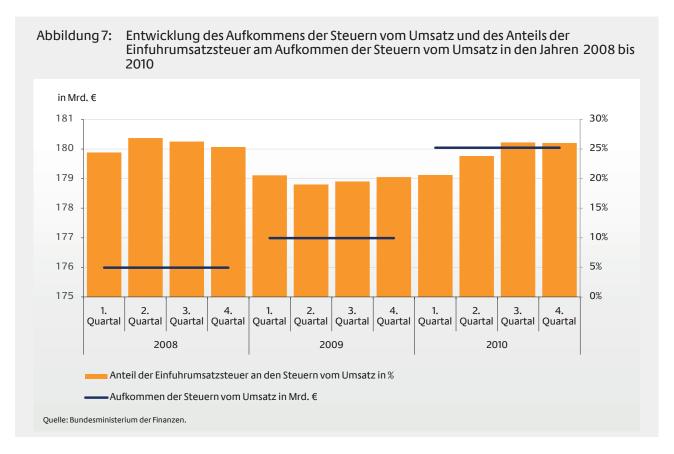
2009, als die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem Rückgang des nominalen Bruttoinlandsprodukts um - 3,4 % führte, stiegen die Einnahmen noch um + 0,6 % gegenüber dem Vorjahr an. Dies zeugt davon, dass der private Konsum, das bei weitem größte inländische Nachfrageaggregat, in der Wirtschafts- und Finanzkrise verhältnismäßig stabil blieb. Hierzu trugen auch die Konjunkturprogramme der Bundesregierung bei. Zu nennen wären hier z.B. die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes, die Gewährung der sogenannten Abwrackprämie und die Erhöhung des Kindergeldes einschließlich des Kinderbonus. Die rasche konjunkturelle Erholung im Jahr 2010 ließ das Aufkommen der Steuern von Umsatz in diesem Jahr weiter ansteigen.

Der Anteil der Einfuhrumsatzsteuer an den Steuern vom Umsatz verzeichnete im Jahr 2009 dagegen einen erheblichen Rückgang. Er sank im Betrachtungszeitraum von seinem Höchstwert 26,8 % im 2. Quartal 2008 bis auf 19,0 % im 2. Quartal 2009. Die konjunkturelle Erholung im Jahr 2010 war

Tabelle 9: Steuern vom Umsatz

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
Umsatzsteuer	136 459	141 907	-3,8
Einfuhrumsatzsteuer	43 582	35 084	+24,2
Steuern vom Umsatz	180 042	176 991	+1,7

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010



begleitet von einem Anstieg des Anteils der Einfuhrumsatzsteuer bis auf 26,0% im 4. Quartal 2010. Somit lässt sich an der Entwicklung der Einfuhrumsatzsteuer im Gegensatz zu den Steuern vom Umsatz der konjunkturelle Verlauf in den Jahren 2008 bis 2010 sehr gut ablesen. Die Wirtschaftsund Finanzkrise führte einerseits zu einem zeitweiligen Preisverfall bei den importierten Rohstoffen und andererseits auch zu einem mengenmäßigen Rückgang der Importe mit entsprechenden Auswirkungen auf das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer.

2.7 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Die Wirkungszusammenhänge bei der Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 werden vielfach falsch interpretiert. Insbesondere wurde behauptet, dass der erhebliche Aufkommensrückgang bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge im Jahr 2010 von - 30 % gegenüber dem Vorjahr auf die Einführung der Abgeltungsteuer zurückzuführen sei, welche sich somit als "Flop" erweise. Daher sollen an dieser Stelle vorab einige Klarstellungen erfolgen:

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist nur eine von zwei Erhebungsformen der Abgeltungsteuer. Die Abgeltungsteuer auf Dividenden wird in der Finanzstatistik als Hauptbestandteil der "nicht veranlagten Steuern vom Ertrag" ausgewiesen. Die Entwicklung des Aufkommens dieser Steuer wird unter der nachfolgenden Textziffer 2.8 beschrieben.

Die "Umwandlung" des vormaligen Zinsabschlags und der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag in Abgeltungsteuer beeinflusste das Aufkommen dieser Steuerarten nur durch die Änderung der Steuersätze (Zinsabschlag von 30 % auf 25 %; nicht veranlagte Steuern vom Ertrag von 20 % auf 25 %) sowie die Erweiterung der Besteuerungsbasis des Zinsabschlags um Veräußerungserträge. Die

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2010

"Abgeltungswirkung" der Abgeltungsteuer beeinflusst hingegen nur das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer. Im Gegensatz zur früheren Rechtslage müssen die Einkünfte aus Kapitalvermögen nicht mehr in der Einkommensteuererklärung deklariert werden.

Für die Steuerpflichtigen ergab sich aus der Einführung der Abgeltungsteuer auch kein erhöhter Aufwand oder gar eine Verschlechterung ihrer rechtlichen Position. Es lassen sich drei Gruppen von Steuerpflichtigen unterscheiden:

- Steuerpflichtige mit Kapitaleinkünften unter dem Sparerpauschbetrag (801 €): Hier ergeben sich keine Änderungen. Die Einkünfte sind steuerfrei und müssen weder nach alter noch nach neuer Rechtslage in der Einkommensteuererklärung aufgeführt werden.
- Steuerpflichtige mit Kapitaleinkünften über dem Sparerpauschbetrag und einem Grenzsteuersatz unter 25 %: Diese waren nach alter Rechtslage steuererklärungspflichtig auch bezüglich der Kapitaleinkünfte. Nach neuer Rechtslage entfällt die Erklärungspflicht für die Kapitaleinkünfte. Sie können jedoch die gegebenenfalls zuviel gezahlte Abgeltungsteuer im Wege der Veranlagung durch Deklarierung der Kapitaleinkünfte in der Steuererklärung zurückfordern. Dabei wird von Amts wegen geprüft, ob der Abgeltungsteuerabzug oder die Besteuerung der Kapitaleinkünfte im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung für den Steuerpflichtigen günstiger ist. Somit hat sich für diese Steuerpflichtigen nichts verändert. Wer sich über die günstigere Fallgestaltung (Abgeltungsteuer oder Einbeziehung der Kapitaleinkünfte in die Veranlagung) nicht sicher ist, gibt wie nach alter Rechtslage die Kapitaleinkünfte in der Steuererklärung an und wird

- automatisch in der für ihn günstigeren Besteuerungsvariante veranlagt.
- Steuerpflichtige mit einem Grenzsteuersatz über 25%: Für diese Steuerpflichtigen wurde mit Wegfall der Erklärungspflicht für die Kapitaleinkünfte die Steuererklärung wesentlich vereinfacht.

Entwicklung des Aufkommens der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Durch die Verringerung des Steuersatzes hätte sich im Jahr 2009 rechnerisch eine Aufkommensminderung um - 16,7% ergeben. Aufgrund der um einen Monat verzögerten Kassenwirksamkeit wurde die Steuersatzminderung erst ab Februar 2009 im Aufkommen erkennbar, so dass der Rückgang der Einnahmen im Kassenjahr 2009 nur moderate - 7,6 % betrug. Unter Berücksichtigung dieser Verschiebung ergab sich für den Zeitraum Februar 2009 bis Januar 2010 ein Aufkommensrückgang um - 17,9 %. Hier wirkten die Senkung des Steuersatzes und der Rückgang des Zinsniveaus zusammen. Der Einbruch des Aufkommens in den übrigen Monaten des Jahres 2010 kann dagegen allein aus den sinkenden Zinssätzen erklärt werden. Ein Indiz hierfür ist der Rückgang der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten um über 20 % von 3,2 % im Jahresdurchschnitt 2009 auf 2,5 % im Jahr 2010. Im September 2010 erreichte die Umlaufrendite ihren Tiefstand mit 2.1%.

Sehr wahrscheinlich, wenn auch empirisch nicht quantifizierbar, ist zudem, dass es infolge des niedrigen Zinsniveaus zu Substitutionseffekten gekommen ist: Insbesondere institutionelle Anleger dürften angesichts wieder steigender Börsenkurse ihre Anlagen von Rentenpapieren zu Aktien umgeschichtet haben. Dies erhöht das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zu Lasten der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

2.8 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Die nicht veranlagten Steuern vom
Ertrag bestehen fast ausschließlich aus
Steuern auf Dividenden. Der Anstieg des
Aufkommens dieser Steuer im Jahr 2010
im Vorjahresvergleich von 12,5 Mrd. €
auf 13,0 Mrd. € bedeutet daher, dass die
Gewinnausschüttungen zugenommen
haben. Dies überrascht zunächst insofern, als
im Jahr 2010 die Gewinne des Krisenjahres
2009 die Grundlage für die Ausschüttungen
bildeten. Eine nähere Betrachtung der
Aufkommensentwicklung in den einzelnen
Quartalen des Jahres 2010 liefert hierzu nähere
Erkenntnisse (Tabelle 10).

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag war im 1. Quartal 2010 vor allem deshalb rückläufig, weil die Vorjahresbasis infolge eines Sondereffekts sehr stark war. Im Januar 2009 waren Steuereinnahmen auf Ausschüttungen verbucht worden, die im Dezember 2008 in großem Umfang erfolgten, um noch in den Genuss des alten Steuersatzes von 20 % zu kommen.

Im 2. Quartal konzentrieren sich die Ausschüttungen der großen Publikumsgesellschaften. Dadurch entsteht fast die Hälfte des Jahresaufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Der gegenüber dem Vorjahr annähernd konstante Betrag zeigt, dass diese Unternehmen ihre Ausschüttungen trotz des Gewinneinbruchs im Jahr 2009 nicht vermindert haben. Dies

entspricht der seit Jahren zu beobachtenden Bestrebung von Großunternehmen, ihre Ausschüttungen unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen möglichst zu verstetigen.

Im 3. und 4. Quartal 2010 waren erhebliche Aufkommensverbesserungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Diese Quartale sind im Allgemeinen, ebenso wie das 1. Quartal, von den Ausschüttungen der kleinen und mittleren Kapitalgesellschaften geprägt, die häufig keine Rücksicht auf "fremde" Aktionäre nehmen müssen. Augenscheinlich orientieren diese Kapitalgesellschaften, bei denen Gesellschafter und Geschäftsführerposition eng verbunden sind, ihr Ausschüttungsverhalten eher an der aktuellen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens. Hierfür spricht, dass die Ausschüttungen dieser Unternehmen in der zweiten Hälfte des Jahres 2010, als die wirtschaftlichen Aussichten sich wieder verbessert hatten, trotz schwacher Gewinne 2009 erheblich zunahmen. Umgekehrt wurden die vergleichsweise hohen Gewinne des Jahres 2008 im Krisenjahr 2009 offenbar zum großen Teil im Unternehmen belassen, um den Unternehmen ausreichend Liquidität zu erhalten.

Der Anstieg der Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Jahr 2010 ist somit einerseits Ergebnis der Bestrebung der großen Publikumsgesellschaften, ihre Aktionäre dauerhaft durch eine konstante Ausschüttungspolitik zu binden, und andererseits Resultat einer mehr an der

Tabelle 10: Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum
	in Mio. €		in%
1. Quartal	2 805	3 197	-12,2
2. Quartal	6 145	6110	+0,6
3. Quartal	2 030	1 709	+18,8
4. Quartal	2 002	1 459	+37,2
Jahr gesamt	12 982	12 474	+4,1

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

aktuellen Lage des Unternehmens als an den Gewinnen des Vorjahres orientierten Entnahmepolitik der kleinen und mittleren Unternehmen.

2.9 Energiesteuer

Die Einnahmen aus der Energiesteuer betrugen im Jahr 2010 rund 39,8 Mrd. € und lagen damit auf Vorjahresniveau. Etwa 89,3 % der Energiesteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl, Diesel und Biokraftstoffen), 6,5 % aus der Besteuerung von Erdgas und 4,2 % aus der Besteuerung von Heizöl, Flüssiggas und Kohle.

Anfang des Jahres 2008 kam es infolge einer lebhaften Nachfrage bei gleichzeitiger Rohstoffknappheit zu einer starken Aufwärtsbewegung der Kraftstoffpreise, welche nach einem Höchststand im Juni/ Juli 2008 mit beginnender Wirtschaftskrise erheblich zurückgingen. Bereits im Verlauf des Jahres 2009 erholten sich die Kraftstoffpreise wieder und steigen seitdem tendenziell immer weiter an. Dieser Trend wird durch die konjunkturelle Erholung noch verstärkt. In Presse und Öffentlichkeit wird immer wieder behauptet, der Staat verdiene über die Steuern an den Preissteigerungen mit, was jedoch nicht den Tatsachen entspricht.

Auf den Verbrauch von Kraftstoff werden neben der Energiesteuer auch Steuern vom Umsatz erhoben, welche im Folgenden in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Über die steuerliche Belastung des Kraftstoffverbrauchs liegen keine amtlichen Statistiken vor. Anhand von Verbrauchsstatistiken des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Preisstatistik des Mineralölwirtschaftsverbandes lassen sich jedoch Modellrechnungen über die Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe und die darin enthaltenen Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe durchführen. Bei der Schätzung der Umsatzsteuerbelastung ist die Entlastung der unternehmerisch tätigen Verbraucher durch die Vorsteuererstattung zu berücksichtigen. Der Anteil der erstatteten Vorsteuer am Umsatzsteueraufkommen aus Kraftstoffumsätzen wird hierbei auf 50 % geschätzt.

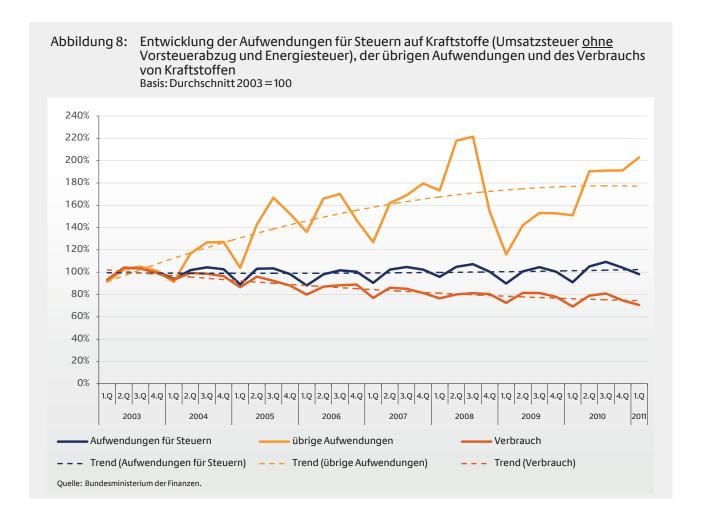
Abbildung 8 stellt die Entwicklung

- des Kraftstoffverbrauchs.
- der Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe und
- der übrigen Aufwendungen (Rohstoff-, Produktions- und Vertriebskosten, Gewinnaufschläge etc.)

als Index für den Zeitraum 1. Quartal 2003 bis 1. Quartal 2011 mit der Basis Jahresdurchschnitt 2003 = 100 dar.

Der Kraftstoffverbrauch geht im betrachteten Zeitraum tendenziell zurück. Die Aufwendungen für Steuern blieben ab 2003 (letzte Stufe der Ökosteuerreform) im gesamten Betrachtungszeitraum relativ konstant. Es zeigt sich, dass Mehrbelastungen durch die Umsatzsteuer durch den Rückgang bei der mengenabhängigen Energiesteuer in etwa aufgewogen wurden. Die übrigen Aufwendungen stiegen im Trend kräftig an, wobei die Wirtschaftskrise durch den deutlichen Einbruch im 4. Quartal 2008 beziehungsweise 1. Quartal 2009 sichtbar wird. Seit dem 2. Quartal 2009 steigen die übrigen Aufwendungen wieder an und haben im 1. Quartal 2011 fast das Niveau des 3. Quartals 2008 wieder erreicht.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010

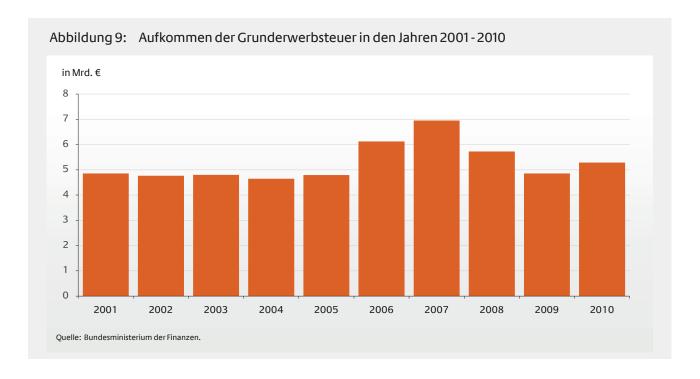


Aufgrund der Verbrauchsrückgänge sind die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Kraftstoffe seit dem Jahr 2003 erheblich gesunken. Dies wird bei isolierter Betrachtung durch den Anstieg der Einnahmen aus der Umsatzsteuer kompensiert. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass das verfügbare Einkommen der Verbraucher nicht in dem Maße zunimmt wie die Kraftstoffpreise. Daher müssen die Verbraucher, wenn sie höhere Ausgaben für Kraftstoffe tätigen und ihre Sparquote nicht ändern, Einschränkungen bei den Ausgaben für andere Produkte vornehmen. Im Hinblick auf das gesamte Umsatzsteueraufkommen kommt es daher nicht zu Umsatzsteuer-Mehreinnahmen durch den Anstieg der Kraftstoffpreise. Der Staat profitiert nicht von den höheren Kraftstoffpreisen, sondern hat hier im Gegenteil Einnahmeausfälle zu verkraften.

2.10 Grunderwerbsteuer

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer beliefen sich im Jahr 2010 auf 5,3 Mrd. €. Sie übertrafen damit das Vorjahresergebnis um + 8,9 %. Damit wurde der Abwärtstrend der vergangenen zwei Jahre gestoppt. Das Grunderwerbsteueraufkommen weist in dem Fünf-Jahres-Abschnitt seit 2006 eine erhöhte Volatilität auf, nachdem es in den vorhergehenden Jahren von 2001 bis 2005 stagnierte (Abbildung 9). Der Anstieg in den Jahren 2006 und 2007 steht in Verbindung mit dem vermehrten Verkauf von städtischem Wohneigentum und einem erhöhten Umsatz von Gewerbeimmobilien aufgrund der guten Konjunkturlage. Die Wirtschaftskrise, die in den USA Mitte 2007 als Immobilienkrise begann, wirkte sich auch auf den deutschen Immobilienmarkt seit Ende 2007 spürbar aus. Im 4. Quartal 2007 schwächte sich der

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010



Einnahmeanstieg bei der Grunderwerbsteuer zunächst erheblich ab und schlug dann ab dem 1. Quartal 2008 in einen Rückgang um. Die stärksten Aufkommenseinbußen waren im 1. Quartal 2009 mit -30,5 % zu verzeichnen. Im 4. Quartal 2009 ergab sich erstmals wieder ein Zuwachs, der sich dann in allen Quartalen des Jahres 2010 fortsetzte.

3 Fazit

Nachdem die Steuereinnahmen des Jahres 2009 unter den Einwirkungen der Krise und der zu ihrer Überwindung ergriffenen Maßnahmen einen hohen Rückgang verzeichneten, steht das Aufkommen des Jahres 2010 wieder im Zeichen des Aufschwungs. Die deutsche Wirtschaft hat die Krise durch starke weltwirtschaftliche Impulse schnell überwunden und einen

starken konjunkturellen Aufschwung erreicht. Exemplarisch hierfür steht die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer, die im Jahr 2010 sehr hohe Zuwachsraten aufwies, nachdem sie zuvor krisenbedingt stark eingebrochen war.

In der unterschiedlichen
Aufkommensentwicklung der verschiedenen
Steuern wird sichtbar, dass die Krise vor
allem durch außenwirtschaftliche Faktoren
angetrieben wurde. Eher von der Entwicklung
im Inland geprägte Steuern zeigten geringere
Schwankungen. Beispiele hierfür sind die
Steuern vom Umsatz, die von der Entwicklung
der Konsumausgaben abhängen, sowie die
veranlagte Einkommensteuer, bei der das
Aufkommen zu einem Großteil vom Gewinn
der kleinen bis mittleren binnenwirtschaftlich
orientierten Unternehmen und Selbständigen
abhängt.

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland

Eine Zwischenbilanz

1	Einleitung	71
	Was bedeutet ÖPP?	
3	Welche Vorteile kann ÖPP bieten?	72
	Wie viele ÖPP gibt es in Deutschland?	
	Wie sind die Erfahrungen mit ÖPP?	
	Was wird getan, um ÖPP weiter voranzubringen?	
	Aushlick	

- Eine ÖPP ist eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen Öffentlicher Hand und privater Wirtschaft.
- Der wesentliche Vorteil von ÖPP liegt darin, dass durch die Betrachtung des gesamten
 Lebenszyklus des Investitionsobjektes bei der Beschaffung erhebliche Effizienzvorteile für die Öffentliche Hand erzielt werden können.
- In vielen Fällen kann ÖPP die wirtschaftlichste Variante für eine Beschaffung der Öffentlichen Hand sein.
- Das BMF treibt ÖPP Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt weiterhin voran.
- Nach zuletzt rückläufiger Tendenz bei der Zahl neuer Projekte und der Investitionsvolumen ist im Jahr 2011 eine Trendwende erkennbar.

1 Einleitung

In Zeiten knapper Kassen gilt es für die öffentliche Hand mehr denn je, bei Beschaffungen die wirtschaftlichste Lösung umzusetzen. Angesichts der Konsolidierungserfordernisse in den öffentlichen Haushalten kann es sich daher keine Gebietskörperschaft leisten, eine potenziell wirtschaftlichere Beschaffungsvariante von vornherein außer Betracht zu lassen. Diese wirtschaftlichere Beschaffungsvariante kann oftmals eine ÖPP sein.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) ist bestrebt, bestehende Hindernisse für ÖPP auszuräumen und Vorbehalte gegenüber dieser sinnvollen Beschaffungslösung abzubauen. Dieser Beitrag zieht eine Zwischenbilanz zum Umfang der Nutzung von ÖPP in Deutschland vom Jahr 2002 bis heute, zu den dabei gewonnenen Erfahrungen und den Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von ÖPP durch das BMF.

2 Was bedeutet ÖPP?

Eine ÖPP ist eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen Öffentlicher

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland

Hand und privater Wirtschaft. Diese Zusammenarbeit kann beispielsweise die Bereitstellung von öffentlicher Infrastruktur zum Gegenstand haben. Die Besonderheit bei ÖPP ist, dass diese Bereitstellung von Infrastruktur in einem ganzheitlichen Ansatz über den gesamten Lebenszyklus der jeweiligen Infrastruktur betrachtet und beschafft wird. Dieser Lebenszyklus kann zum Beispiel bei einer Immobilie aus den Phasen Planung, Bau, Betrieb, Finanzierung und Verwertung bestehen. Bei einer konventionellen Beschaffung würden diese Phasen jeweils separat betrachtet und beauftragt werden. Die Beschaffung im Rahmen einer ÖPP deckt hingegen den gesamten Lebenszyklus ab. Die Partner übernehmen dabei jeweils die Risiken, die sie am besten beherrschen können.

ÖPP bedeutet somit nicht Privatisierung.
ÖPP bedeutet auch nicht Umgehung der
Haushalte. Im Falle einer Realisierung als
ÖPP werden die Haushaltsbelastungen für
die Schuldenbremse genauso transparent im
Haushalt abgebildet wie bei jeder anderen
Beschaffungsart. Die Konstruktion von ÖPP
sorgt außerdem - sozusagen automatisch dafür, dass die Investitionskosten bis zum
Ende der Vertragslaufzeit abgezahlt werden
und keine Schulden bei der öffentlichen
Hand verbleiben. Alles in allem ist ÖPP eine
komplexe Beschaffungsvariante, die vielfältige
vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten
eröffnet.

3 Welche Vorteile kann ÖPP bieten?

Eine ÖPP bietet durch den Lebenszyklusansatz erhebliche Potentiale zur Realisierung von Effizienzvorteilen, die bei einer herkömmlichen getrennten Beschaffung gegebenenfalls nicht erzielt werden können. Denn die Vertragspartner haben von Beginn an den gesamten Lebenszyklus einer Beschaffung im Blick und schließen darüber einen Vertrag. Das heißt, um beim Beispiel der Beschaffung einer Immobilie zu bleiben, sie betrachten bei der

Planung der Baumaßnahme von vornherein auch die möglichen Betriebskosten oder die zu erwartenden Verwertungsmöglichkeiten der Immobilie nach Vertragsablauf. Dies schafft den Anreiz, eine über den gesamten Lebenszyklus der Immobilie optimierte Beschaffungslösung zu finden, was sich in Kostenvorteilen gegenüber einer konventionellen Beschaffung niederschlagen kann. In vielen Fällen kann eine ÖPP daher die wirtschaftlichste Variante sein, um eine Beschaffung durchzuführen. ÖPP können somit einen wichtigen Beitrag dazu leisten, auch in Zukunft qualitativ hochwertige Infrastruktur in Deutschland auf wirtschaftliche Weise herzustellen und langfristig zu unterhalten.

Das heißt jedoch nicht, dass ÖPP per se ein Königsweg sind. ÖPP ist eine von mehreren Beschaffungsvarianten für die Öffentliche Hand. Die Variante ÖPP muss gewählt werden, wenn sie sich über den Lebenszyklus betrachtet als die wirtschaftlichste Beschaffungslösung erweist. Hierzu werden die in Frage kommenden Beschaffungsvarianten im Einzelfall anhand einer eingehenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung verglichen.

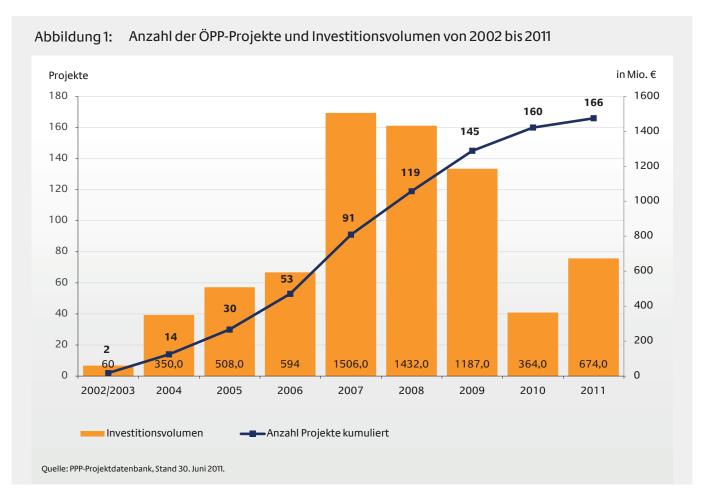
4 Wie viele ÖPP gibt es in Deutschland?

Seit 2002 wurden in Deutschland insgesamt 166 ÖPP-Projekte im Hoch- und Straßenbau realisiert, davon 152 Projekte im Hochbau und 14 Projekte im Straßenbau¹. Diese Projekte haben ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 6,7 Mrd. €, wovon circa 4,4 Mrd. € auf den Hochbau und rund 2,3 Mrd. € auf den Straßenbau entfallen.

Im laufenden Jahr 2011 wurden bisher fünf neue Verträge im Hochbau und ein neuer Vertrag im Straßenbau mit einem Investitionsvolumen von 674 Mio. € geschlossen.

¹ Stand 30. Juni 2011.

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland



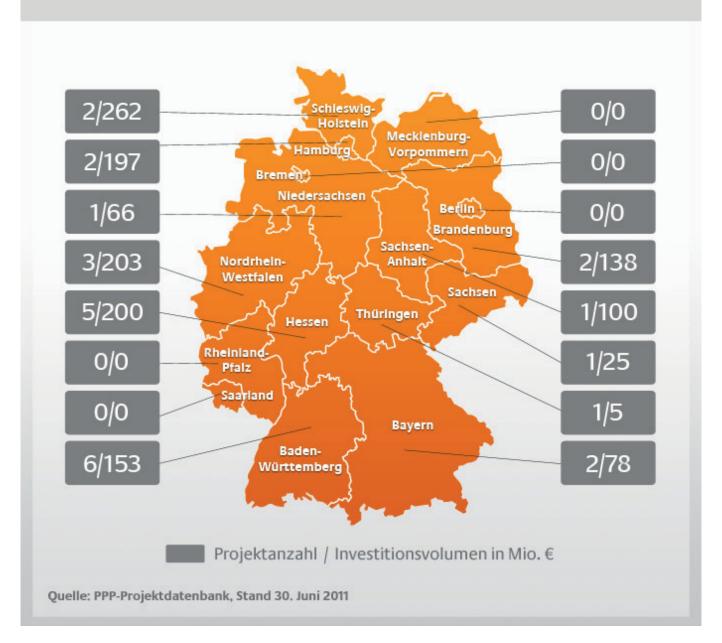
In der Abbildung 1 ist erkennbar, dass in den Jahren 2007 und 2008 besonders viele Verträge mit einem hohen Gesamtinvestitionsvolumen abgeschlossen wurden. In den Folgejahren fielen die Zahl neuer Projekte und die Summe der Investitionsvolumen geringer aus. Ein Grund hierfür ist, dass es seit 2009 weniger große Projekte des Bundes und der Länder gab. Auch das Konjunkturpaket II führte dazu, dass insbesondere die Kommunen ÖPP-Projekte zunächst zurückgestellt haben. Und nicht vergessen werden darf, dass die Finanzmarktkrise insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Projektfinanzierungen beeinflusst hat.

Die Zahlen für das 1. Halbjahr 2011 signalisieren eine Trendwende. Bereits zur Hälfte des Jahres 2011 wurde das Investitionsvolumen des Gesamtjahres 2010 weit überschritten. Die Zahl neuer Vertragsabschlüsse liegt zur Jahresmitte auf Vorjahresniveau.

Ein beachtlicher Anteil an der Gesamtzahl aller ÖPP-Projekte entfiel auf die Landesebene. Im Hochbau gab es dort seit 2002 insgesamt 26 Vertragsabschlüsse mit einem Investitionsvolumen von rund 1,4 Mrd. €. Die meisten ÖPP-Projekte im Hochbau haben die Länder Baden-Württemberg mit je sechs und Hessen mit fünf ÖPP-Projekten realisiert.

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland

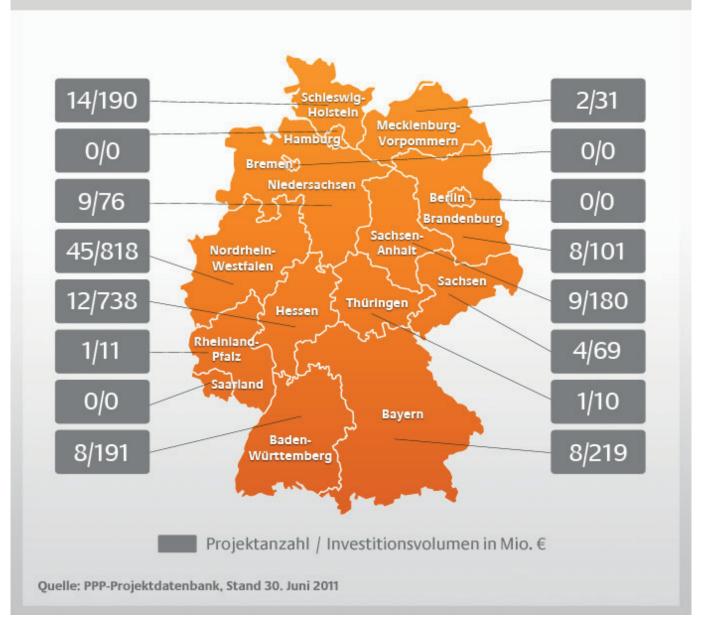
Abbildung 2: Anzahl der ÖPP-Hochbauprojekte und Investitionsvolumen von 2002 bis 2011 in den Ländern



Auch die Kommunen nutzen in beträchtlichem Maß die Chancen, die ÖPP bietet. So wurden im kommunalen Bereich zwischen 2002 und 2011 mit Abstand die meisten ÖPP-Hochbauprojekte in Nordrhein-Westfalen realisiert, gefolgt von Schleswig-Holstein und Hessen. Insgesamt gab es in den Kommunen bisher 121 ÖPP-Projekte im Hochbau mit einem Investitionsvolumen von rund 2,6 Mrd. €.

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland

Abbildung 3: Anzahl der ÖPP-Hochbauprojekte und Investitionsvolumen von 2002 bis 2011 in den Kommunen

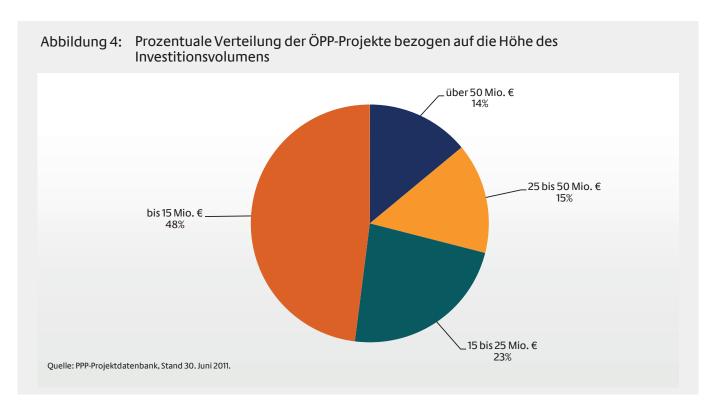


Das Investitionsvolumen liegt bei den bisher in Deutschland umgesetzten ÖPP-Projekten überwiegend unterhalb von 25 Mio. €:

- 48 % der Projekte umfassen ein Volumen bis zu 15 Mio. €
- 23 % der Projekte liegen zwischen 15 Mio. € und 25 Mio. €

Vertragsabschlüsse für ÖPP-Projekte über 25 Mio. € machen einen geringeren Anteil aus. Große Projekte mit einem Investitionsvolumen von mehr als 50 Mio. € haben einen Anteil von 14 %.

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland



5 Wie sind die Erfahrungen mit ÖPP?

Der Nutzen von ÖPP, durch den Lebenszyklusansatz Effizienzvorteile zu heben, hat sich in ÖPP-Projekten des Bundes bestätigt. Die folgenden zwei Beispiele zeigen dies exemplarisch auf:

ÖPP-Projekt "Fürst-Wrede-Kaserne"

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung wurden mit der Ausschreibung, Realisierung und dem Betrieb des ÖPP-Projekts "Fürst-Wrede-Kaserne" in einer rund dreijährigen Betriebszeit gute Erfahrungen gemacht. Der prognostizierte und durch eine begleitende Erfolgskontrolle bestätigte Effizienzvorteil gegenüber einer konventionellen Beschaffung beträgt 17,4%. Die Nutzerzufriedenheit ist nach wie vor hoch und die Zusammenarbeit mit dem privaten Partner vertrauensvoll. Gegenstand des Projekts mit einem Volumen von rund 160 Mio. € (Barwert) ist die Sanierung und Instandhaltung des Gebäudebestandes und der technischen

Anlagen, der Neubau eines Stabsgebäudes, verschiedene Tiefbauarbeiten, die Pflege der Außenanlagen, die Reinigung der Gebäude, die Ver- und Entsorgung der Liegenschaft mit Medien, Wäschedienste sowie die Bewachung der Liegenschaft, einschließlich der Finanzierung der Maßnahmen. Die Bautätigkeiten wurden planmäßig nach nur 20 Monaten Planungs- und Bauzeit termingerecht und zu den veranschlagten Kosten im November 2009 abgeschlossen. Bereits seit März 2008 hat der private Partner den laufenden Betrieb der Liegenschaft für die nächsten 20 Jahre übernommen. Auf dem 13. Verwaltungskongress "Effizienter Staat" in Berlin im April 2010 wurde das ÖPP-Projekt "Fürst-Wrede-Kaserne" mit dem "Innovationspreis PPP 2010" ausgezeichnet.

ÖPP-Projekte im Autobahnbau (A-Modell-Pilotprojekte)

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat bei der praktischen Umsetzung von vier ÖPP-Projekten im Autobahnbau bislang überwiegend positive Erfahrungen gesammelt. Eine 2. ÖPP-Staffel

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland

mit acht Projekten, die ein reines Bauvolumen von rund 1,5 Mrd. € umfassen, wurde angestoßen. Besonders hervorzuheben beim Rückblick auf die Projekte der 1. Staffel sind zum einen die überzeugende Qualität der Leistungserbringung bei den Pilotprojekten und zum anderen die Termintreue: Sowohl bei dem Pilotprojekt Autobahn A 8 als auch bei dem Pilotprojekt Autobahn A 4 haben die Auftragnehmer die bereits anspruchsvollen Vertragstermine noch unterboten. Dadurch konnten die Verkehrsfreigaben jeweils vor den vertraglich vereinbarten Terminen erfolgen.

6 Was wird getan, um ÖPP weiter voranzubringen?

Das BMF hat es sich zum Ziel gesetzt, ÖPP als anerkannte Beschaffungsvariante weiter zu etablieren.

Hierzu hat das BMF in enger Zusammenarbeit mit dem BMVBS Ende 2008 eine Beratungsgesellschaft für ÖPP-Projekte der Öffentlichen Hand gegründet: die ÖPP Deutschland AG². Die ÖPP Deutschland AG wird als gemischtwirtschaftliches Unternehmen von der Privatwirtschaft und der Öffentlichen Hand getragen. Die Tätigkeit der Gesellschaft ruht auf zwei Säulen:

- Zum einen bietet sie der Öffentlichen Hand Beratung bei der Planung und Durchführung konkreter ÖPP-Projekte an.
- Zum anderen leistet sie im Auftrag der Öffentlichen Hand oder auch selbstständig projektunabhängige Grundlagenarbeit.

Bei der Projektberatung hat die ÖPP Deutschland AG ein besonders anspruchvolles Mandat: das ÖPP-Projekt zum Neubau des Berliner Dienstsitzes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung³. Bei diesem Projekt liegt besonderes Augenmerk auf der hochwertigen Gestaltung des Dienstsitzes. Gleichzeitig müssen die Anforderungen an die Nachhaltigkeit und Energieeffizienz des Gebäudes zur Umsetzung der Energie- und Klimaschutzziele der Bundesregierung berücksichtigt werden. Das Verhandlungsverfahren mit den beiden verbliebenen Bietern ist abgeschlossen. Im nächsten Schritt soll der Zuschlag erteilt werden.

Die ÖPP Deutschland AG bietet auch einen sogenannten "Helpdesk" an, an den sich Vertreter der öffentlichen Hand im Rahmen der Frühphasenberatung sowohl mit grundsätzlichen als auch projektspezifischen Fragestellungen kostenlos wenden können. Der Helpdesk leistete bei zahlreichen Projekten wichtige inhaltliche Entscheidungshilfe. Im Jahr 2010 sind bei der ÖPP Deutschland AG rund 150 Helpdesk-Anfragen aus Bund, Ländern und Kommunen eingegangen. Im 1. Halbjahr 2011 wurden bisher 78 Anfragen an den Helpdesk gerichtet.

Bei der Grundlagenarbeit geht es darum, durch Standardisierung von Abläufen zu einer Verfahrensbeschleunigung beizutragen, die mit ÖPP verbundenen Transaktionskosten zu senken sowie neue ÖPP-Sektoren zu erschließen und dadurch bestehende Hindernisse für ÖPP ausräumen. Hierzu werden beispielsweise Musterunterlagen für die Vertragsgestaltung oder das Vergabeverfahren erarbeitet. Das BMF hat der ÖPP Deutschland AG seit 2009 insgesamt 19 Aufträge für Grundlagenarbeiten in verschiedenen Themenbereichen erteilt. Die Vergabe der Grundlagenaufträge erfolgt jeweils im Einvernehmen mit den Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden. Die Ergebnisse der bisher abgeschlossenen

² Weitere Informationen unter www. partnerschaften-deutschland.de

³www.partnerschaften-deutschland.de/fileadmin/ Daten/Organisatorisches/100429_Steckbrief_ NeubauBMBF.pdf

Entwicklung und Perspektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland

Grundlagenarbeiten erzielen eine gute Resonanz und werden von der Fachöffentlichkeit positiv aufgenommen. Weitere Ergebnisse von Grundlagenarbeiten stehen zur Veröffentlichung an⁴. Sie sollen zusätzliche Perspektiven für ÖPP in Deutschland eröffnen.

7 Ausblick

ÖPP hat sich in Deutschland als
Beschaffungsvariante bewährt. Bezogen
auf die gesamten Infrastrukturinvestitionen
der Öffentlichen Hand ist das Volumen an
ÖPP-Projekten aber noch steigerungsfähig:
nicht als Selbstzweck, sondern wegen
der wirtschaftlichen Vorteile, die der
Lebenszyklusansatz von ÖPP mit sich
bringt. Die dauerhaft bestehenden
Konsolidierungserfordernisse in den
öffentlichen Haushalten eröffnen nach
wie vor erhebliche Chancen für ÖPP, auch
wenn die Zahl der Projekte und die Höhe der
Investitionsvolumen im Zuge der Finanzmarktund Wirtschaftskrise zurückgegangen sind.

Die Halbjahreszahlen der Vertragsabschlüsse und Investitionsvolumen im Jahr 2011 lassen für das Gesamtjahr 2011 eine Trendwende erkennen. Darüber hinaus befindet sich eine Vielzahl neuer Projekte bereits in der Vorbereitung oder in der Ausschreibung.

Um die Rahmenbedingungen für Öffentlich-Private Partnerschaften in Deutschland kontinuierlich zu verbessern und Hemmschwellen weiter abzubauen, wird das BMF die Beauftragung von projektunabhängiger Grundlagenarbeit fortführen. Die Grundlagenarbeit soll dazu beitragen, dass ÖPP-Modelle zunehmend auch in anderen als den klassischen Bereichen Hochund Tiefbau zum Einsatz kommen.

Das BMF wird die Nutzung der Beschaffungsvariante ÖPP – Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt – somit weiterhin vorantreiben. Denn eine gute Infrastruktur langfristig sichern, Projekte schneller realisieren und dabei noch Geld sparen – das liegt im Interesse von Bürgern und Wirtschaft.

⁴ www.partnerschaften-deutschland.de/ grundlagenarbeit

DROHENDE HAUSHALTSNOTLAGEN IN BERLIN, BREMEN, DEM SAARLAND UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Drohende Haushaltsnotlagen in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein

Dritte Sitzung des Stabilitätsrats am 23. Mai 2011

1	Einleitung	79
	Evaluation der Haushaltslage in Bremen, Berlin, dem Saarland und Schleswig-Holstein	
2.1	Prüfverfahren	80
2.2	Ergebnisse der Prüfung	80
2.3	Beschluss des Stabilitätsrats	81
3	Einleitung von Sanierungsverfahren	81
3.1	Grundlagen der Durchführung von Sanierungsverfahren	81
3.2	Beschlüsse des Stabilitätsrats	82
4	Zusammenfassung	83

- Der Stabilitätsrat hat in seiner dritten Sitzung am 23. Mai 2011 festgestellt, dass in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein eine Haushaltsnotlage droht. Der Entscheidung ging eine umfassende Prüfung der Haushaltslage dieser Länder durch den Evaluationsausschuss voraus. Bereits in der Oktobersitzung des Stabilitätsrats wurde festgestellt, dass in den vier Ländern bei der Mehrzahl der Kennziffern zur Haushaltsüberwachung die Schwellenwerte überschritten waren.
- In seiner nächsten Sitzung im November 2011 wird der Stabilitätsrat Sanierungsprogramme mit den vier Ländern vereinbaren. Die Sanierungsprogramme enthalten Vorgaben über die angestrebten Abbauschritte der Nettokreditaufnahme und geeignete Sanierungsmaßnahmen. Die betroffenen Länder sind aufgefordert, bis spätestens zum 15. Oktober 2011 Vorschläge für Sanierungsprogramme vorzulegen.

1 Einleitung

Der Stabilitätsrat ist am 23. Mai 2011 in Berlin zu seiner dritten Sitzung unter dem Vorsitz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz, dem bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon, zusammengetreten. Dabei hat der Stabilitätsrat festgestellt, dass in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein eine Haushaltsnotlage gemäß § 4 Absatz 5 des Stabilitätsratsgesetzes droht. Darüber hinaus hat der Stabilitätsrat Eckpunkte zur Durchführung von

Sanierungsverfahren beschlossen. Die vier betroffenen Länder müssen nun mit dem Stabilitätsrat Sanierungsprogramme vereinbaren.

Im Oktober 2010 hatte der Stabilitätsrat einen Evaluationsausschuss eingesetzt, um Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage gemäß § 4 Absatz 1 des Stabilitätsratsgesetzes in den vier genannten Ländern zu prüfen.¹ Der

¹Siehe "Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern – Zweite Sitzung des Stabilitätsrats am 15. Oktober 2010" im Monatsbericht des BMF, Dezember 2010, S. 48-57.

DROHENDE HAUSHALTSNOTLAGEN IN BERLIN, BREMEN, DEM SAARLAND UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Evaluationsausschuss hat in die Prüfung alle relevanten Bereiche der Haushalte umfassend einbezogen, einen Evaluationsbericht für jedes Land vorgelegt und dem Stabilitätsrat vorgeschlagen, eine drohende Haushaltsnotlage in Bremen, Berlin, dem Saarland und Schleswig-Holstein festzustellen.

Im zweiten Abschnitt dieses Beitrags werden das Evaluationsverfahren zur Prüfung einer drohenden Haushaltsnotlage in den vier Ländern dargestellt und die Ergebnisse der Prüfung zusammengefasst. Im dritten Abschnitt werden die Grundlagen zur Durchführung von Sanierungsverfahren und das weitere Vorgehen bei der Vereinbarung der Sanierungsprogramme mit den betroffenen Ländern erläutert.

2 Evaluation der Haushaltslage in Bremen, Berlin, dem Saarland und Schleswig-Holstein

2.1 Prüfverfahren

Das Haushaltsüberwachungsverfahren ist so konzipiert, dass die kennzifferngestützte Beurteilung der Haushaltslage durch eine Einzelfallprüfung ergänzt wird, sofern Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage gegeben sind. Besonderheiten der Haushalte können so Berücksichtigung finden, die von der kennzifferngestützten Analyse nicht erfasst werden.

Die kennzifferngestützte Analyse hatte im Berichtsjahr 2010 für die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage ergeben, da bei der Mehrzahl der Kennziffern dieser Länder die Schwellenwerte überschritten wurden. Der Stabilitätsrat hat daraufhin einen Evaluationsausschuss zur umfassenden Prüfung der Haushaltslage dieser Länder gemäß § 4 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes eingesetzt. Mitglieder des Evaluationsausschusses waren die

Finanzstaatssekretäre des Bundes und der Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sowie die Amtschefin von Baden-Württemberg.

Da die Kennziffern die Haushaltslage der Länder bereits umfassend abbilden, geht der Evaluationsausschuss bei seiner Prüfung als Arbeitshypothese davon aus, dass eine Haushaltsnotlage droht. Sowohl die betroffene Gebietskörperschaft als auch die Mitglieder des Evaluationsausschusses können Gründe vorbringen, die gegen eine drohende Haushaltsnotlage sprechen. Der Evaluationsausschuss prüft daraufhin, ob die Arbeitshypothese durch hinreichend gewichtige Argumente widerlegt werden kann. Die Hypothese wird nur zurückgewiesen, wenn fundierte Argumente in der Gesamtschau für die Feststellung sprechen, dass eine Haushaltsnotlage nicht droht. Andernfalls wird der Evaluationsausschuss dem Stabilitätsrat empfehlen, eine drohende Haushaltsnotlage festzustellen.

2.2 Ergebnisse der Prüfung

Alle vier Länder haben zum Ergebnis der kennzifferngestützten Analyse Stellung genommen.

Das Land Berlin hatte zwei Gründe angeführt, die aus Sicht des Landes gegen eine drohende Haushaltsnotlage sprechen. Im Einzelnen wies Berlin darauf hin, dass es im Zusammenhang mit der Verbuchung der Berliner Sonderrücklage "Risikoabschirmung" sowie durch die Nicht-Einbeziehung von Extrahaushalten anderer Länder zu Verzerrungen bei der Berechnung der Kennziffer Kreditfinanzierungsquote komme. Nach Auffassung des Evaluationsausschusses haben sich diese Argumente jedoch bei genauerer Analyse nicht als stichhaltig erwiesen.

Bremen und das Saarland vertraten gegenüber dem Evaluationsausschuss die Auffassung, dass sie sich nicht nur in einer drohenden, sondern in einer extremen Haushaltsnotlage

Drohende Haushaltsnotlagen in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein

befänden. Der Evaluationsausschuss hat in seinem Bericht dazu festgestellt, dass die Frage, ob dies zutrifft, vom Evaluationsausschuss nicht untersucht wurde und auch nicht zu bewerten war: Der Stabilitätsrat prüft gemäß § 4 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes, ob beim Bund oder einem bestimmten Land eine Haushaltsnotlage droht. Auf diese Fragestellung sind Kennziffern, Standardprojektion und Schwellenwerte abgestimmt worden. Darüber hinausgehende Bewertungen zum Ausmaß einer Haushaltsnotlage lassen sich aus der kennzifferngestützten Haushaltsanalyse im Stabilitätsrat nicht ableiten. Im Bericht betont der Evaluationsausschuss, dass diese Feststellungen nicht als Zustimmung zu der von Bremen und dem Saarland vertretenen Auffassung zu interpretieren seien.

Schleswig-Holstein hatte darauf verwiesen, dass die vom Land bereits ergriffenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung geeignet seien, die drohende Haushaltsnotlage abzuwenden. Die Maßnahmen führten zukünftig zu einer Verbesserung der Kennziffern, die für die Beurteilung im Stabilitätsrat maßgeblich sei. Der Evaluationsausschuss kam zu dem Ergebnis, dass die von Schleswig-Holstein beschlossenen Maßnahmen ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur längerfristigen Konsolidierung des Landeshaushalts sind. In der Gesamtschau der Haushaltssituation Schleswig-Holsteins sei nach Auffassung des Evaluationsausschusses jedoch festzustellen, dass über die dargelegten Konsolidierungsmaßnahmen hinaus weitere Anstrengungen erforderlich sein werden. Die vom Land Schleswig-Holstein ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen wurden damit ausdrücklich anerkannt und ihre konsequente Umsetzung empfohlen. In das zu vereinbarende Sanierungsprogramm sind diese Maßnahmen einzubeziehen.

Der Evaluationsausschuss hat somit für alle vier betroffenen Länder keine hinreichenden Argumente festgestellt, die das Ergebnis der Kennziffernanalyse entkräften können. Die Argumente wurden vom Evaluationsausschuss geprüft und in der Gesamtschau bewertet. Für jedes betroffene Land hat der Evaluationsausschuss dem Stabilitätsrat einen Bericht mit einer entsprechenden Beschlussempfehlung vorgelegt und darin vorgeschlagen, in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein eine drohende Haushaltsnotlage festzustellen.

2.3 Beschluss des Stabilitätsrats

Auf der Grundlage der Berichte und der Beschlussvorschläge des Evaluationsausschusses hat der Stabilitätsrat eine drohende Haushaltsnotlage in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein festgestellt. Mit den vier Ländern wird der Stabilitätsrat in seiner nächsten Sitzung im November 2011 Sanierungsprogramme gemäß § 5 Absatz 1 des Stabilitätsratsgesetzes vereinbaren.

3 Einleitung von Sanierungsverfahren

3.1 Grundlagen der Durchführung von Sanierungsverfahren

Die Grundlagen der Durchführung von Sanierungsverfahren sind im Stabilitätsratsgesetz und in der Geschäftsordnung des Stabilitätsrats festgehalten.

Gesetzliche Grundlagen

Die Aufstellung und Durchführung von Sanierungsprogrammen zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen ist gemäß Artikel 109a des Grundgesetzes eine zentrale Aufgabe des Stabilitätsrats. Das Sanierungsprogramm erstreckt sich nach § 5 Absatz 1 des Stabilitätsratsgesetzes grundsätzlich über einen Zeitraum von fünf Jahren und enthält Vorgaben über die angestrebten Abbauschritte der jährlichen Nettokreditaufnahme (im Folgenden

DROHENDE HAUSHALTSNOTLAGEN IN BERLIN, BREMEN, DEM SAARLAND UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

"Sanierungspfad") und über die geeigneten Sanierungsmaßnahmen. Geeignet sind nur solche Sanierungsmaßnahmen, die in der alleinigen Kompetenz der Gebietskörperschaft liegen. Ziel des Sanierungsprogramms ist es, "durch Ausschöpfen aller eigenen Konsolidierungsspielräume auf der Ausgaben- und Einnahmenseite die drohende Haushaltsnotlage abzuwenden und den Haushalt nachhaltig zu sanieren" (vergleiche Gesetzesbegründung zu § 5 des Stabilitätsratsgesetzes).

Hat der Stabilitätsrat eine drohende Haushaltsnotlage festgestellt, vereinbart er mit der betroffenen Gebietskörperschaft ein Sanierungsprogramm. Dafür unterbreitet die Gebietskörperschaft zunächst Vorschläge. Das Sanierungsprogramm setzt die betroffene Gebietskörperschaft in alleiniger Kompetenz um und berichtet dem Stabilitätsrat halbjährlich über die Einhaltung des Sanierungspfads. Bei Nichteinhaltung prüft der Stabilitätsrat einvernehmlich mit der betroffenen Gebietskörperschaft. ob und welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind. Wenn für diese Maßnahmen nur ungeeignete oder unzureichende Vorschläge von der Gebietskörperschaft vorgelegt oder wenn die Maßnahmen nur unzureichend umgesetzt werden, beschließt der Stabilitätsrat eine Aufforderung zur verstärkten Haushaltssanierung. Dieser Beschluss ergeht erneut, wenn innerhalb von höchstens zwölf Monaten die notwendigen Maßnahmen nicht ergriffen wurden. Falls nach Abschluss des Sanierungsprogramms weiterhin eine Haushaltsnotlage droht, wird ein neues Sanierungsprogramm zwischen dem Stabilitätsrat und der betroffenen Gebietskörperschaft vereinbart.

Geschäftsordnung des Stabilitätsrats

Die Geschäftsordnung weist dem Evaluationsausschuss eine wichtige Rolle bei der Abstimmung des Sanierungsprogramms mit der betroffenen Gebietskörperschaft zu. Gemäß § 10 Absatz 3 der Geschäftsordnung überprüft der Evaluationsausschuss das von der Gebietskörperschaft vorgeschlagene Sanierungsprogramm, stimmt die Einzelheiten mit der Gebietskörperschaft ab und legt dem Stabilitätsrat einen Beschlussvorschlag zur Vereinbarung des Sanierungsprogramms vor.

3.2 Beschlüsse des Stabilitätsrats

Eine Reihe von Einzelheiten bei der Durchführung von Sanierungsverfahren ist weder im Stabilitätsratsgesetz noch in der Geschäftsordnung geregelt. Aus diesem Grund hat der Stabilitätsrat in seiner dritten Sitzung ein Eckpunktepapier beschlossen, das hierfür Vorkehrungen trifft. Zudem wurde das weitere Vorgehen bei der Abstimmung von Sanierungsverfahren mit den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein vereinbart.

Eckpunkte zur Durchführung von Sanierungsverfahren

Das Eckpunktepapier präzisiert unter anderem die Zielvorgabe für ein Sanierungsprogramm, bei deren Erreichen von einer Sanierung des Haushalts im Sinne der nachhaltigen Überwindung der drohenden Haushaltsnotlage gesprochen werden kann. Für den Bund ist als Zielvorgabe bis zum Jahr 2016 die Einhaltung des Abbaupfads für das strukturelle Finanzierungsdefizit gemäß der neuen Schuldenregel beziehungsweise ab dem Jahr 2016 die Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung gemäß Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes vorgesehen. Bei der Festlegung der Zielvorgabe für ein Land ist der Verfassungsvorgabe von Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes, wonach die Haushalte der Länder ab dem Jahr 2020 eine strukturelle Neuverschuldung von null einhalten müssen, sowie der erwarteten Entwicklung des Länderdurchschnitts der Kreditfinanzierungsquote Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus regelt das Eckpunktepapier die näheren Vorgaben für die Vorlage

DROHENDE HAUSHALTSNOTLAGEN IN BERLIN, BREMEN, DEM SAARLAND UND SCHLESWIG-HOLSTEIN

von Sanierungsmaßnahmen. Zum Zeitpunkt der Vereinbarung des Sanierungsprogramms sind für das folgende Haushaltsjahr beziehungsweise bei Vorlage eines Doppelhaushalts für die beiden folgenden Jahre kurzfristig umsetzbare Sanierungsmaßnahmen konkret zu benennen und ihre strukturellen Entlastungswirkungen für den gesamten Sanierungszeitraum aufzuzeigen. Für die übrigen Jahre sind die geplanten Vorhaben mit abnehmendem Konkretisierungsgrad darzulegen. Zur fundierten Beurteilung der Haushaltswirksamkeit der zu vereinbarenden Maßnahmen sind die Maßnahmen in Bezug zu den bisherigen Planungen darzustellen.

Ein weiterer Regelungsgegenstand des Eckpunktepapiers betrifft die halbjährliche Berichterstattung der betroffenen Gebietskörperschaft an den Stabilitätsrat. Jeweils grundsätzlich bis spätestens einen Monat vor den Sitzungen im Mai beziehungsweise im Oktober sind dem Stabilitätsrat Berichte vorzulegen. Darin sind die ergriffenen und noch geplanten Maßnahmen im Einzelnen unter Bezug auf den Stand der Umsetzung und die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen. Im Bericht zur Mai-Sitzung stellt das Land darüber hinaus dar, ob der für das Vorjahr vereinbarte Abbauschritt der Nettokreditaufnahme eingehalten wurde.

Schließlich ist im Eckpunktepapier festgelegt, wie der Sanierungspfad für die Empfängerländer von Konsolidierungshilfen gemäß Artikel 143d Absatz 2 des Grundgesetzes ermittelt wird. Diesen Ländern ist bereits gemäß § 2 des Konsolidierungshilfengesetzes – konkretisiert in der jeweiligen Verwaltungsvereinbarung – ein Konsolidierungspfad vorgegeben, an dessen Einhaltung die Gewährung von Konsolidierungshilfen geknüpft ist. Um abweichende Zielvorgaben im Sanierungsverfahren nach dem Stabilitätsratsgesetz und im Konsolidierungsverfahren nach dem

Konsolidierungshilfengesetz zu vermeiden, sind in diesem speziellen Fall die Abbauschritte des Sanierungspfads aus dem in der jeweiligen Verwaltungsvereinbarung festgelegten Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits abzuleiten.

Weiteres Vorgehen bei der Vereinbarung von Sanierungsprogrammen

Nach der Feststellung der drohenden Haushaltsnotlage in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein hat der Stabilitätsrat die betroffenen Länder gebeten, bis spätestens zum 15. Oktober 2011 beratungsfähige Unterlagen über ihr Sanierungsprogramm vorzulegen. Den Evaluationsausschuss hat der Stabilitätsrat mit der Überprüfung dieser Vorschläge und der Abstimmung der Einzelheiten der Sanierungsprogramme beauftragt. Dem Evaluationsausschuss gehören die Finanzstaatssekretäre des Bundes sowie der Länder Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen an.

4 Zusammenfassung

Nachdem die kennzifferngestützte Analyse im Rahmen der laufenden Haushaltsüberwachung auf eine drohende Haushaltsnotlage in den Ländern Bremen, Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein hinwies, hatte der Stabilitätsrat den Evaluationsausschuss mit der umfassenden Prüfung der relevanten Bereiche der Haushalte dieser Länder beauftragt. Der Evaluationsausschuss konnte in der Gesamtschau keine hinreichenden Argumente feststellen, die dem Ergebnis der Kennziffernanalyse widersprechen. Auf dieser Grundlage hat der Stabilitätsrat für die vier betroffenen Länder eine drohende Haushaltsnotlage festgestellt. Die betroffenen Länder sind nun aufgefordert, durch Ausschöpfen aller eigenen Konsolidierungsspielräume auf der

Drohende Haushaltsnotlagen in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein

Ausgaben- und Einnahmenseite die drohende Haushaltsnotlage abzuwenden und den Haushalt nachhaltig zu sanieren. Dafür werden die betroffenen Länder mit dem Stabilitätsrat Sanierungsprogramme vereinbaren. Sie legen hierfür bis zum 15. Oktober 2011 Vorschläge vor. Bis zur nächsten Sitzung des Stabilitätsrats im November 2011 wird der Evaluationsausschuss die von Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein vorgeschlagenen Sanierungsprogramme überprüfen, Einzelheiten abstimmen und dem Stabilitätsrat Beschlussvorschläge vorlegen.

Über	rsichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	87
1	Kreditmarktmittel	87
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015.	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	00
•	2010 bis 2015	89
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
J	Regierungsentwurf 2012	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
10	Entwicklung der EO-Haushalte 2010 bis 2011	. 111
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	. 112
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	112
	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
_	Länder bis Mai 2011	114
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2011	
J	Die Emilanieri, raugaben and rausemage der Eander bis mar Eori	. 110
Keni	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 120
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	120
	Preisentwicklung	
2	Außenwirtschaft	
3 4	Einkommensverteilung	
4	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
_	· , ,	
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	126
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	107
0	Potenzialwachstum	
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	. 134

14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	. 135
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 136
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	. 137
Abb.	1 Entwicklung von DAX und Dow Jones	. 138
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 139
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	. 140
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 144

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. April 2011	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Mai 2011
		in M	io.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere ¹	44 000	0	0	44 000
Anleihen ²	635 736	5 000	0	640 736
Bundes obligationen	192 000	6 000	0	198 000
Bundesschatzbriefe ³	8 508	44	50	8 503
Bundesschatzanweisungen	140 000	7 000	0	147 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	81714	6 949	10960	77 704
Finanzierungsschätze ⁴	563	33	33	563
Tagesanleihe	1 833	41	48	1 826
Schuldscheindarlehen	12 370	0	0	12370
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	633	0	0	633
Kreditmarktmittel insgesamt	1 117 409			1 131 385

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. April 2011			31. Mai 2011
		in M	io.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	236 083			232 210
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	357 793			364702
langfristig (mehr als 4 Jahre)	523 533			534474
Kreditmarktmittel insgesamt	1 117 409			1 131 385

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹5- und 10-jährige ILB.

 $^{^2}$ 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

³Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. Juni 2011	Belegung am 30. Juni 2010	
		am 30. Juni 2011 am 30. Juni in Mrd. € 5.0 115,9 0.0 37,7 ,72 2,7 0,7 0,0 5.0 110,4 2,0 55,9 ,18 1,0		
Ausfuhren	135,0	115,9	108,4	
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	37,7	33,1	
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,7	2,0	
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5	
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	110,4	106,3	
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	50,6	
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0	
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0	
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4	
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	9,2	-	

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015			
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung				
		Mrd.€							
1. Ausgaben	303,7	305,8	306,0	311,5	309,9	315,0			
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	+0,7	+0,1	+1,8	- 0,5	+1,6			
2. Einnahmen ¹	259,3	257,0	278,4	286,3	290,9	300,0			
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	-0,9	+8,3	+2,8	+1,6	+3,1			
darunter:									
Steuereinnahmen	226,2	229,2	247,4	256,4	265,8	275,7			
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,7	+1,3	+7,9	+3,6	+3,7	+3,7			
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-48,8	-27,6	-25,3	-19,1	-15,1			
in % der Ausgaben	14,6	16,0	9,0	8,1	6,1	4,8			
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos									
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	317,9	270,0	284,6	273,2	279,2			
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	-3,7	-1,6	-0,0	-1,2	-1,2			
6. Tilgungen (+)	239,2	273,1	244,4	259,7	255,7	265,6			
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-48,4	-27,2	-24,9	-18,7	-14,7			
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4			
Nachrichtlich:									
Investive Ausgaben	26,1	32,3	26,4	29,7	29,5	29,3			
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 3,8	+24,0	-18,4	+12,4	-0,6	-0,7			
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5			

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2011.

 $^{^1\}mbox{Gem.\,BHO}\ \S\,13\ \mbox{Absatz}\ 4.2\ \mbox{ohne}\ \mbox{M\"unzeinnahmen}.$

 $^{^{\}rm 2}$ nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 799	27 366	27 086	26 894	26 729
Aktivitätsbezüge	21 117	20 749	20218	19861	19614	19 387
Ziviler Bereich	9 443	9 248	10337	10 339	10357	10 349
Militärischer Bereich	11 674	11 501	9881	9 522	9 258	9 038
Versorgung	7 079	7 050	7 1 4 7	7 226	7 280	7 3 4 2
Ziviler Bereich	2 459	2 443	2 483	2 506	2 5 4 0	2 583
Militärischer Bereich	4 620	4 606	4 665	4720	4740	4 758
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	23 602	23 506	23 424	23 030
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 350	1 280	1 305	1 296	1 308
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 429	10 655	10 574	10 435	10 085
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	11 667	11 627	11 693	11 637
Zinsausgaben	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
an andere Bereiche	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
Sonstige	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	35 302	38 350	42 261	45 949	49 000
an Ausland	8	0	0	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	190 029	188 789	188 751	191 577
an Verwaltungen	14114	15 094	17 655	19 178	20 081	20 237
Länder	8 579	9 3 5 4	11 880	13 342	14271	14 442
Gemeinden	17	18	11	10	10	9
Sondervermögen	5518	5 721	5 763	5 825	5 800	5 786
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	180 263	173 662	172 374	169 611	168 670	171 340
Unternehmen	24212	25 056	24943	25 362	25 513	25 853
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	28 159	26731	25 271	23 748	23 569
an Sozialversicherung	120 831	114 657	113 824	112 275	112 903	115 379
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 584	1 645	1 656	1 664	1 663
an Ausland	4216	4 2 0 5	5 229	5 045	4 8 4 0	4875
an Sonstige	3	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	274 234	279 388	281 684	285 060	290 377

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 499	7 487	7 280	7 208	7 154
Baumaßnahmen	6 242	6014	6017	5 704	5 621	5 683
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	891	943	900	873
Grunderwerb	503	576	578	634	687	598
Vermögensübertragungen	15 350	14 975	15 119	15 103	14 975	14 903
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14581	14 652	14 602	14 474	14 407
an Verwaltungen	5 209	5 092	4 9 6 3	4 8 6 5	4716	4 620
Länder	5 142	5 031	4887	4 772	4624	4 5 4 1
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	59	74	90	90	78
Sondervermögen	0	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 735	9 489	9 689	9 738	9 757	9 787
Sonstige - Inland	6 599	6 179	6 3 3 3	6369	6 460	6 557
Ausland	3 136	3 3 1 0	3 356	3 3 6 9	3 297	3 230
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	467	501	501	496
an andere Bereiche	406	394	467	501	501	496
Sonstige - Inland	137	157	145	144	141	136
Ausland	269	237	322	357	360	360
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	10 250	4 254	7 771	7 793	7 698
Darlehensgewährung	2 663	9 444	4253	3 426	3 449	3 353
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 662	9 443	4253	3 425	3 448	3 353
Sozialversicherung	0	5 400	0	0	0	C
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	2 3 6 8	2 3 7 1	2 081	1 960	1744
Ausland	1 587	1 675	1881	1344	1 488	1 609
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	1	4345	4345	4345
Inland	13	1	1	1	1	1
Ausland	797	805	0	4344	4344	4344
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	32 724	26 860	30 154	29 976	29 755
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	32 330	26 393	29 653	29 475	29 259
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-1 158	- 248	- 339	-5 136	-5 132
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	306 000	311 500	309 900	315 000

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 158	49 061	23 242	18 882	-	6 937
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 0 2 1	5818	3 440	1354	-	1 024
2	Auswärtige Angelegenheiten	9210	4706	508	176	-	4 022
3	Verteidigung	31 542	31 264	14 546	15718	-	1 001
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 695	3 333	2 105	995	-	232
5	Rechtsschutz	354	339	248	74	-	16
6	Finanzverwaltung	4336	3 600	2 395	565	-	641
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 501	14 256	478	891	-	12 887
13	Hochschulen	4032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 3 5 8	2 3 5 8	-	-	-	2 3 5 8
15	Sonstiges Bildungswesen	595	518	9	65	-	444
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 825	7 807	458	812	-	6 5 3 7
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	691	537	1	6	-	531
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 973	154 035	228	389	-	153 418
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 138	109 138	52	-	-	109 086
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	7 973	7 973	-	3	-	7 9 7 0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 526	2 201	-	32	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 374	33 257	48	103	-	33 105
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 683	1 187	127	250	-	809
3	Gesundheit und Sport	1 516	883	277	307	-	299
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	451	368	147	173	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	451	368	147	173	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	80	72	-	72
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	524	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 064	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1387	801	_	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	664	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	178	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-		-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	259	215	29	107	_	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

From Live	A	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	888	2 677	2 533	6 097	6 065
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	202	2	-	203	203
2	Auswärtige Angelegenheiten	115	2 508	1 881	4 504	4503
3	Verteidigung	210	67	-	278	246
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	263	99	-	362	362
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	83	1	651	735	735
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 112	-	3 245	3 245
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 888	-	2 019	2 019
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	154	-	154	154
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	929	1	939	504
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	$Familien-, Sozial hilfe, F\"{o}rderung\ der\ Wohlfahrtspflege\ u.\"{A}.$	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	117	5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	492	-	496	496
3	Gesundheit und Sport	420	213	-	633	633
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	342	6	-	348	348
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 242	4	1 246	1 246
41	Wohnungswesen	-	583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		12	-	12	12
44	Städtebauförderung		647	-	647	647
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen			-		
533	Gasölverbilligung		_	-	_	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	_	_	_	_	_
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42		44	44

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 913	2 445	60	501	-	1 885
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	750	587	-	383	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	411	379	-	379	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 555	1 537	-	0	-	1 537
64	Handel	62	62	-	9	-	53
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	595	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 950	250	60	101	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 847	4 135	1 047	1 977	-	1 112
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 736	854	510	304	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	199	197	47	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 115	2 041	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 147	12 076	-	6	-	12 069
81	Wirtschaftsunternehmen	10908	6836	-	6	-	6 8 3 0
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 892	6 760	-	2	-	6 759
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5 2 3 9	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 923	41 133	2 005	451	38 392	285
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	323	285	-	-	-	285
92	Schulden	38 405	38 405	-	13	38 392	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 194	2 443	2 005	438	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 000	279 388	27 366	23 602	38 392	190 029

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	675	1 691	2 468	2 468
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	586	-	586	586
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 691	1 700	1 700
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 934	1 777	-	7 712	7 712
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	16	-	73	73
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ller Hauptfunktionen	7 487	15 119	4 254	26 860	26 393

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erg	gebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Segenstand der Nachweibung			Is	st-Ergebnisse	!			Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,8	306,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,7	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,0	278,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	- 0,9	8,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,8	- 27,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 48,4	- 27,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	-0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,4	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,8	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,4	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,1	8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,8	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,3	38
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,8	8
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,6	12
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	57,5	
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,3	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	- 7,2	11,5	-3,8	24,0	- 18
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,6	8
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	34,8	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,2	247
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	1,3	7
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,9	80
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,2	88
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	40,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 27
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,8	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149,7	103
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	59,0	60,2	103,7	60,3	38,5	67,1	124,4	
öffentl. Gesamthaushalts ³	,,,		,-				- '		
nachrichtlich: Schuldenstand ³	14:40	1 400 0	1 5 4 5 4	1 550 4	1 577 0	1.604.4	20207	3000	
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1577,9	1 694,4	2 0 2 6, 7	2068	
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1311,0	1335 1/2	

 $^{^{\}rm 1}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

³ Stand Stabilitätsrat Juli 2011; 2011 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010				
				in Mrd. €							
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹											
Ausgaben	614,7	627,0	638,1	649,2	679,7	729,0	735,9				
Einnahmen	549,2	574,5	597,6	648,4	669,3	634,9	653,1				
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-91,7	-80,5				
darunter:											
Bund ²											
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7				
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3				
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3				
Länder ³											
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7				
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9				
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8				
Gemeinden ⁴											
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	177,2	182,2				
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,0	174,5				
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,2	-7,7				
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %									
Öffentlicher Gesamthaushalt											
Ausgaben	-0,8	2,0	1,8	1,7	4,7	7,3	1,0				
Einnahmen	-0,5	4,6	4,0	8,5	3,2	-5,1	2,9				
darunter:											
Bund											
Ausgaben	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9				
Einnahmen	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6				
Länder											
Ausgaben	-1,0	1,1	0,0	2,1	4,4	3,2	0,2				
Einnahmen	1,9	1,6	5,4	9,2	1,1	-6,2	2,7				
Gemeinden											
Ausgaben	0,1	2,0	2,8	2,6	4,0	5,4	2,8				
Einnahmen	3,3	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,6	2,6				

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,4	-3,8	-3,2
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-10,9
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,0	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,8	28,0	27,4	26,7	27,4	30,4	29,5
darunter:							
Bund	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2	12,2
Länder	11,6	11,6	11,2	10,9	11,2	11,9	11,5
Gemeinden	6,8	6,8	6,8	6,6	6,8	7,4	7,3

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juni 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2007 Rechnungsergebnisse; 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

 $^{^4}$ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 und 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inconne		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bunc	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	insgesamt		dav	von	
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011 ²	555,0	267,9	287,1	48,3	51,7
2012 ²	584,6	291,7	292,9	49,9	50,1
2013 ²	608,7	311,5	297,2	51,2	48,8
2014 ²	630,5	327,8	302,8	52,0	48,0
2015 ²	652,3	344,1	308,2	52,7	47,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2011.

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik ³
Jahr	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		in Relation zu		
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	33
1970	23,0	34,8	21,8	32
1975	22,8	38,1	22,5	36
1976	23,7	39,5	22,9	38
1977	24,6	40,4	24,0	39
1978	24,2	39,9	24,0	38
1979	23,9	39,6	23,8	38
1980	23,8	39,6	23,7	38
1981	22,8	39,1	22,9	38
1982	22,5	39,1	22,5	38
1983	22,5	38,7	22,6	37
1984	22,6	38,9	22,5	37
1985	22,8	39,1	22,7	38
1986	22,3	38,6	22,3	37
1987	22,5	39,0	22,5	38
1988	22,2	38,6	22,2	37
1989	22,7	38,8	22,8	37
1990	21,6	37,3	22,2	37
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,1	37
2005	22,0	39,7	20,2	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,1	22,1	37
2008	23,8	40,2	22,6	38
2009	23,5	40,6	21,9	37
2010	22,8	39,6	21,3	37

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010. 2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2011.

³ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
lab.		darunter	
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,
1965	37,1	25,4	11,
1970	38,5	26,1	12,
1975	48,8	31,2	17,
1980	46,9	29,6	17,
1981	47,5	29,7	17,
1982	47,5	29,4	18,
1983	46,5	28,8	17,
1984	45,8	28,2	17,
1985	45,2	27,8	17,
1986	44,5	27,4	17,
1987	45,0	27,6	17
1988	44,6	27,0	17
1989	43,1	26,4	16
1990	43,6	27,3	16
1991	46,3	28,2	18
1992	47,2	28,0	19
1993	48,2	28,3	19
1994	47,9	27,8	20
1995	48,1	27,6	20
1996	49,3	27,9	21
1997	48,4	27,1	21
1998	48,0	27,0	21
1999	48,1	26,9	21
2000	47,6	26,5	21
2000 ⁴	45,1	24,0	21
2001	47,6	26,3	21
2002	48,1	26,4	21
2003	48,5	26,5	22
2004	47,1	25,9	21
2005	46,8	26,1	20
2006	45,3	25,4	19
2007	43,6	24,5	19
2008	43,8	24,7	19
2009	47,5	26,6	20
2010 ⁴	46,6	26,3	20

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010.

^{2010:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2011.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹
				Schulden	(Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368	2 026 73
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814	131099
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283	1 034 71
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734	1 022 74
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549	1197
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530	276 27
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	273 47
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	280
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745	595 14
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346	530 55
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009	52407
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 3 3 7	6 47
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 399	6458
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 827	52 98
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571	11 60
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 810	120 59
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 039	117 64
Kreditmarktmittel iwS	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386	77 17
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653	40 46
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 771	295
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724	29
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48	2
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 555	715 74
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 644 000	1 761 000	2 080 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530	276 27
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100		0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 498	1730
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540	28 55
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493	13 99
FMS Wertmanagement	-	_	_	_	_	_	_	216 42

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹	
			,	Anteil an den S	Schulden (in %)				
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2	64,7	
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5	51,1	
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	13,6	
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1	29,4	
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7	6,0	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8	35,3	
		Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7	81,	
Bund	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0	52,5	
Kernhaushalte	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4	41,4	
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	11,	
Länder	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0	23,8	
Gemeinden	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,7	4,8	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,7	28,	
Maastricht-Schuldenstand	63,9	65,8	68,0	67,6	64,9	66,3	73,5	83,	
				Schulden in:	sgesamt (€)				
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	24 792	
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 326,5	2 432,4	2 481,2	2 397,1	2 498,	
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	81 750 71	

¹Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2 \, \}text{Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zzgl.} \, \text{Kassenkredite}$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr		Abgrenzung der Finanzstatistik						
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat Gebiets- körperschaften		Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt³	
		in Mrd. €		ir	1%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-87,3	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,6	-82,2	-1,3	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	2,8	-6,0	8,8	0,1	-0,2	0,4	-10,4	-0,4
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-91,7	-3,8
2010 ⁴	-82,0	-86,9	4,8	-3,3	-3,5	0,0	-80,5	-3,2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010.

^{2010:} Vorläufiges Jahresergebnis; Stand: Mai 2011.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2008\,Rechnungsergebniss, 2009\,bis\,2010\,Kassenergebnisse.$

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-0,3	-1,3	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	0,1	-0,6	-2,4	
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,8	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3	
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3	
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3	
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,1	-7,3	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8	
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2	
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1	
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,4	-4,5	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3	
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-0,9	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3	
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,1	-3,5	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5	
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6	
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,5	-0,1	-1,8	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0	
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7	
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,7	-2,0	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5	
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6	
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,7	0,0	0,9	2,0	
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1	
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,5	-4,2	1,6	-3,3	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0	
EU	-	-	-	5,2	-0,4	-2,5	-0,9	-2,4	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,2	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6	

 $^{^{1}\,\}mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitglied}\mathrm{staaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

Stand: Mai 2011.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,5	83,2	82,4	81,1	
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	96,8	97,0	97,5	
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	6,6	6,1	6,9	
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,4	110,7	127,1	142,8	157,7	166,1	
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,3	60,1	68,1	71,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,9	67,7	78,3	81,7	84,7	86,8	
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,4	65,6	96,2	112,0	117,9	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,9	103,6	106,3	116,1	119,0	120,3	119,8	
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	60,8	62,3	64,3	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,6	18,4	17,2	19,0	
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,6	62,0	61,5	67,6	68,0	68,0	67,9	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	62,7	63,9	64,0	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	60,7	63,8	69,6	72,3	73,8	75,4	
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	68,3	71,6	83,0	93,0	101,7	107,4	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	41,0	44,8	46,8	
Slowenien	-	-	-	18,7	26,4	26,7	23,1	21,9	35,2	38,0	42,8	46,0	
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	48,4	50,6	52,2	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,1	70,0	66,2	69,9	79,3	85,4	87,7	88,5	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,6	16,2	18,0	18,6	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,5	34,5	41,8	43,6	45,3	47,1	
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	44,7	48,2	49,4	
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	38,2	40,7	43,6	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,0	55,4	55,1	
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	12,6	13,4	23,6	30,8	33,7	34,8	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	40,2	38,8	42,8	39,8	36,5	33,4	
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	38,5	41,3	42,9	
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	80,2	75,2	72,7	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	54,4	69,6	80,0	84,2	87,9	
EU	-	-	-	69,7	61,8	62,8	59,0	62,3	74,4	80,2	82,3	83,3	
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	195,0	217,6	223,1	236,1	242,1	
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92,0	98,3	102,4	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011; für USA und Japan alle Jahre. Stand: Mai 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond	Steuern in % des BIP												
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009		
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6		
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2		
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3		
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5		
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4		
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3		
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7		
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3			
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1		
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6			
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2		
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9		
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9			
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7			
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1		
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2		
Slowakei	-	-	-	-		20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7		
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6		
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5		
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5		
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5		

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuerr	und Sozialat	ogaben in % d	es BIP			
Lanu	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1	
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8
Polen		-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3	
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2	
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3
Slowakei		-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,7	45,6	44,5
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,6	48,4	50,1	54,1	53,1	52,9	53,0
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	42,5	42,0	41,4
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	55,8	55,8	54,9	55,0
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,8	56,0	56,5	56,1	55,8
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,2	49,1	53,2	49,8	49,3	49,2
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,8	42,7	48,9	67,5	45,2	43,8
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	51,0	50,0	49,4
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	42,9	42,7	42,7
Malta	-	-	39,7	41,0	44,8	43,8	42,4	44,8	43,9	44,6	44,1	44,3
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,7	50,7	49,5
Österreich	53,5	51,5	56,2	52,0	50,1	49,3	48,3	48,7	52,3	52,7	52,3	52,1
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	43,7	43,5	48,1	49,3	46,8	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,2	44,5	42,4	44,1	49,0	49,7	49,0	48,3
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,7	43,4	42,9
Zypern	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,5	45,8	46,1	46,1	46,2
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	45,9	46,9	50,8	50,8	49,4	48,7
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,6	38,0	37,1	36,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	57,9	56,9	56,1
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,7	38,8	43,9	42,7	41,7	39,7
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	43,6	42,7	41,5	41,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,4	46,2	45,5	44,6
Rumänien	-	-	36,5	38,6	33,6	35,5	36,2	38,2	41,0	40,2	37,2	36,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,5	54,6	52,9	51,6	50,5
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	40,0	38,0	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,8	44,9	44,1
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,5	48,9	47,4	46,9
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,7	51,1	49,5	47,9
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,6	49,2	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,2	41,2	40,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,1	40,2	40,4	40,7	41,4

 $^{^{1}1985\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Stand: November 2010.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 ¹			EU-Haus	shalt 2011 ²	
	Verpflicht	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differer	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	-3,0	- 839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

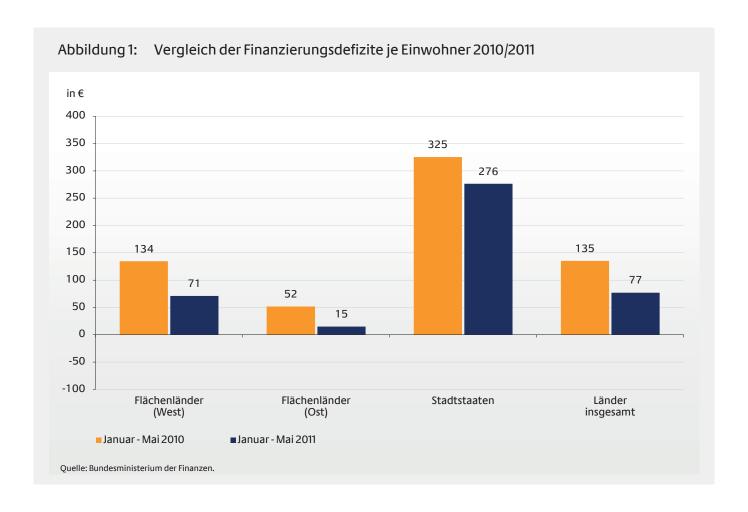
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenlän	der (West)	Flächenlä	nder (Ost)	Stadtst	taaten	Länder zus	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	186 872	79 932	49 619	20 239	31 812	13 813	262 523	111 646
darunter:								
Steuereinnahmen	142 571	60 959	25 619	11 116	19 557	8 8 1 9	187747	80 895
Übrige Einnahmen	44 302	18 973	24 000	9 122	12 255	4994	74776	30 751
Bereinigte Ausgaben	203 907	84 404	51 641	20 432	37 218	15 442	286 985	117 940
darunter:								
Personalausgaben	81 461	35 048	12 385	5 179	10726	4875	104572	45 103
Lfd. Sachaufwand	13 391	5 196	3 771	1 456	7 833	3 503	24995	10 155
Zinsausgaben	13 737	7 237	3 134	1 395	4 0 6 9	1914	20940	10 546
Sachinvestitionen	4064	1 192	1 708	456	820	250	6 5 9 1	1 899
Zahlungen an Verwaltungen	54329	20 597	15 717	7366	917	305	65 183	25 931
Übrige Ausgaben	36924	15 134	14926	4580	12 854	4594	64703	24 308
Finanzierungssaldo	-17 035	-4 472	-2 021	- 194	-5 396	-1 629	-24 452	-6 295

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2011

						in Mio. €				
			Mai 2010			April 2011	Mai 2011			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder ¹	Insgesamt ¹	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ² für das laufende Haushaltsiahr	94 005	102 637	190 394	80 147	87 414	161 685	102 355	111 646	206 83
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	91 828	97 260	189 087	78 602	81 272	159875	100 700	104 649	205 34
111	Steuereinnahmen	82 909	74 791	157 700	71 856	63 424	135 281	91 898	80 895	172 79
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 040	17 865	18 905	843	13 747	14590	1 058	18 431	19 48
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	605	605	-	609	609	-	609	60
1122	Länderfinanzausgleich ²	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 177	5 3 7 7	7 555	1 545	6 142	7 687	1 655	6 9 9 7	8 65
121	Veräußerungserlöse	1 100	140	1 240	768	231	998	799	270	1 06
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	826	56	882	663	74	738	663	76	73
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	245	3 686	3 931	301	4 250	4550	303	4776	5 07
_	Bereinigte Ausgaben ²	400.040	445.604		440.440		400 505	100 100	447.040	
2	für das laufende Haushaltsjahr	129 243	113 686	236 682	109 028	96 433	199 585	129 439	117 940	240 21
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	121 071	104 433	225 504	102 562	88 646	191 208	121 512	108 039	229 55
211	Personalausgaben	12 340	43 983	56 323	10 051	36 415	46 466	12 384	45 103	57 48
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 454	12 479	15 933	2 854	10 403	13 257	3 497	12 901	1639
212	Laufender Sachaufwand	7 180	9 588	16 768	5 499	7 968	13 467	6 871	10 155	17 02
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 295	6336	9 631	2 630	5 221	7 851	3 440	6 623	10 06
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	15 008	10516	25 524	16818	9 339	26 157	16 545	10 546	27 09
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 308	20 235	25 543	4 655	18 815	23 470	6 033	22 161	28 19
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ²	-	- 345	- 345	-	12	12	-	127	12
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7	19 172	19 179	5	17 535	17 540	6	20 481	20 48
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	8 172	9 253	17 425	6 465	7 787	14 252	7 927	9 901	17 82
221	Sachinvestitionen	1 752	1 742	3 494	1 091	1 354	2 445	1 699	1 899	3 59
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 735	3 332	5 067	1 674	3 132	4806	1 800	3 770	5 57
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	7 998	9 0 2 4	17 022	6326	7 515	13 841	7 778	9 624	17 40

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2011

					i	n Mio. €					
			Mai 2010		,	April 2011		Mai 2011			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder ¹	Insgesamt ¹	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 35 209 ³	-11 049	-46 258	-28 849 ³	-9 018	-37 867	-27 051 ³	-6 295	-33 34	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	129 064	29 537	158 601	101 418	29 642	131 060	141 376	31 520	172 89	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	86 193	37 284	123 477	92 874	38 097	130 971	105 119	37 416	142 53	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	42 871	-7 747	35 123	8 544 ¹	-8 454	90 ¹	36 257	-5 896	30 36	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-26 853	6 803	-20 050	-6815	8 127	1312	-27 581	3 516	-24 06	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 279	14279	-	15 021	15 021	-	16 164	16 16	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	26 854	-8 761	18 093	6816 ¹	-9 008	-2 192 ¹	27 581	-4052	23 52	

¹Aufgrund von Korrekturmeldungen veränderte Werte ggü. Vormeldungen.

² In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^3\,}Einschließlich\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	14 208	17 959 a	3 937	7 896	2 500	9 267	21 044	5 000	1 360
11	Einnahmen der laufenden Rechung	13 553	17 189	3 544	7 538	2 235	8 782	20 060	4772	1 335
111	Steuereinnahmen	10 471	13 936	2381	6 205	1 290	6 5 9 0	16 535	3 625	93
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 157	1 715	941	925	773	1 175	2 528	832	34
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	37	-	36	10	44	21	!
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	80	-	128	114	111	65	29
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	655	770 a	392	358	265	485	984	229	2!
121	Veräußerungserlöse	0	1	10	10	4	66	5	0	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	65	-	-	:
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	506	562	140	341	140	372	729	135	1
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 025	16 966 b	3 952	9 047	2 782	9 954	21 962	6 270	1 58
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	13 759	15 509 b	3 546	8 279	2 444	9 381	19 965	5 658	1 49
211	Personalausgaben	6 769	7 9 0 8	1 006	3 221	675	3 920 ²	8 524 ²	2 491	63
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 092	2316	74	1 055	41	1 239	2 873	756	23
212	Laufender Sachaufwand	717	1 188	215	630	170	712	1 266	410	7
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	640	976	177	497	148	568	963	350	6
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 265	697 b	318	1016	163	811	2 175	564	28
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 741	3 9 1 2	1 342	2 107	876	2316	4330	1 398	18
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	743	1 299	-	757	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1984	2 589	1 134	1 336	734	2315	4285	1 380	16
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 266	1 457	406	768	338	574	1 997	612	8
221	Sachinvestitionen	272	464	23	215	108	68	79	41	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	590	568	171	361	121	162	948	204	2
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 220	1 402	405	744	338	574	1914	592	8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 817	994 °	- 15	-1 151	- 282	- 687	- 918	-1 269	- 224
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 0 5 9	2219	622	2 237	584	1 743	4110	4973	283
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	4833	2 541	2 166	3 465	590	1 823	8 913	5 3 4 6	334
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-774	-322	-1 543	-1 229	- 6	-80	-4802	-373	- 51
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	640	172	-	-	-	307	110
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 067	4 2 4 3	23	1 256	891	2 400	873	2	361
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 142	-	-1 100	-1 123	- 12	1 2 1 5	842	-306	82

 $^{^1 \}operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

² Ohne Juni-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. \in , b 226,4 Mio. \in , c -214,3 Mio. \in , d 50,0 Mio. \in .

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2011

					in Mi	10.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammer
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
l	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 853	3 487	3 529	3 461	8 099	1 413	4 319	111 64
1	Einnahmen der laufenden Rechung	5 438	3 259	3 332	3 081	7 696	1 372	4 152	10464
111	Steuereinnahmen	3 5 1 7	1 984	2 661	1 945	4 505	920	3 394	80 89
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 566	1 069	427	927	2 403	314	335	18 43
121	darunter: Allgemeine BEZ	79	48	3	43	242	39	-	60
122	Länderfinanzausgleich ¹	231	517	13	167	1 077	156	-	
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 416	228	198	380	403	41	168	6 9 9
121	Veräußerungserlöse	2	4	2	7	84	1	70	27
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0		2	1	-	7
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 125	141	116	151	180	37	85	477
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 946	3 955	3 929	3 798	9 138	1 905	4 417	117 94
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	5 3 6 1	3 599	3 684	3 462	8 700	1 768	4119	108 03
211	Personalausgaben	1 575	969	1 585	955	2 948	586	1 341	45 10
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	84	69	547	60	772	197	488	1290
212	Laufender Sachaufwand	375	422	198	274	1 971	307	1 225	10 15
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	285	151	165	165	887	140	441	6 62
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	165	393	426	357	1 176	293	445	10 54
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 117	1 071	981	1 266	111	57	43	22 16
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-		-		-	-	19	12
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 672	852	924	1 098	3	2	4	20 48
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	585	356	246	336	438	137	298	9 90
221	Sachinvestitionen	191	62	51	73	93	19	139	1 89
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	149	139	110	114	45	43	26	3 77
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	586	356	245	335	408	137	287	9 62

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	908	- 468	- 400	- 337	-1 039	- 492	- 98	-6 295
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	455	2 476	1816	1 398	4111	581	- 146	31 520
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	696	-1 683	2 096	785	4390	1 124	-	37 416
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 241	4160	- 279	613	- 279	- 543	- 146	-5 896
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	868	-	-	781	549	90	3 5 1 6
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 052	89	-	-	398	372	2 137	16 164
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 887	-1 616	288	- 773	- 569	49	-4 052

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Juni-Bezüge.

³BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 226,4 Mio. €, c -214,3 Mio. €, d 50,0 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	1
	aa		Erwerbsquote ² Erwerbslose		Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	Veränderung in % p.a.		in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2010	40,5	0,5	53,0	2,9	6,8	3,6	3,1	1,0	17,9
2005/00	39,0	-0,2	51,8	3,8	8,8	0,6	0,8	1,3	18,8
2010/05	39,8	0,8	52,7	3,6	8,4	1,1	0,3	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	+7,3	+5,0	+3,2	+4,1	+4,1	+5,1	+6,3
1993	+2,9	+3,7	+2,0	+3,2	+3,4	+4,4	+3,8
1994	+5,1	+2,4	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,2
1995	+3,8	+1,9	+1,5	+1,5	+1,3	+1,7	+2,1
1996	+1,5	+0,5	-0,7	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-2,2	+0,9	+1,4	+1,9	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,6	+0,1	+0,5	+0,9	+0,1
1999	+2,4	+0,3	+0,5	+0,2	+0,3	+0,6	+0,5
2000	+2,5	-0,7	-4,8	+0,9	+0,9	+1,5	+0,7
2001	+2,5	+1,2	-0,1	+1,3	+1,7	+2,0	+0,6
2002	+1,4	+1,4	+2,1	+0,8	+1,1	+1,4	+0,6
2003	+1,0	+1,2	+1,0	+1,0	+1,5	+1,0	+0,8
2004	+2,2	+1,0	-0,3	+1,1	+1,4	+1,7	-0,5
2005	+1,4	+0,6	-1,4	+1,2	+1,4	+1,6	-0,8
2006	+3,8	+0,4	-1,4	+0,9	+1,1	+1,6	-1,7
2007	+4,6	+1,8	+0,5	+1,7	+1,9	+2,3	-0,2
2008	+2,0	+1,0	-1,2	+1,6	+1,8	+2,6	+2,4
2009	-3,4	+1,4	+4,0	+0,0	-0,0	+0,4	+5,7
2010	+4,2	+0,6	-2,2	+1,4	+1,9	+1,1	-1,3
2005/00	+1,7	+1,1	+0,2	+1,1	+1,4	+1,5	+0,1
2010/05	+2,2	+1,0	-0,1	+1,1	+1,3	+1,6	+0,9

 $^{^{1}} Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0
2010	17,7	18,6	131,7	130,2	46,1	40,8	5,3	5,2
2005/00	6,0	3,3	77,5	47,7	36,5	33,0	3,6	2,1
2010/05	4,6	4,9	139,1	145,6	44,6	38,8	5,8	6,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	Veränderung in % p.a. in %		1%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3
2010	6,2	14,1	2,6	66,1	67,4	2,3	1,8
2005/00	2,1	5,9	0,5	70,2	71,3	1,1	0,1
2010/05	2,4	2,7	2,2	65,9	67,4	1,4	-0,2

 $^{^1}$ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^{2}\,\}mathrm{Korrigiert}\,\mathrm{um}\,\mathrm{die}\,\mathrm{Ver}$ änderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung.

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 14.04.2011.

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12.

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar unter der Internetseite: http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/ outgaps/library. Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434".
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die zwölfte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre

- verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen zum Stand der Frühjahrsprojektion 2011 der Bundesregierung. Die Jahre 2011 und 2012 basieren auf der Kurzfristprojektion, die Jahre 2013 bis 2015 auf der Mittelfristprojektion und Potenzialschätzung der Bundesregierung.
- 5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d.h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wider. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (beziehungsweise Output Gaps). Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Außer als Berechnungsgrundlage in der neuen Schuldenregel sind Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken auch notwendig,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführt werden. Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell

schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt. Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind in dem Monatsbericht Februar 2011 Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http:// www.bundesfinanzministerium. de/nn 123210/DE/BMF Startseite/ Aktuelles/Monatsbericht des BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03konjunkturkomponente-des-bundes/node.

html? nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ²
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2010	2 548,4	2 498,8	-49,6	0,248	-12,3
2011	2 610,9	2 587,0	-23,9	0,160	-3,8
2012	2 694,6	2 677,1	-17,4	0,160	-2,8
2013	2 771,4	2 757,6	-13,9	0,160	-2,2
2014	2 848,5	2 840,4	-8,1	0,160	-1,3
2015	2 925,8	2 925,8	0,0	0,160	0,0

¹ Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

² Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisbere	einigt	nom	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1982	1 355,9	+2,0	948,9	+6,7	-23,6	-1,7	-16,5		
1983	1 383,7	+2,0	995,5	+4,9	-30,4	-2,2	-21,8		
1984	1 411,6	+2,0	1 035,8	+4,0	-20,1	-1,4	-14,7		
1985	1 438,7	+1,9	1 078,1	+4,1	-14,8	-1,0	-11,1		
1986	1 468,9	+2,1	1 133,7	+5,2	-12,4	-0,8	-9,6		
1987	1 501,0	+2,2	1 173,3	+3,5	-24,0	-1,6	-18,8		
1988	1 539,1	+2,5	1 223,5	+4,3	-7,4	-0,5	-5,9		
1989	1 584,5	+2,9	1 295,8	+5,9	6,8	0,4	5,6		
1990	1 642,7	+3,7	1 389,0	+7,2	32,3	2,0	27,3		
1991	1 695,5	+3,2	1 477,9	+6,4	65,1	3,8	56,7	3,8	
1992	1 746,1	+3,0	1 597,5	+8,1	53,7	3,1	49,1	3,1	
1993	1 790,2	+2,5	1 699,0	+6,4	-4,9	-0,3	-4,7	-0,3	
1994	1 826,9	+2,1	1 775,1	+4,5	5,8	0,3	5,6	0,3	
1995	1 861,5	+1,9	1 842,6	+3,8	5,9	0,3	5,8	0,3	
1996	1 894,7	+1,8	1 884,9	+2,3	-8,8	-0,5	-8,7	-0,5	
1997	1 926,9	+1,7	1 922,4	+2,0	-6,9	-0,4	-6,9	-0,4	
1998	1 959,1	+1,7	1 965,5	+2,2	-0,1	0,0	-0,1	0,0	
1999	1 992,6	+1,7	2 006,2	+2,1	5,8	0,3	5,8	0,3	
2000	2 026,9	+1,7	2 026,9	+1,0	35,6	1,8	35,6	1,8	
2001	2 060,6	+1,7	2 085,4	+2,9	27,5	1,3	27,8	1,3	
2002	2 091,3	+1,5	2 146,5	+2,9	-3,2	-0,2	-3,3	-0,2	
2003	2 118,4	+1,3	2 200,0	+2,5	-34,9	-1,6	-36,2	-1,6	
2004	2 143,3	+1,2	2 247,2	+2,1	-34,6	-1,6	-36,3	-1,6	
2005	2 166,1	+1,1	2 286,0	+1,7	-41,5	-1,9	-43,8	-1,9	
2006	2 190,4	+1,1	2 320,5	+1,5	5,7	0,3	6,0	0,3	
2007	2 218,4	+1,3	2 393,5	+3,1	36,1	1,6	38,9	1,6	
2008	2 248,0	+1,3	2 449,8	+2,4	28,8	1,3	31,4	1,3	
2009	2 267,8	+0,9	2 505,9	+2,3	-98,4	-4,3	-108,8	-4,3	
2010	2 292,8	+1,1	2 548,4	+1,7	-44,6	-1,9	-49,6	-1,9	
2011	2 327,1	+1,5	2 610,9	+2,5	-21,3	-0,9	-23,9	-0,9	
2012	2 362,8	+1,5	2 694,6	+3,2	-15,3	-0,6	-17,4	-0,6	
2013	2 397,6	+1,5	2 771,4	+2,9	-12,0	-0,5	-13,9	-0,5	
2014	2 431,1	+1,4	2 848,5	+2,8	-6,9	-0,3	-8,1	-0,3	
2015	2 463,5	+1,3	2 925,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,0	1,3	0,1	0,6
1983	+2,0	1,4	0,0	0,6
1984	+2,0	1,5	-0,1	0,6
1985	+1,9	1,6	-0,2	0,6
1986	+2,1	1,6	-0,1	0,6
1987	+2,2	1,7	-0,1	0,6
1988	+2,5	1,8	0,1	0,6
1989	+2,9	1,9	0,3	0,7
1990	+3,7	2,0	0,8	0,8
1991	+3,2	2,0	0,3	0,9
1992	+3,0	1,9	0,0	1,1
1993	+2,5	1,7	-0,1	0,9
1994	+2,1	1,6	-0,4	0,8
1995	+1,9	1,4	-0,3	0,8
1996	+1,8	1,3	-0,3	0,7
1997	+1,7	1,3	-0,3	0,7
1998	+1,7	1,2	-0,2	0,7
1999	+1,7	1,3	-0,2	0,7
2000	+1,7	1,3	-0,3	0,7
2001	+1,7	1,2	-0,2	0,6
2002	+1,5	1,1	-0,1	0,4
2003	+1,3	1,0	0,0	0,3
2004	+1,2	0,9	0,0	0,3
2005	+1,1	0,8	0,0	0,3
2006	+1,1	0,7	0,0	0,4
2007	+1,3	0,6	0,2	0,5
2008	+1,3	0,5	0,3	0,6
2009	+0,9	0,3	0,1	0,5
2010	+1,1	0,5	0,3	0,4
2011	+1,5	0,5	0,5	0,5
2012	+1,5	0,6	0,4	0,5
2013	+1,5	0,7	0,2	0,5
2014	+1,4	0,8	0,0	0,5
2015	+1,3	0,9	-0,1	0,6

 $^{^1} Abweichungen des ausgewiesenen Potenzial wachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt. \\$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr
1982	1 332,4	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 353,3	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 391,5	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 423,9	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 456,5	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 476,9	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 531,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 591,4	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 675,0	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 760,6	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 799,7	+2,2	1 646,6	+7,3
1993	1 785,3	-0,8	1 694,4	+2,9
1994	1 832,7	+2,7	1 780,8	+5,1
1995	1 867,4	+1,9	1 848,5	+3,8
1996	1 886,0	+1,0	1 876,2	+1,5
1997	1 920,0	+1,8	1 915,6	+2,1
1998	1 959,0	+2,0	1 965,4	+2,6
1999	1 998,4	+2,0	2 012,0	+2,4
2000	2 062,5	+3,2	2 062,5	+2,5
2001	2 088,1	+1,2	2 113,2	+2,5
2002	2 088,1	+0,0	2 143,2	+1,4
2003	2 083,5	-0,2	2 163,8	+1,0
2004	2 108,7	+1,2	2 210,9	+2,2
2005	2 124,6	+0,8	2 242,2	+1,4
2006	2 196,2	+3,4	2 3 2 6, 5	+3,8
2007	2 254,5	+2,7	2 432,4	+4,6
2008	2 276,8	+1,0	2 481,2	+2,0
2009	2 169,3	-4,7	2 397,1	-3,4
2010	2 248,1	+3,6	2 498,8	+4,2
2011	2 305,8	+2,6	2 587,0	+3,5
2012	2 347,5	+1,8	2 677,1	+3,5
2013	2 385,6	+1,6	2 757,6	+3,0
2014	2 424,2	+1,6	2 840,4	+3,0
2015	2 463,5	+1,6	2 925,8	+3,0

 $^{^{1}} Verkettete \ Volumen ang aben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ veröffentlichten \ Indexwerte \ (2000=100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten	Erwerbstätige, Inland	
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
982	52 069	+1,3	68,6	68,6	33 655	-0,8
1983	52 587	+1,0	68,9	68,3	33 348	-0,9
1984	52 916	+0,6	69,3	68,7	33 636	+0,9
1985	53 021	+0,2	69,9	69,7	34108	+1,4
1986	53 093	+0,1	70,6	70,6	34 763	+1,9
1987	53 128	+0,1	71,3	71,4	35 248	+1,4
1988	53 294	+0,3	71,9	72,2	35 750	+1,4
1989	53 664	+0,7	72,5	72,6	36 421	+1,9
1990	54518	+1,6	72,9	73,2	37 568	+3,2
1991	55 023	+0,9	73,2	74,1	38 621	+2,8
1992	55 349	+0,6	73,3	73,3	38 059	-1,5
1993	55 613	+0,5	73,4	73,0	37 555	-1,3
1994	55 686	+0,1	73,4	73,3	37516	-0,1
1995	55 775	+0,2	73,5	73,2	37 601	+0,2
1996	55 907	+0,2	73,6	73,3	37 498	-0,3
1997	55 980	+0,1	73,9	73,7	37 463	-0,1
1998	55 991	+0,0	74,4	74,4	37911	+1,2
1999	55 952	-0,1	74,9	74,8	38 424	+1,4
2000	55 852	-0,2	75,4	75,7	39 144	+1,9
2001	55 772	-0,1	76,0	76,2	39316	+0,4
2002	55 719	-0,1	76,6	76,5	39 096	-0,6
2003	55 596	-0,2	77,2	76,7	38 726	-0,9
2004	55 359	-0,4	77,8	77,7	38 880	+0,4
2005	55 063	-0,5	78,4	78,8	38 835	-0,1
2006	54746	-0,6	79,0	79,1	39 075	+0,6
2007	54 523	-0,4	79,5	79,5	39 724	+1,7
2008	54377	-0,3	79,9	79,8	40 276	+1,4
2009	54 080	-0,5	80,2	80,4	40 271	-0,0
2010	53 861	-0,4	80,5	80,6	40 483	+0,5
2011	53 832	-0,1	80,7	80,7	40 873	+1,0
2012	53 750	-0,2	80,9	80,8	41 113	+0,6
2013	53 603	-0,3	81,1	81,0	41 142	+0,1
2014	53 391	-0,4	81,3	81,2	41 172	+0,1
2015	53 128	-0,5	81,4	81,6	41 201	+0,1
2016	52 838	-0,5	81,6	81,6	41 013	-0,5
2017	52 521	-0,6	81,7	81,7	40 868	-0,4
2018	52 185	-0,6	81,9	81,8	40 700	-0,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	/	Arbeitszeit je Erwerbstät	igen, Arbeitsstunde	n	Arbeitslos	igkeit
Jahr		end		v. prognostiziert	in % der Erwerbspersonen ²	NAIRU ³
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr		
1982	1 707	-0,9	1 706	-0,6	5,8	5,1
1983	1 692	-0,9	1 694	-0,8	7,2	5,5
1984	1 675	-1,0	1 682	-0,7	7,5	5,9
1985	1 658	-1,0	1 659	-1,4	7,7	6,2
1986	1 640	-1,1	1 640	-1,1	7,2	6,4
1987	1 623	-1,1	1 618	-1,3	7,1	6,6
1988	1 606	-1,0	1 613	-0,3	7,1	6,7
1989	1 590	-1,0	1 590	-1,4	6,5	6,8
1990	1 576	-0,9	1 567	-1,4	5,8	6,9
1991	1 565	-0,7	1 548	-1,2	5,3	6,9
1992	1 556	-0,6	1 566	+1,2	6,2	7,1
1993	1 548	-0,5	1 550	-1,0	7,5	7,2
1994	1 540	-0,5	1 547	-0,2	8,1	7,4
1995	1 531	-0,6	1 534	-0,9	7,9	7,5
1996	1 521	-0,7	1518	-1,0	8,5	7,8
1997	1510	-0,7	1 509	-0,6	9,2	8,0
1998	1 498	-0,8	1 503	-0,4	9,0	8,2
1999	1 486	-0,8	1 492	-0,8	8,1	8,3
2000	1 474	-0,8	1 473	-1,3	7,4	8,5
2001	1 462	-0,8	1 458	-1,0	7,5	8,6
2002	1 452	-0,7	1 445	-0,9	8,3	8,7
2003	1 444	-0,6	1 439	-0,4	9,2	8,7
2004	1 438	-0,4	1 442	+0,2	9,7	8,7
2005	1 432	-0,4	1 434	-0,5	10,5	8,6
2006	1 428	-0,3	1 430	-0,3	9,8	8,4
2007	1 424	-0,3	1 430	+0,0	8,3	8,1
2008	1 420	-0,2	1 426	-0,2	7,2	7,7
2009	1 418	-0,2	1 390	-2,5	7,4	7,3
2010	1 418	-0,0	1 419	+2,1	6,7	6,9
2011	1 418	+0,0	1 426	+0,5	5,9	6,4
2012	1 418	-0,0	1 425	-0,1	5,3	5,9
2013	1 416	-0,1	1 419	-0,4	5,2	5,4
2014	1 413	-0,2	1 414	-0,4	5,1	5,0
2015	1 408	-0,3	1 408	-0,4	5,0	4,5
2016	1 403	-0,4	1 402	-0,4	5,0	-1,5
2017	1 397	-0,4	1 395	-0,4		
2018	1 391	-0,4	1 389	-0,4		

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

 $^{^{\}rm 3}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Nettoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abschreibungsquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	4 421,0	+1,8	268,8	-4,6	4,4
1983	4 502,9	+1,9	276,8	+3,0	4,4
1984	4 580,1	+1,7	277,2	+0,1	4,4
1985	4 654,0	+1,6	279,1	+0,7	4,5
1986	4731,6	+1,7	288,0	+3,2	4,5
1987	4810,4	+1,7	294,0	+2,1	4,5
1988	4897,0	+1,8	308,8	+5,0	4,6
1989	4997,6	+2,1	331,2	+7,2	4,7
1990	5 115,0	+2,4	357,7	+8,0	4,8
1991	5 240,6	+2,5	376,7	+5,3	4,9
1992	5 400,6	+3,1	394,2	+4,6	4,5
1993	5 546,9	+2,7	377,1	-4,3	4,3
1994	5 680,0	+2,4	393,3	+4,3	4,7
1995	5 810,7	+2,3	392,5	-0,2	4,6
1996	5 931,5	+2,1	390,5	-0,5	4,6
1997	6 046,4	+1,9	394,4	+1,0	4,7
1998	6 162,6	+1,9	410,0	+4,0	4,9
1999	6 285,2	+2,0	429,5	+4,7	5,0
2000	6 413,5	+2,0	442,4	+3,0	5,0
2001	6 530,4	+1,8	426,3	-3,6	4,8
2002	6 614,7	+1,3	400,4	-6,1	4,8
2003	6 679,8	+1,0	399,2	-0,3	5,0
2004	6 741,6	+0,9	398,0	-0,3	5,0
2005	6 800,2	+0,9	401,4	+0,9	5,1
2006	6 877,1	+1,1	433,4	+8,0	5,2
2007	6 984,0	+1,6	453,7	+4,7	5,0
2008	7 106,8	+1,8	465,2	+2,5	4,9
2009	7 202,2	+1,3	418,2	-10,1	4,5
2010	7 277,7	+1,0	443,4	+6,0	5,1
2011	7 373,4	+1,3	467,6	+5,5	5,1
2012	7 485,3	+1,5	488,7	+4,5	5,1
2013	7 601,1	+1,5	498,3	+1,9	5,1
2014	7 720,7	+1,6	508,0	+1,9	5,1
2015	7 844,0	+1,6	517,9	+1,9	5,1

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,3562	-7,3440
1983	-7,3361	-7,3299
1984	-7,3154	-7,3150
1985	-7,2981	-7,2994
1986	-7,2862	-7,2832
1987	-7,2783	-7,2662
1988	-7,2552	-7,2478
1989	-7,2267	-7,2286
1990	-7,1944	-7,2086
1991	-7,1632	-7,1888
1992	-7,1497	-7,1702
1993	-7,1517	-7,1534
1994	-7,1320	-7,1378
1995	-7,1169	-7,1237
1996	-7,1057	-7,1105
1997	-7,0900	-7,0977
1998	-7,0820	-7,0853
1999	-7,0727	-7,0728
2000	-7,0520	-7,0601
2001	-7,0424	-7,0479
2002	-7,0374	-7,0368
2003	-7,0339	-7,0271
2004	-7,0289	-7,0186
2005	-7,0203	-7,0110
2006	-6,9931	-7,0040
2007	-6,9829	-6,9983
2008	-6,9867	-6,9938
2009	-7,0230	-6,9905
2010	-7,0076	-6,9859
2011	-6,9964	-6,9807
2012	-6,9870	-6,9744
2013	-6,9742	-6,9672
2014	-6,9615	-6,9593
2015	-6,9488	-6,9507

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2000=100	in % ggü. Vorjahr	2000=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	70,0	+4,6	72,2	+5,0	540,1	+3,1
1983	71,9	+2,8	74,5	+3,2	552,1	+2,2
1984	73,4	+2,0	76,4	+2,5	573,7	+3,9
1985	74,9	+2,1	77,5	+1,5	596,7	+4,0
1986	77,2	+3,0	76,7	-1,1	628,4	+5,3
1987	78,2	+1,3	76,6	-0,1	656,9	+4,5
1988	79,5	+1,7	78,1	+1,8	684,6	+4,2
1989	81,8	+2,9	81,1	+3,9	716,2	+4,6
1990	84,6	+3,4	83,5	+3,0	774,9	+8,2
1991	87,2	+3,1	85,9	+2,9	845,0	+9,0
1992	91,5	+5,0	89,5	+4,1	916,1	+8,4
1993	94,9	+3,7	92,5	+3,4	938,2	+2,4
1994	97,2	+2,4	94,8	+2,5	961,7	+2,5
1995	99,0	+1,9	96,0	+1,3	997,8	+3,8
1996	99,5	+0,5	97,0	+1,0	1 007,6	+1,0
1997	99,8	+0,3	98,3	+1,4	1 012,0	+0,4
1998	100,3	+0,6	98,8	+0,5	1 033,6	+2,1
1999	100,7	+0,4	99,1	+0,3	1 060,9	+2,6
2000	100,0	-0,7	100,0	+0,9	1 101,7	+3,8
2001	101,2	+1,2	101,8	+1,8	1 122,2	+1,9
2002	102,6	+1,4	103,0	+1,2	1 129,6	+0,7
2003	103,9	+1,2	104,6	+1,5	1 133,2	+0,3
2004	104,8	+1,0	106,0	+1,3	1 137,8	+0,4
2005	105,5	+0,7	107,4	+1,4	1 130,8	-0,6
2006	105,9	+0,4	108,6	+1,1	1 149,8	+1,7
2007	107,9	+1,8	110,5	+1,8	1 180,4	+2,7
2008	109,0	+1,0	112,4	+1,7	1 222,5	+3,6
2009	110,5	+1,4	112,5	+0,1	1 225,8	+0,3
2010	111,2	+0,6	114,7	+2,0	1 260,0	+2,8
2011	112,2	+0,9	117,1	+2,1	1 297,7	+3,0
2012	114,0	+1,6	119,2	+1,8	1 338,9	+3,2
2013	115,6	+1,4	121,1	+1,6	1 370,4	+2,4
2014	117,2	+1,4	123,0	+1,6	1 402,6	+2,4
2015	118,8	+1,4	124,9	+1,6	1 435,6	+2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche '	Veränderun	gen in %				
Lallu	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,9	+3,2	+0,8	+2,7	+1,0	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,9	+1,0	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+9,4	+6,9	-5,1	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	+4,3	+1,0	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5
Frankreich	+1,7	+2,6	+2,1	+3,9	+1,9	+2,4	+0,2	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,7	+6,0	+5,6	-3,5	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,7	+1,5	-1,3	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+5,1	+3,6	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+6,6	+1,4	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+4,7	+4,4	+5,3	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+3,9	+1,9	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,5	+3,7	+2,5	+3,7	+2,2	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+2,4	+0,0	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+10,5	+5,8	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4
Slowenien	-	-	+4,1	+4,4	+4,5	+6,9	+3,7	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+5,3	+0,9	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6
Euroraum	+2,3	+3,5	+2,4	+3,9	+1,7	+2,9	+0,4	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	-1,1	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5
Lettland	-	-	-0,9	+6,9	+10,6	+10,0	-4,2	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+9,8	+2,9	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+6,8	+5,1	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+6,3	+7,3	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+3,3	-0,6	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5
Tschechien	-	-	+5,9	+3,6	+6,3	+6,1	+2,5	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,9	+3,2	+0,8	+0,8	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+3,9	+2,2	+2,7	-0,1	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+3,0	+0,5	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	+2,4	-1,2	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+1,9	+0,0	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunger	ı in%		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+1,8	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0
Belgien	+2,3	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2
Estland	+4,4	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8
Griechenland	+3,3	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5
Spanien	+3,6	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4
Frankreich	+1,9	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7
Irland	+2,7	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7
Italien	+2,2	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9
Zypern	+2,2	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3
Luxemburg	+3,0	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3
Malta	+2,6	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2
Niederlande	+1,7	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1
Österreich	+1,7	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1
Portugal	+3,0	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0
Slowakei	+4,3	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9
Slowenien	+2,5	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1
Finnland	+1,3	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2
Euroraum	+2,2	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8
Bulgarien	+7,4	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4
Dänemark	+1,9	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8
Lettland	+6,6	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0
Litauen	+3,8	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4
Polen	+1,3	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2
Rumänien	+6,6	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0
Schweden	+1,5	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5
Ungarn	+4,0	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5
Vereinigtes Königreich	+2,3	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4
EU	+2,3	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0
Japan	+0,3	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3
USA	+3,2	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	8,7	7,5	7,8	7,1	6,4	6,0
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,3	7,9	7,8
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	16,9	13,0	11,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,6	15,2	15,3
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,6	20,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,7	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	14,6	14,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,4	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,5	6,3	5,6
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	4,5	4,4	4,2
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,8	6,8	6,7
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,2	4,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	11,0	12,3	13,0
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,4	14,0	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,3	8,2	8,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,4	7,9	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,1	7,6	7,6	9,6	10,1	10,0	9,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	10,2	9,4	8,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	7,4	7,1	6,7
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	18,7	17,2	15,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	15,5	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,6	9,3	8,8
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,3	7,2	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,1	6,2	8,3	8,4	7,6	7,2
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	6,8	6,4
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,2	11,0	9,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	8,0	7,8
EU	9,4	7,2	10,4	8,7	9,0	7,2	7,1	9,0	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	8,7	8,1

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	;
	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+5,0	+4,7	+11,2	+7,2	+9,6	+8,1	2,5	3,8	4,7	3,2
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,8	+4,5	+11,7	+6,9	+9,3	+8,0	4,1	4,9	5,6	3,9
Ukraine	-14,8	+4,2	+4,5	+4,9	+15,9	+9,4	+9,2	+8,3	-1,5	-1,9	-3,6	-3,8
Asien	+7,2	+9,5	+8,4	+8,4	+3,1	+6,0	+6,0	+4,2	4,1	3,3	3,3	3,6
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,6	+9,5	-0,7	+3,3	+5,0	+2,5	6,0	5,2	5,7	6,3
Indien	+6,8	+10,4	+8,2	+7,8	+10,9	+13,2	+7,5	+6,9	-2,8	-3,2	-3,7	-3,8
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,2	+6,5	+4,8	+5,1	+7,1	+5,9	2,6	0,9	0,9	0,4
Korea	+0,2	+6,1	+4,5	+4,2	+2,8	+3,0	+4,5	+3,0	3,9	2,8	1,1	1,0
Thailand	-2,3	+7,8	+4,0	+4,5	-0,8	+3,3	+4,0	+3,4	8,3	4,6	2,7	1,9
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,7	+4,2	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,8
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+6,0	+4,6	+6,3	+10,5	+10,2	+11,5	1,8	0,9	0,1	-0,5
Brasilien	-0,6	+7,5	+4,5	+4,1	+4,9	+5,0	+6,3	+4,8	-1,5	-2,3	-2,6	-3,0
Chile	-1,7	+5,3	+5,9	+4,9	+1,7	+1,5	+3,6	+3,2	1,6	1,9	0,5	-1,3
Mexiko	-6,1	+5,5	+4,6	+4,0	+5,3	+4,2	+3,6	+3,1	-0,7	-0,5	-0,9	-1,1
Sonstige												
Türkei	-4,7	+8,2	+4,6	+4,5	+6,3	+8,6	+5,7	+6,0	-2,3	-6,5	-8,0	-8,2
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,5	+3,8	+7,1	+4,3	+4,9	+5,8	-4,1	-2,8	-4,4	-5,

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2011.

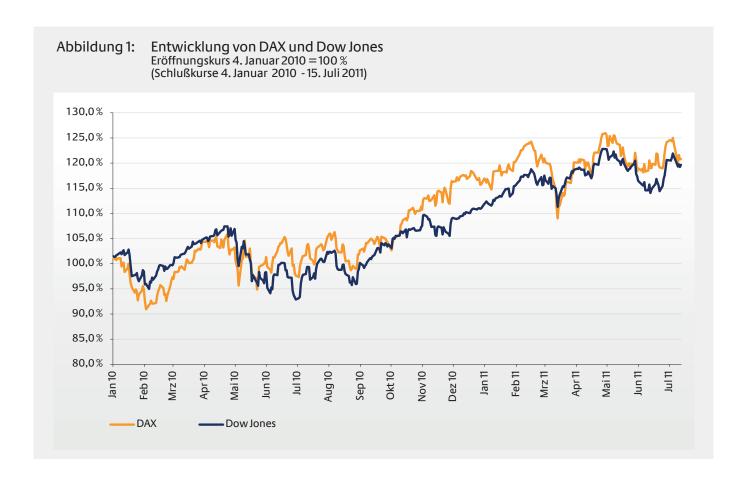


Tabelle 17: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	06.07.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	12 626	11 578	+9,1	9 686	12 811
Eurostoxx 50	2 833	2 793	+1,4	2 489	3 068
Dax	7 431	6914	+7,5	5 434	7 528
CAC 40	3 961	3 805	+4,1	3 331	4 157
Nikkei	10 082	10 229	-1,4	8 605	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	06.07.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	3,13	3,32	-	2,40	4,03
Deutschland	2,96	2,95	-0,2	2,11	3,49
Japan	1,19	1,13	-1,9	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	3,31	3,45	+0,2	2,84	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	06.07.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,43	1,34	+7,2	1,19	1,49
Yen/Dollar	80,97	81,52	-0,7	73,47	94,65
Yen/Euro	116,03	108,65	+6,8	106,19	134,23
Pfund/Euro	0,89	0,86	+4,0	0,81	0,91

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0	7,8	7,1	6,4	6,0
OECD	-4,7	+3,5	+3,4	+2,5	+0,2	+1,2	+2,6	+1,7	7,4	6,8	6,0	5,4
IWF	-4,7	+3,5	+2,5	+2,1	+0,2	+1,2	+2,2	+1,5	7,5	6,9	6,6	6,5
USA												
EU-KOM	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5	9,3	9,6	8,7	8,1
OECD	-2,6	+2,9	+2,6	+3,1	-0,3	+1,6	+2,6	+1,5	9,3	9,6	8,8	7,9
IWF	-2,6	+2,8	+2,8	+2,9	-0,3	+1,6	+2,2	+1,6	9,3	9,6	8,5	7,8
Japan												
EU-KOM	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-6,3	+4,0	-0,9	+2,2	-1,3	-0,7	+0,3	-0,2	5,1	5,1	4,8	4,6
IWF	-6,3	+3,9	+1,4	+2,1	-1,4	-0,7	+0,2	+0,2	5,1	5,1	4,9	4,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,2
OECD	-2,7	+1,4	+2,2	+2,1	+0,1	+1,7	+2,4	+1,6	9,1	9,3	9,0	8,7
IWF	-2,5	+1,5	+1,6	+1,8	+0,1	+1,7	+2,1	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,1
Italien												
EU-KOM	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9	7,8	8,4	8,4	8,2
OECD	-5,2	+1,2	+1,1	+1,6	+0,8	+1,6	+2,4	+1,7	7,8	8,4	8,4	8,1
IWF	-5,2	+1,3	+1,1	+1,3	+0,8	+1,6	+2,0	+2,1	7,8	8,5	8,6	8,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4	7,6	7,8	8,0	7,8
OECD	-4,9	+1,3	+1,4	+1,8	+2,2	+3,3	+4,2	+2,1	7,6	7,9	8,1	8,3
IWF	-4,9	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+3,3	+4,2	+2,0	7,5	7,8	7,8	7,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,5	+3,1	+3,0	+2,8	+0,3	+1,8	+2,9	+1,6	8,3	8,0	7,5	7,0
IWF	-2,5	+3,1	+2,8	+2,6	+0,3	+1,8	+2,2	+1,9	8,3	8,0	7,6	7,3
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8	9,6	10,1	10,0	9,7
OECD	-4,1	+1,7	+2,0	+2,0	+0,3	+1,6	+2,6	+1,6	9,4	9,9	9,7	9,3
IWF	-4,1	+1,7	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,3	+1,7	9,5	10,0	9,9	9,6
EZB	-	+1,7	+1,7	+1,8	-	+1,6	+2,3	+1,7	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	9,0	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	+1,8	+1,8	+2,1	+0,9	+2,0	+2,7	+1,9	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2	7,9	8,3	7,9	7,8
OECD	-2,7	+2,1	+2,4	+2,0	+0,0	+2,3	+3,6	+2,4	7,9	8,3	7,6	7,3
IWF	-2,7	+2,0	+1,7	+1,9	+0,0	+2,3	+2,9	+2,3	8,0	8,4	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8	13,8	16,9	13,0	11,5
OECD	-13,9	+3,1	+5,9	+4,7	+0,2	+2,7	+4,6	+3,0	13,9	16,8	14,2	13,0
IWF	-13,9	+3,1	+3,3	+3,7	-0,1	+2,9	+4,7	+2,1	13,8	16,9	14,8	12,8
Finnland												
EU-KOM	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2	8,2	8,4	7,9	7,4
OECD	-8,3	+3,1	+3,8	+2,8	+1,6	+1,7	+3,2	+1,6	8,3	8,4	7,9	7,1
IWF	-8,2	+3,1	+3,1	+2,5	+1,6	+1,7	+3,0	+2,1	8,3	8,4	8,0	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5	9,5	12,6	15,2	15,3
OECD	-2,0	-4,5	-2,9	+0,6	+1,3	+4,7	+2,9	+0,7	9,5	12,5	16,0	16,4
IWF	-2,0	-4,5	-3,0	+1,1	+1,4	+4,7	+2,5	+0,5	9,4	12,5	14,8	15,0
Irland												
EU-KOM	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7	11,9	13,7	14,6	14,0
OECD	-7,6	-1,0	+0,0	+2,3	-1,7	-1,6	+1,3	+0,4	11,7	13,5	14,7	14,6
IWF	-7,6	-1,0	+0,5	+1,9	-1,7	-1,6	+0,5	+0,5	11,8	13,6	14,5	13,3
Luxemburg												
EU-KOM	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3	5,1	4,5	4,4	4,2
OECD	-3,6	+3,5	+3,2	+3,9	+0,0	+2,8	+4,2	+2,3	5,7	6,0	5,4	4,8
IWF	-3,7	+3,4	+3,0	+3,1	+0,4	+2,3	+3,5	+1,7	5,8	6,1	5,9	5,8
Malta												
EU-KOM	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2	7,0	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-		-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,4	+3,6	+2,5	+2,2	+1,8	+2,0	+3,0	+2,6	7,0	6,5	6,5	6,4
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1	3,7	4,5	4,2	4,0
OECD	-3,9	+1,8	+2,3	+1,9	+1,0	+0,9	+2,2	+1,9	3,7	4,3	4,2	4,0
IWF	-3,9	+1,7	+1,5	+1,5	+1,0	+0,9	+2,3	+2,2	3,4	4,5	4,4	4,4
Österreich												
EU-KOM	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1	4,8	4,4	4,3	4,2
OECD	-3,9	+2,1	+2,9	+2,1	+0,4	+1,7	+3,1	+1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
IWF	-3,9	+2,0	+2,4	+2,3	+0,4	+1,7	+2,5	+2,0	4,8	4,4	4,3	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Portugal													
EU-KOM	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0	9,6	11,0	12,3	13,0	
OECD	-2,5	+1,3	-2,1	-1,5	-0,9	+1,4	+3,3	+1,3	9,5	10,8	11,7	12,7	
IWF	-2,5	+1,4	-1,5	-0,5	-0,9	+1,4	+2,4	+1,4	9,6	11,0	11,9	12,4	
Slowakei													
EU-KOM	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9	12,0	14,4	14,0	13,3	
OECD	-4,8	+4,0	+3,6	+4,4	+0,9	+0,7	+3,9	+2,9	12,1	14,4	13,8	12,8	
IWF	-4,8	+4,0	+3,8	+4,2	+0,9	+0,7	+3,4	+2,7	12,1	14,4	13,3	12,1	
Slowenien													
EU-KOM	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1	5,9	7,3	8,2	8,0	
OECD	-8,1	+1,2	+1,8	+2,6	+0,9	+2,1	+2,5	+2,2	-	-	-	-	
IWF	-8,1	+1,2	+2,0	+2,4	+0,9	+1,8	+2,2	+3,1	5,9	7,2	7,5	7,2	
Spanien													
EU-KOM	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4	18,0	20,1	20,6	20,2	
OECD	-3,7	-0,1	+0,9	+1,6	-0,2	+2,0	+2,9	+0,9	18,0	20,1	20,3	19,3	
IWF	-3,7	-0,1	+0,8	+1,6	-0,2	+2,0	+2,6	+1,5	18,0	20,1	19,4	18,2	
Zypern													
EU-KOM	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3	5,3	6,5	6,3	5,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,7	+1,0	+1,7	+2,2	+0,2	+2,6	+3,9	+2,8	5,3	6,8	6,5	6,3	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4	6,8	10,2	9,4	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	+0,2	+3,0	+3,5	+2,5	+3,0	+4,8	+3,7	-	10,3	8,0	6,7
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8	6,0	7,4	7,1	6,7
OECD	-5,2	+2,1	+1,9	+2,1	+1,3	+2,3	+2,6	+1,7	5,9	7,2	7,2	6,4
IWF	-5,2	+2,1	+2,0	+2,0	+1,3	+2,3	+2,0	+2,0	3,6	4,2	4,5	4,4
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0	17,1	18,7	17,2	15,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,0	+1,7	-	19,0	17,2	15,5
Litauen												
EU-KOM	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4	13,7	17,8	15,5	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,7	+1,3	+4,6	+3,8	+4,4	+1,2	+3,1	+2,9	-	17,8	16,0	14,0
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2	8,2	9,6	9,3	8,8
OECD	+1,7	+3,8	+3,9	+3,8	+3,8	+2,6	+4,2	+3,1	8,2	9,6	9,4	8,5
IWF	+1,7	+3,8	+3,8	+3,6	+3,5	+2,6	+4,1	+2,9	-	9,0	9,0	8,7
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0	6,9	7,3	7,2	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,3	+1,5	+4,4	+5,6	+6,1	+6,1	+3,4	-	7,6	6,6	5,8
Schweden												
EU-KOM	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6	8,3	8,4	7,6	7,2
OECD	-5,3	+5,3	+4,5	+3,1	-0,5	+1,2	+2,9	+2,4	8,3	8,4	7,5	7,0
IWF	-5,3	+5,5	+3,8	+3,5	+2,0	+1,9	+2,0	+2,0	8,3	8,4	7,4	6,6
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5	6,7	7,3	6,8	6,4
OECD	-4,0	+2,2	+2,4	+3,5	+1,0	+1,5	+2,2	+3,1	6,7	7,3	6,6	6,3
IWF	-4,1	+2,3	+1,7	+2,9	+1,0	+1,5	+2,0	+2,0	6,7	7,3	7,1	6,9
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5	10,0	11,2	11,0	9,3
OECD	-6,5	+1,0	+2,7	+3,1	+4,2	+4,9	+4,0	+3,3	10,1	11,2	11,5	11,0
IWF	-6,7	+1,2	+2,8	+2,8	+4,2	+4,9	+4,1	+3,5	-	11,2	11,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Stand: April 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Deutschland													
EU-KOM	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2	73,5	83,2	82,4	81,1	5,0	5,1	4,7	4,6	
OECD	-3,0	-3,3	-2,1	-1,2	76,4	87,0	87,3	86,9	5,6	5,6	5,5	6,0	
IWF	-3,0	-3,3	-2,3	-1,5	73,5	80,0	80,1	79,4	5,0	5,3	5,1	4,6	
USA													
EU-KOM	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6	84,7	92,0	98,3	102,4	-2,7	-3,3	-4,0	-4,0	
OECD	-11,3	-10,6	-10,1	-9,1	84,3	93,6	101,1	107,0	-2,7	-3,2	-3,7	-4,0	
IWF	-12,7	-10,6	-10,8	-7,5	84,6	91,6	99,5	102,9	-2,7	-3,2	-3,2	-2,8	
Japan													
EU-KOM	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8	217,6	223,1	236,1	242,1	2,8	3,6	1,4	1,1	
OECD	-8,7	-8,1	-8,9	-8,2	194,1	199,7	212,7	218,7	2,8	3,6	2,6	2,5	
IWF	-10,3	-9,5	-10,0	-8,4	216,3	220,3	229,1	233,4	2,8	3,6	2,3	2,3	
Frankreich													
EU-KOM	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3	78,3	81,7	84,7	86,8	-2,9	-3,5	-3,9	-4,2	
OECD	-7,5	-7,0	-5,6	-4,6	89,2	94,1	97,3	100,0	-2,1	-2,2	-2,6	-2,6	
IWF	-7,6	-7,7	-6,0	-5,0	78,1	84,3	87,6	89,7	-1,9	-2,1	-2,8	-2,7	
Italien													
EU-KOM	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2	116,1	119,0	120,3	119,8	-3,0	-4,2	-3,5	-3,3	
OECD	-5,3	-4,5	-3,9	-2,6	127,8	126,8	129,0	128,4	-2,1	-3,5	-4,1	-3,6	
IWF	-5,3	-4,6	-4,3	-3,5	116,1	119,0	120,3	120,0	-2,1	-3,5	-3,4	-3,0	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0	69,6	80,0	84,2	87,9	-1,7	-2,5	-1,2	-0,1	
OECD	-10,8	-10,3	-8,7	-7,1	72,4	82,4	88,5	93,3	-1,7	-2,5	-1,5	-0,9	
IWF	-10,3	-10,4	-8,6	-6,9	68,3	77,2	83,0	86,5	-1,7	-2,5	-2,4	-1,9	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	-5,5	-5,5	-4,9	-3,5	83,4	84,2	85,9	88,0	-2,8	-3,1	-2,6	-2,3	
IWF	-5,5	-5,5	-4,6	-2,8	83,4	84,0	84,2	83,1	-2,8	-3,1	-2,8	-2,6	
Euroraum													
EU-KOM	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5	79,3	85,4	87,7	88,5	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1	
OECD	-6,3	-6,0	-4,2	-3,0	86,9	92,7	95,6	96,5	0,0	0,2	0,3	0,8	
IWF	-6,3	-6,1	-4,4	-3,6	79,3	85,0	87,3	88,3	-0,6	-0,6	0,0	0,0	
EU-27													
EU-KOM	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8	74,4	80,2	82,3	83,3	-0,6	-0,5	-0,2	0,1	
IWF	-6,8	-6,6	-4,8	-4,0	72,3	78,2	80,6	81,8	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011 & Statistischer Anhang, Mai 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011 (die Staatsschuldenquoten der OECD entsprechen nicht den Maastricht-Kriterien der EU).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012		
Belgien														
EU-KOM	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2	96,2	96,8	97,0	97,5	2,0	2,4	2,0	2,0		
OECD	-6,0	-4,2	-3,6	-2,8	100,5	100,7	100,7	100,4	0,3	1,3	1,0	1,2		
IWF	-6,0	-4,6	-3,9	-4,0	-	-	-	-	0,8	1,2	1,0	1,2		
Estland														
EU-KOM	-1,7	0,1	-0,6	-2,4	7,2	6,6	6,1	6,9	4,5	2,8	1,8	0,1		
OECD	-1,8	0,1	-0,5	-1,7	12,4	12,1	15,2	19,2	4,5	3,6	3,2	0,7		
IWF	-2,1	0,2	-1,0	-0,7	7,2	6,6	6,3	6,0	4,5	3,6	3,3	3,1		
Finnland														
EU-KOM	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7	43,8	48,4	50,6	52,2	2,2	3,0	2,5	2,5		
OECD	-2,9	-2,8	-1,4	-0,6	52,1	57,4	62,7	66,1	2,7	2,9	3,0	3,2		
IWF	-2,9	-2,8	-1,2	-1,1	-	-			2,3	3,1	2,8	2,6		
Griechenland														
EU-KOM	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3	127,1	142,8	157,7	166,1	-14,0	-11,8	-8,3	-6,1		
OECD	-15,6	-10,4	-7,5	-6,5	131,6	147,3	157,1	159,3	-11,0	-10,4	-8,6	-7,2		
IWF	-15,4	-9,6	-7,4	-6,2	-	-	-	-	-11,0	-10,4	-8,2	-7,1		
Irland														
EU-KOM	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8	65,6	96,2	112,0	117,9	-3,1	-0,7	1,2	1,8		
OECD	-14,3	-32,4	-10,1	-8,2	71,6	102,4	120,4	125,6	-3,0	-0,7	3,7	5,3		
IWF	-14,4	-32,2	-10,8	-8,9	-	-	-		-3,0	-0,7	0,2	0,6		
Luxemburg														
EU-KOM	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1	14,6	18,4	17,2	19,0	6,9	7,8	7,8	7,6		
OECD	-0,9	-1,7	-0,9	0,0	14,7	19,7	20,5	23,9	6,9	7,8	5,5	4,7		
IWF	-0,7	-1,7	-1,1	-0,8	-	-	-		6,7	7,7	8,5	8,7		
Malta														
EU-KOM	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0	67,6	68,0	68,0	67,9	-6,9	-4,1	-4,7	-4,5		
OECD		-	-	-		-	-		-	-	-	-		
IWF	-3,7	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-		-6,9	-0,6	-1,1	-2,3		
Niederlande														
EU-KOM	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3	60,8	62,7	63,9	64,0	3,4	6,7	7,7	8,3		
OECD	-5,5	-5,3	-3,7	-2,1	67,6	71,4	74,3	75,2	4,9	7,7	7,2	7,4		
IWF	-5,4	-5,2	-3,8	-2,7	-	-	-	-	4,6	7,1	7,9	8,2		
Österreich														
EU-KOM	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3	69,6	72,3	73,8	75,4	2,6	2,6	2,6	2,8		
OECD	-4,2	-4,6	-3,7	-3,2	72,6	78,6	80,0	81,6	2,9	2,6	3,1	3,8		
IWF	-3,5	-4,1	-3,1	-2,9		-	_		2,9	3,2	3,1	3,1		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5	83,0	93,0	101,7	107,4	-10,7	-9,8	-7,5	-5,2
OECD	-10,1	-9,2	-5,9	-4,5	93,1	103,1	110,8	115,8	-10,2	-9,7	-7,8	-5,5
IWF	-9,3	-7,3	-5,6	-5,5	-	-	-		-10,9	-9,9	-8,7	-8,5
Slowakei												
EU-KOM	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6	35,4	41,0	44,8	46,8	-3,2	-2,9	-2,8	-2,6
OECD	-8,0	-7,9	-5,1	-4,0	39,9	44,5	48,7	51,2	-3,2	-3,5	-2,4	-1,3
IWF	-7,9	-8,2	-5,2	-3,9	35,4	42,0	45,1	46,2	-3,6	-3,4	-2,8	-2,7
Slowenien												
EU-KOM	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0	35,2	38,0	42,8	46,0	-1,3	-1,1	-1,4	-1,9
OECD	-6,0	-5,6	-5,6	-4,1	44,2	47,5	52,9	56,5	-	-	-	-
IWF	5,5	5,2	4,8	4,3	35,4	37,2	42,3	44,9	-1,5	-1,2	-2,0	-2,1
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3	53,3	60,1	68,1	71,0	-5,5	-4,5	-4,1	-4,1
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	62,3	66,1	73,6	74,8	-5,2	-4,5	-2,9	-2,3
IWF	-11,1	-9,2	-6,2	-5,6	-	-	-		-5,5	-4,5	-4,8	-4,5
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9	58,0	60,8	62,3	64,3	-7,9	-8,9	-8,1	-7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,0	-5,4	-4,5	-3,7	-	-	-	-	-7,5	-7,0	-8,9	-8,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

 ${\sf OECD:Wirtschaftsausblick,Mai\,2011.}$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6	14,6	16,2	18,0	18,6	-9,0	-1,5	-2,0	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-3,6	-2,6	-1,5	15,6	18,0	19,7	20,0	-10,0	-0,8	-1,5	-2,0
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2	41,8	43,6	45,3	47,1	3,6	5,3	5,2	5,1
OECD	-2,8	-2,9	-3,8	-3,0	52,4	55,5	57,1	60,0	3,6	5,5	5,8	5,6
IWF	-2,8	-4,9	-3,6	-2,6	-	-	-	-	3,8	5,0	4,8	4,8
Lettland												
EU-KOM	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8	36,7	44,7	48,2	49,4	8,6	3,6	-0,3	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,8	-7,9	-5,3	-1,9	32,8	39,9	42,5	41,0	8,6	3,6	2,6	1,5
Litauen												
EU-KOM	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8	29,5	38,2	40,7	43,6	2,6	1,8	0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-9,2	-7,6	-6,0	-5,5	29,6	38,7	43,5	45,4	4,5	1,8	-0,9	-2,9
Polen												
EU-KOM	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6	50,9	55,0	55,4	55,1	-2,2	-3,1	-4,1	-4,1
OECD	-7,4	-7,9	-5,8	-3,7	58,4	62,4	65,6	66,3	-2,2	-3,4	-4,5	-4,8
IWF	-7,2	-7,9	-5,7	-4,2	50,9	55,7	56,6	57,3	-2,2	-3,3	-3,9	-4,2
Rumänien												
EU-KOM	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6	23,6	30,8	33,7	34,8	-4,2	-4,2	-4,4	-4,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,3	-6,5	-4,4	-3,0	29,6	35,2	37,8	37,7	-4,2	-4,2	-5,0	-5,2
Schweden												
EU-KOM	-0,7	0,0	0,9	2,0	42,8	39,8	36,5	33,4	6,8	6,2	6,2	5,9
OECD	-0,9	-0,3	0,3	1,4	52,0	49,1	45,4	41,1	7,0	6,3	5,5	5,5
IWF	-0,8	-0,2	0,1	0,4	-	-	-	-	7,2	6,5	6,1	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1	35,3	38,5	41,3	42,9	-1,2	-2,3	-2,5	-1,9
OECD	-5,8	-4,7	-3,8	-2,8	42,4	46,6	49,3	50,8	-3,2	-3,8	-3,0	-3,4
IWF	-5,8	-4,9	-3,7	-3,6	35,4	39,6	41,7	43,4	-1,1	-2,4	-1,8	-1,2
Ungarn												
EU-KOM	-4,5	-4,2	1,6	-3,3	78,4	80,2	75,2	72,7	-0,4	1,7	1,6	1,9
OECD	-4,4	-4,2	2,6	-3,3	84,7	85,6	79,8	80,8	0,5	2,1	2,7	1,8
IWF	-4,3	-4,1	3,9	-4,3	78,4	80,4	76,6	76,9	-0,5	1,6	1,5	0,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juli 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X